



32. Sitzung

Mittwoch, 8. Juli 2009

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Wolfhard Ploog, Vizepräsidentin Nebahat Güclü und Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk

Inhalt:

Mitteilung des Präsidenten	1937	Jens Kerstan GAL	1943
		Ingo Egloff SPD	1944, 1949
Ausscheiden der Abgeordneten		Norbert Hackbusch DIE LINKE	1945
Birgit Schnieber-Jastram CDU		Linda Heitmann GAL	1946
Nachrücken des Abgeordneten			
Rolf Reincke CDU	1937	Fraktion DIE LINKE:	
		Eskalationskonzept der Polizei gegen friedliches Schanzenfest – Gewalt löst keine gesellschaftlichen Probleme	
Ergänzung und Änderung der Tagesordnung	1937		
Aktuelle Stunde	1937	(Fortführung am 09.07.2009)	
Fraktion der GAL:		Fraktion der CDU:	
Kurzschluss für Atomenergie – Pannenserie im AKW Krümmel		Ausschreitungen nach dem Schanzenfest	
mit		(Fortführung am 09.07.2009)	
Fraktion der SPD:		Unterrichtung durch den Präsidenten:	
Pannenserie im AKW Krümmel: Störfall für den CDU-Atomkurs		Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres – Drs 19/3222 –	1950
Jenny Weggen GAL	1937	und	
Rüdiger Kruse CDU	1938, 1945		
Dr. Monika Schaal SPD	1939, 1947		
Dora Heyenn DIE LINKE	1940, 1948		
Anja Hajduk, Senatorin	1941		

Unterrichtung durch den Präsidenten:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung
– Drs 19/3340 –

1950

Christiane Schneider DIE LINKE 1954, 1961
Dr. Till Steffen, Senator 1957
André Trepoll CDU 1959
Rolf-Dieter Klooß SPD 1959

Beschlüsse

1962

Ergebnisse

1963, 1963

Bericht des Rechtsausschusses über die Drucksache 19/28:

Neuregelung des Hamburgischen Strafvollzugswesens (Antrag der Fraktion der SPD) und 19/2533: Entwurf eines Gesetzes zur Überarbeitung des Hamburgischen Strafvollzugsrechts und zum Erlass eines Hamburgischen Jugendstrafvollzugsgesetzes (Senatsantrag)
– Drs 19/3295 –

1950

dazu

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:

Prekäre Beschäftigung an den Hamburger Hochschulen, an den Forschungseinrichtungen und an den sonstigen hochschulnahen Einrichtungen
– Drs 19/2937 –

1963

Dora Heyenn DIE LINKE 1963
Thilo Kleibauer CDU 1966
Ksenija Bekeris SPD 1967
Dr. Eva Gümbel GAL 1969

Besprechung erfolgt

1970

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Bericht des Rechtsausschusses über die Drucksache 19/2533
– Drs 19/3489 –

1950

und

Bericht des Innenausschusses über die Drucksache 19/3253:

Entwurf eines Gesetzes über das Verbot des Mitführens und des Verkaufs von Glasgetränkebehältnissen in bestimmten Gebieten (GlasflaschenverbotsG) (Senatsantrag)
– Drs 19/3397 –

1970

Antrag der Fraktion der SPD:

Überarbeitung des Hamburgischen Strafvollzugsrechts und des Hamburgischen Jugendstrafvollzugsrechts
– Drs 19/3510 –

1950

sowie

Kai Voet van Vormizeele CDU 1970, 1977
Dr. Andreas Dressel SPD 1971, 1976
Karl-Heinz Warnholz CDU 1972, 1978
Antje Möller GAL 1973, 1978
Christiane Schneider DIE LINKE 1974
Christoph Ahlhaus, Senator 1975
Thomas Böwer SPD 1977

Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:

Bericht des Rechtsausschusses über die Drucksache 19/2533: Entwurf eines Gesetzes zur Überarbeitung des Hamburgischen Strafvollzugsrechts und zum Erlass eines Hamburgischen Jugendstrafvollzugsgesetzes (Senatsantrag)
– Drs 19/3525 –

1950

Beschlüsse

1978

Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/2731:

Farid Müller GAL 1950, 1962
Viviane Spethmann CDU 1951, 1961
Jana Schiedek SPD 1953

**Haushaltsplan 2009/2010
Sonderinvestitionsprogramm
"Hamburg 2010" (SIP), Konkretisierung für den Einzelplan 3.2
"Behörde für Wissenschaft und
Forschung", HafenCity Universität Hamburg (HCU) – Profilbildung und Neubau, Zustimmung zur Umsetzung von
Haushaltsmitteln in Höhe von
8 841 Tsd. Euro in 2009 und
Beschluss einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe
von 56 945 Tsd. Euro in 2009
sowie zur Umsetzung von
Haushaltsmitteln in Höhe von
18 500 Tsd. Euro für 2010 (Senatsantrag)**

– Drs 19/3357 –

1979

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD
Wolfgang Beuß CDU
Dr. Eva Gümbel GAL
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE
Dr. Herlind Gundelach, Senatorin
Dr. Peter Tschentscher SPD
Hans Lafrenz CDU
Dora Heyenn DIE LINKE
Philipp-Sebastian Kühn SPD
Michael Neumann SPD

1979

1980

1981, 1990

1982

1985

1987

1989

1990

1991

1992

Beschluss

1992

Bericht des Haushaltsausschusses
über die Drucksache 19/2995:

**Haushaltsplan 2009/2010, Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt; Vorlage eines Wohnungsbauentwicklungsplanes und Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung bei dem Titel 06.06610.526.02
„Planungsleistungen der Bezirksämter für Maßnahmen der Wachsenden Stadt“ im Haushaltsjahr 2010 (Senatsantrag)**

– Drs 19/3372 –

1992

dazu

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

**Bericht des Haushaltsausschusses
Wohnungsbauentwicklungsplan**

– Drs 19/3488 –

1992

und

Antrag der Fraktion der SPD:

Hamburg braucht Entschlossenheit in der Wohnungspolitik!

– Drs 19/3509 –

1992

mit

Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:

Förderung des Wohnungsneubaus und des energiesparenden Bauens

– Drs 19/3386 –

1992

Hans-Detlef Roock CDU

1993

Andy Grote SPD

1994

Horst Becker GAL

1996

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE

1998

Anja Hajduk, Senatorin

1999

Jan Quast SPD

2001

Beschlüsse

2001

Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:

S-Bahn Haltestelle "Ottensen" realisieren

– Drs 19/3382 –

2002

Beschluss

2002

Bericht des Haushaltssausschusses
über die Drucksache 19/3309:

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Wirtschaftsförderungsmaßnahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010

– Drs 19/3379 –

2002

dazu

Antrag der Fraktion der SPD:

Beschleunigung von Wirtschaftsförderungsmaßnahmen der Hamburger Konjunkturoffensive

– Drs 19/3511 –

2002

Ingo Egloff SPD

2002

Barbara Ahrons CDU

2003

Andreas Waldowsky GAL

2004

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE

2005

Axel Gedaschko, Senator

2006

Beschlüsse

2006

Beginn: 15.02 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Ich beginne unsere Sitzung zunächst mit Geburtstagsglückwünschen. Sie richten sich an den Kollegen Rolf-Dieter Klooß.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Lieber Herr Klooß, im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen herzlich zu diesem Ihren Geburtstag und wünsche Ihnen alles Gute für Ihr neues Lebensjahr. Da Sie den heutigen Tag unter uns verbringen, werden wir morgen gleich einen zweiten anhängen.

Meine Damen und Herren! Mit Schreiben vom 30. Juni 2009 hat mir die ehemalige Abgeordnete Frau Birgit Schnieber-Jastram mitgeteilt, dass sie ihr Bürgerschaftsmandat zum 30. Juni 2009 niederlege. Frau Birgit Schnieber-Jastram war von November 1986 bis November 1994 Mitglied der Bürgerschaft. Sie wirkte in dieser Zeit in zahlreichen Ausschüssen mit, war unter anderem Vorsitzende des Sozialausschusses und gehörte ab Juni 1991 dem Vorstand der CDU-Fraktion an. In der Zeit von 1994 bis 2001 war sie Mitglied des Deutschen Bundestages. Vom Oktober 2001 bis Mai 2008 gehörte sie dem Senat an, davon die letzten vier Jahre als Zweite Bürgermeisterin unserer Stadt. Ab Mai 2008 war sie Mitglied wiederum dieses Hauses und gehörte dem Kultur-, Kreativ-, Wirtschafts- und Tourismusausschuss sowie dem Europaausschuss an. Ich danke Frau Schnieber-Jastram im Namen der Hamburgischen Bürgerschaft für die geleistete Arbeit und wünsche ihr für ihre neue Aufgabe im Europaparlament alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen und beim Senat)

Nach Mitteilung des Landeswahlleiters ist auf der Landesliste der CDU Herr Rolf Reincke nachgerückt. Lieber Herr Reincke, ich begrüße Sie herzlich in unserer Mitte und wünsche Ihnen viel Freude an Ihrer neuen Aufgabe.

(Beifall bei allen Fraktionen und beim Senat)

Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats sind die Fraktionen übereingekommen, die Debatten zu den Tagesordnungspunkten 42 und 47 zu tauschen. Die ursprünglich für morgen vorgesehene Debatte zu Tagesordnungspunkt 42 findet nun bereits heute als sechste Debatte statt. Die ursprünglich für heute geplante Debatte zu Tagesordnungspunkt 47 wird dann morgen als fünfter Debattenpunkt aufgerufen.

Darüber hinaus haben die Fraktionen vereinbart, die Tagesordnung um den Antrag der CDU- und GAL-Fraktion sowie um einen Interfraktionellen Antrag zu ergänzen. Die Drucksachen 19/3513 und 19/3526 haben Sie inzwischen erhalten, sie wur-

den als Punkte 56 und 57 nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen.

Wir kommen sodann zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind vier Themen angemeldet worden, und zwar von der GAL-Fraktion

Kurzschluss für Atomenergie – Pannenserie im AKW Krümmel

von der Fraktion DIE LINKE

Eskalationskonzept der Polizei gegen friedliches Schanzenfest – Gewalt löst keine gesellschaftlichen Probleme

von der CDU-Fraktion

Ausschreitungen nach dem Schanzenfest

und von der SPD-Fraktion

Pannenserie im AKW Krümmel: Störfall für den CDU-Atomkurs

Die Fraktionen sind übereingekommen, das erste und vierte Thema sowie das zweite und dritte Thema gemeinsam debattieren zu wollen. Ich rufe nun zunächst zur ersten Debatte die Themen eins und vier auf.

Das Wort wird gewünscht. Die Abgeordnete Weggen bekommt es.

Jenny Weggen GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Krümmel ist vom Netz. Das ist eine gute Nachricht. Es ist eine gute Nachricht, dass ein Atomkraftwerk wieder vom Netz genommen wurde, das ein unkalkulierbares Risiko darstellt für Hamburg, für seine Umgebung und auch darüber hinaus. Eine alarmierende Nachricht ist jedoch, dass Krümmel überhaupt wieder am Netz war. Nachdem Vattenfall vor wenigen Wochen den Antrag zur Wiederaufnahme gestellt hatte, wurde dieser im Eilverfahren entschieden. Drei Tage später war Krümmel schon wieder hochgefahren. Es war schon da extrem fragwürdig, wie in so kurzer Zeit eine umfassende Prüfung stattfinden konnte, und jetzt zeigt sich doch ganz klar, dass diese nicht ausreichend war.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Krümmel wurde zwei Jahre lang repariert und trotzdem kam es in vier Tagen zu drei gemeldeten Störfällen. Das darf nicht passieren. Vor allem kam es jetzt beinahe zu einem Transformatorbrand mit einem fast baugleichen Teil wie im Störfall vor zwei Jahren. Es war unverantwortlich, ein solches Kraftwerk wieder ans Netz zu lassen.

(Beifall bei der GAL, der SPD und bei der LINKEN)

(Jenny Weggen)

Unverantwortlich war das auch vom Betreiber. Es wurden noch nicht einmal die Auflagen eingehalten und notwendige Teile installiert. Ich bin fassungslos, wie ein Unternehmen, das Atomkraftwerke betreibt, so unsorgfältig arbeitet. Das ist unentschuldig und unverantwortlich.

(Beifall bei der GAL, der SPD und bei der LINKEN sowie bei *Bernd Capeletti CDU*)

Vattenfall kündigt schon jetzt an, Krümmel bald wieder ans Netz nehmen zu wollen. Das hört sich an wie ein schlechter Scherz. In den zuständigen Stellen sollte man sich die Frage stellen, ob Vattenfall überhaupt in der Lage ist, ein solches Kraftwerk verantwortlich zu betreiben. Die Ereignisse der letzten Tage haben deutlich gemacht, dass Vattenfall sich längst disqualifiziert hat. Vattenfall muss die Konzession zum Betrieb von Krümmel endgültig entzogen werden.

(Beifall bei der GAL, der SPD und bei der LINKEN)

Wir haben Vattenfall bereits heute ihren Atomschrott in gelb leuchtenden Fässern vor die Eingangstür der Hamburger Zentrale gestellt. Ihren Atommüll und ihren Schrottstrom aus Krümmel können sie behalten.

(Beifall bei der GAL und bei *Elisabeth Baum DIE LINKE*)

Durch die zahlreichen Störfälle wird deutlich, welche enormen Risiken von Altanlagen ausgehen. Atomkraftwerke sind nicht sicher und vor allem alte Kraftwerke sind nicht sicher, das zeigen die neuesten Ereignisse mehr als deutlich. Atomkraft ist eine Risikotechnologie, das ist nicht nur durch Tschernobyl deutlich geworden. Ich möchte beispielsweise auch Forsmark in Schweden in Erinnerung rufen, wo ein Störfall vor drei Jahren beinahe eine Kernschmelze und somit fast einen Super-GAU verursacht hat. Auch aus anderen modernen Kraftwerken, etwa in Frankreich, werden ständig neue Zwischenfälle gemeldet und sogar der Neubau in Finnland wurde wegen schwerer Systemmängel mittlerweile gestoppt. Das ist noch besorgniserregender, wenn man bedenkt, dass viele Störfälle noch nicht einmal meldepflichtig sind oder nur durch Zufall bekannt werden.

Atomkraft ist eine Technologie, von der nicht nur während der Laufzeiten, sondern auch nach Abschalten ein hohes Risiko ausgeht. Je länger die Kraftwerke laufen, desto mehr Müll fällt an und desto höher sind die Kosten und Risiken, die wir den nachfolgenden Generationen hinterlassen. Darüber zu diskutieren, den Atomausstieg zu verlängern, ist absolut unzeitgemäß und hoch riskant. Im Gegenteil, man muss dringend einen früheren Zeitpunkt für den kompletten Ausstieg finden. Der konsequente Atomausstieg muss kommen,

(Beifall bei der GAL, der SPD und bei der LINKEN)

und zwar am besten sofort.

Außerdem wurde am Beispiel von Krümmel auch deutlich, was passiert, wenn man weiter auf Großkraftwerke setzt. Als Krümmel wieder heruntergefahren werden musste, sind etliche Ampeln in Hamburg ausgefallen und es gab zahlreiche Wasserrohrbrüche, ganz zu schweigen davon, welche Risiken sonst noch entstehen, wenn ein Atomkraftwerk heruntergefahren werden muss. Es handelt sich dabei um einen Prozess, der nicht in Gänze zu kontrollieren ist, der vor allem von Menschen kontrolliert wird und dass menschliches Versagen vorkommt, wissen wir alle.

Wir in Hamburg setzen auf einen anderen Weg. Wir lösen die Probleme von Großkraftwerken, indem wir auf eine dezentrale Energieversorgung setzen und diese voranbringen. Wir wollen mehr Windkraftanlagen, mehr Solarenergie und mehr Blockheizkraftwerke nutzen. Wir fördern durch zahlreiche Maßnahmen die Nutzung erneuerbarer Energien. Hamburg Energie wird keinen Strom aus Atomenergie anbieten.

(Beifall bei der GAL und bei *Dr. Monika Schaal SPD*)

Wir setzen in Hamburg ein Zeichen. Nicht nur für die Zukunft, sondern bereits für die Gegenwart setzen wir uns konsequent für eine klimafreundliche und nachhaltige Energieversorgung ein. Atomkraft ist es nicht. Wir wollen keinen Strom aus Krümmel.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, Sie müssen zum Schluss kommen.

Jenny Weggen (fortfahrend): – Einen Satz noch. Es darf keinen Ausstieg aus dem Atomausstieg geben. Wir wollen kein hoch risikoreiches Atomkraftwerk direkt vor unserer Haustür. Krümmel darf nicht wieder ans Netz. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL, der SPD und bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kruse.

Rüdiger Kruse CDU:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wieder einmal müssen wir über Krümmel reden. Nein, es ist kein besonders sicherheitsrelevanter Vorgang in diesem Kraftwerk gewesen, aber die Aufregung über diese Folge von Pannen ist begründet. Es ist nicht zumutbar, ständig im Zusammenhang mit diesem Kraftwerk von Pannen zu hören und jedes Mal in der Sorge sein zu müssen, ob es ein ernsterer Störfall war.

(Rüdiger Kruse)

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Es ist richtig, unsere Bürger sind schneller in Sorge als Bürger anderer Länder. In den Achtzigerjahren, beispielsweise, gab es das Phänomen, dass das Waldsterben an der deutsch-französischen Grenze aufhörte. Natürlich hat es nicht an dieser Grenze aufgehört, aber die Wahrnehmung war jeweils eine andere. Unsere Wahrnehmung war und ist eine deutlich besorgtere. Diese schnelle Sorge, dieses Sehen von Gefahren und Schwierigkeiten scheint oft von Nachteil zu sein. Viele Entscheidungen sind erschwert, Prozesse starten langsamer oder auch gar nicht. Diese Sorge, dieses In-Sorge-Sein hat aber auch einen entscheidenden Vorteil: Vorrang für Sicherheit. Wenn deutsche Produkte in der Wald...

(Heiterkeit bei der SPD und anschließend bei allen Fraktionen)

Das Thema lässt mich im Leben nicht los.

Wenn deutsche Produkte in dieser Welt für etwas stehen, dann für Sicherheit und Zuverlässigkeit. Deshalb reagieren wir so empfindlich, wenn auch nur die Zuverlässigkeit nicht gegeben ist.

(Beifall bei der CDU)

Zu Recht stellen wir an ein Kernkraftwerk die Anforderung, dass es nicht nur sicher, sondern auch zuverlässig ist. Es war zu erwarten, dass sich einer wie Herr Gabriel auf dieses Thema stürzt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist seine Aufgabe als Umweltminister!)

Er möchte ein Wahlkampfthema liefern, mit dem sich Ängste schüren und in Wählerstimmen ummünzen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Kein angemessener, aber ein zu erwartender Umgang mit diesem Thema.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wie hat sich denn Kollege Oettinger dazu geäußert?!)

Angemessen ist es, zu trennen zwischen dem Thema Kernenergie insgesamt

(Ingo Egloff SPD: Ich habe das Gefühl, der ist schon Bürgermeister hier!)

und der Zuverlässigkeit des Kraftwerks Krümmel. Ich halte es jetzt nicht für möglich, gleichzeitig auf CO₂-intensive fossile Kraftwerke und auf Kernkraftwerke zu verzichten. Daher bleibt die Entscheidung richtig, die Restlaufzeit der sicheren Kernkraftwerke zu nutzen, um in dieser Zeit Energieeffizienz und erneuerbare Energien voranzubringen.

(Beifall bei der CDU)

Werden Kernkraftwerke heute abgeschaltet, so müssten sie durch fossile Kraftwerke ersetzt wer-

den und diese stehen dann für die nächsten 40 Jahre und belasten unsere Klimabilanz.

(Michael Neumann SPD: Moorbürg!)

Ja, ich stehe hinter dem Konzept einer nachhaltigen Energieversorgung und ja, ich bleibe bei meiner Forderung an Vattenfall: Wenn Sie dieses Kraftwerk nicht in den Griff kriegen, schalten Sie es ab.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kruse – wo ist er denn eigentlich? –, der Minister Gabriel ist zuständig für Reaktorsicherheit, da braucht er sich gar nicht drauf zu schmeißen, darum kümmert er sich jeden Tag.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kruse, Sie wollen offenbar mit atomkritischen Tönen in Eimsbüttel punkten, denn dort kommt man mit dem Atomkurs wohl nicht so weit. Doch würde Ihre Partei nicht ständig eine Laufzeitverlängerung versprechen, hätte Vattenfall womöglich gar nicht erst Krümmel weiterzuführen beantragt und Brunsbüttel vielleicht auch schon endgültig dicht gemacht. So aber wird die Pannenserie im AKW Krümmel zum Störfall für den CDU-Atomkurs.

(Beifall bei der SPD)

Denn trotz kritischer Untertöne hat auch Herr Kruse deutlich gemacht, dass die CDU nicht vom Atomkurs und von der Laufzeitverlängerung lassen will, weil sie angeblich um die Versorgungssicherheit besorgt ist. Ich will Ihnen einmal etwas sagen: Seit zwei Jahren sind Brunsbüttel und Krümmel mit mehr als 2000 Megawatt vom Netz. Stade ist seit 2003 nicht mehr am Netz. Eine Versorgungslücke gab es nicht und gibt es nicht.

(Wilfried Buss SPD: Hört, hört!)

Kaum wird Krümmel wieder angeschaltet, bricht die Versorgung ein und binnen einer Woche haben wir in Hamburg Chaos gehabt und Schäden in Millionenhöhe bei Industrie und Privathaushalten. Versorgungssicherheit sieht wirklich anders aus.

(Beifall bei der SPD, der GAL und bei der LINKEN)

Aber die CDU und die Atomlobby halten auch nach dem erneuten Kollaps von Krümmel und trotz erheblicher Zweifel an der Zuverlässigkeit des Betreibers eisern an der Forderung nach einer Laufzeitverlängerung fest.

(Dr. Monika Schaal)

Sie brauchen gar nicht so zu lachen, Frau Ahrons, das ist kein Thema, um zu lachen, sondern das kann ein todernstes werden.

(Barbara Ahrons CDU: Ich habe über meinen Kollegen gelacht!)

Hamburgs Bürgermeister und Umweltbeauftragter seiner Partei gibt sich besorgt. Sicherheit ist das höchste Gebot. Auch Vattenfall-Chef Hatakka sagt, dass jederzeit höchste Sicherheits- und Technikstandards in seinen Kraftwerken garantiert werden müssen. Hätte er nur dafür gesorgt. Der Trafo, der den Kurzschluss ausgelöst hat, ist über 30 Jahre alt, der Ersatztrafo ist auch nicht viel jünger. Ein neuer Trafo hätte über acht Millionen Euro gekostet, doch ein höherer Profit war Herrn Hatakka offensichtlich wichtiger. So viel zum Thema Sicherheit.

(Beifall bei der SPD, der GAL und vereinzelt bei der LINKEN)

Wir haben in Krümmel alte Technik und alte Probleme, denn bereits vor drei Jahren bezeichnete die Bundesregierung die älteren Siedewasserreaktoren, zu denen Krümmel zählt, als nicht zum neuesten Stand der Technik gehörend. Es ist langsam peinlich, wie uns die CDU und die Atomwirtschaft immer wieder versuchen, hinters Licht zu führen.

Es trägt auch nicht zur Schadensbegrenzung bei, wenn Hamburgs Bürgermeister wiederholt totale Transparenz bei der Ursachenaufklärung und bei der Information der Bevölkerung fordert. Auch hier hat Vattenfall nichts dazugelernt. Mit der Genehmigung zum Wiederaufstart des Reaktors war die Auflage verbunden, kontinuierliche Sprachaufzeichnungen aus dem Steuerstand zu gewährleisten. Gegen diese Auflage hat Vattenfall sofort beim Obergericht Klage erhoben. Die Mikrofone waren bei der Panne nicht in Betrieb. Jetzt gibt Vattenfall-Chef Hatakka zu, dass auch die geforderte Überwachungseinrichtung am Trafo nicht installiert war, und er feuert den Kraftwerksleiter, aber das ist doch ein Bauernopfer, meine Damen und Herren. Der Fisch stinkt bekanntlich am Kopf zuerst.

(Beifall bei der SPD, bei der GAL und bei Norbert Hackbusch DIE LINKE)

Auch in Schweden werden jetzt Unregelmäßigkeiten aus den Kernkraftwerken gemeldet. Alles das hatten wir vor zwei Jahren auch schon gehabt. Transparenz wird unterbunden, Aufklärung erfolgt scheibchenweise und über die Ursachen von Radioaktivität im Reaktorwasser werden wir vielleicht auch noch etwas erfahren.

Es schafft kein Vertrauen, auch wenn der Bürgermeister jetzt fordert, AKWs beim leisesten Verdacht abzuschalten. Nach 300 Zwischenfällen in Krümmel ist der Verdacht nicht mehr leise und von

Zuverlässigkeit kann man hier wirklich nicht sprechen.

(Beifall bei der SPD, der GAL und der LINKEN)

Der Bürgermeister sollte aufhören, Vattenfall Schützenhilfe zu leisten. Krümmel darf nicht mehr ans Netz, es darf auch keinen dritten Versuch mehr geben, es ist vertan und eine Laufzeitverlängerung lehnen wir auch ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der GAL und der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Dann gebe ich das Wort der Abgeordneten Heyenn.

(Rolf Harlinghausen CDU: Jetzt geht's vom Megawatt zum Meckerwatt!)

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Diskussion um die Atomkraftwerke ist in der Republik fast 40 Jahre alt und Hamburg war immer ein Zentrum dieser Diskussion, obwohl wir kein Kernkraftwerk haben, aber die Energieversorgung zuerst durch HEW, jetzt Vattenfall, hat in ihrem Energiemix immer Atomstrom aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein bezogen. Brokdorf war das Symbol für den Widerstand gegen Kernkraftwerke und es war gleichzeitig das Symbol für die Härte, mit der gegen Demonstrationen und Demonstranten vorgegangen wurde. Krümmel ist das Symbol für die Fahrlässigkeit im Umgang mit dieser risikoreichen Technologie. Wann fliegt uns Krümmel um die Ohren?, hat die "Bild"-Zeitung heute getitelt. Das fragen wir uns seit 1984.

Es geht nicht nur um Störfälle und deren Behebung beziehungsweise Nichtbehebung. Die von der CDU geführte Landesregierung Schleswig-Holstein hat zu Recht die Frage aufgeworfen, ob Vattenfall als Betreiber von Kernkraftwerken noch tragbar sei. Es geht nicht nur um Krümmel, es geht um Kernkraftwerke überhaupt, denn Forsmark hat ähnliche Probleme, und die Atombehörde beschäftigt sich jetzt damit. Krümmel hat seit der Inbetriebnahme 1984 mehr als 300 meldepflichtige Störfälle aufzuweisen. Entgegen den ständig sich wiederholenden offiziellen Erklärungen ist davon auszugehen, dass es Gefährdungen für die Bevölkerung durchaus gegeben hat. Seit 1990 sind mindestens 19 Kinder aus dem Umland an Leukämie erkrankt. Soll man einem Energiekonzern wie Vattenfall, der das in Kauf nimmt, und zwar wiederholt, wie der letzte Versuch, Krümmel wieder ans Netz zu bringen, zeigt, die Energieversorgung in Hamburg weiter in diesem Ausmaß überlassen? Tschüs, Vattenfall, das ist die richtige Antwort.

(Beifall bei der LINKEN, vereinzelt bei der SPD und Beifall bei der GAL)

(Dora Heyenn)

Heute um 11.45 Uhr hat Vattenfall an alle Fraktionsvorsitzenden ein Fax geschickt und darauf hingewiesen, dass sie Konsequenzen aus der letzten Schnellabschaltung gezogen hätten. Sie haben den Kraftwerksleiter entlassen. Na klar, dann wird jetzt alles gut.

Die Diskussion auf den störungsfreien Betrieb von Kernkraftwerken zu reduzieren, halten wir für völlig verkürzt. Ich putze mein Badezimmer selbst

(Beifall bei *Stephan Müller CDU*)

und ich würde nie im Leben auf die Idee kommen, Wasser in die Badewanne laufen zu lassen und während sie überläuft, unablässig zu versuchen, den Boden trocken zu feudeln.

(Beifall bei der LINKEN, der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Aber genau das tun wir mit der Gewinnung von Atomstrom weltweit. Es wird produziert und produziert und radioaktiver Müll fällt ständig an. Asse ist das Symbol dafür, dass es keine Endlagerung von radioaktivem Müll gibt und auch nie geben wird. Deshalb ist es unverantwortlich, ständig weiter Atommüll zu produzieren.

(Beifall bei der LINKEN, der GAL und bei *Michael Neumann SPD*)

Es passt in die Kette von Entscheidungen, die die gestalterischen Mehrheiten in den Parlamenten in Deutschland fällen, Gentechnologie, Steuer- und Schuldenpolitik, Klimapolitik und Kernenergie. Sie alle haben eines gemeinsam: Die kommenden Generationen werden unerträglich belastet, damit hier und heute alles so weitergehen kann wie bisher. Das ist unverantwortlich.

(Beifall bei der LINKEN, der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Die Diskussion um Krümmel steht auch im Zusammenhang mit der Debatte um den Atomkonsens. Die rot-grüne Bundesregierung weckte damals die Hoffnung, dass kontinuierlich alte Kernkraftwerke vom Netz genommen würden und dass es bis zum Jahr 2020/2022 keinen Atomstrom in Deutschland mehr geben würde. Beides ist nicht eingetroffen.

Auf Bundesebene rufen die Grünen zum Vattenfall-Boycott auf, das kostet ja nichts, ein GAL-Bundestagsabgeordneter stellt sogar Strafanzeige und Frau Weggen haut hier mächtig auf die Tonne gegen Vattenfall. Doch was geschieht ansonsten in Hamburg, wo die GAL mitregiert und mitgestaltet ist? Wenn Frau Weggen in Hamburg die Endverbraucher zu einem Boycott von Vattenfall auffordert, dann ist das gut und schön, das unterstützen wir natürlich auch; aber wir fragen uns, wo die Stimme der GAL bleibt, wenn es um die Umweltpartnerschaften geht, bei denen E.ON und Vattenfall kooperieren. Diese ambivalente Argumentation der GAL, auf Bundesebene auf die Tonne zu hau-

en, aber hier bei den konkreten Maßnahmen mitzumachen, finden wir wirklich zu billig.

(Beifall bei der LINKEN, der GAL und *Dr. Monika Schaal SPD – Glocke*)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, Sie müssen einen Schlusssatz formulieren.

Dora Heyenn (fortfahrend): – Mache ich. Die LINKE fordert: Schluss mit allen Kooperationen und Kündigung aller Verträge mit Vattenfall, sofortige Stilllegung von Krümmel und anderen Atomkraftwerken. Wir fordern Sicherheit für die Bürger heute und in den nächsten Generationen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält Senatorin Hajduk.

Senatorin Anja Hajduk: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde es gut, dass bei dieser bundesweit sehr kontrovers diskutierten Thematik in unserer heutigen Debatte mit Blick auf das Kernkraftwerk Krümmel im Wesentlichen eine sehr einmütige politische Richtung verfolgt wird. Das sage ich deshalb, weil die Parteien zum Thema Atomenergie bekanntlich unterschiedliche Positionen vertreten, sogar die Parteien, die diese Regierung tragen. Dass aber hinsichtlich der Unfallanfälligkeit von Krümmel und der damit einhergehenden Gefährdung für die Bürger auch aufseiten der CDU deutlich gemacht wird, dass politische Überzeugungen in den Hintergrund treten, halte ich für ein wichtiges und richtiges Signal gerade auch an die Energiewirtschaft.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich möchte noch einmal betonen, dass wir, wenn wir sagen, Sicherheit sei das erste Gebot, auch bei unseren eigenen energiepolitischen Debatten bedenken müssen, dass es nicht nur um sichere Energieversorgung, sondern auch um die Sicherheit der Menschen geht. Das muss klar sein, wenn wir als Politiker einen Entwurf für die Zukunft vorlegen wollen.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Betrachten wir das Kraftwerk Krümmel unter dem Aspekt der Sicherheit, so muss man ganz nüchtern feststellen, dass es nicht rosig aussieht. In dieser Debatte wurde bereits angesprochen, dass Krümmel ein AKW ist, das zwar erst 1983 ans Netz gegangen ist, aber zu der Baulinie der sogenannten Neunundsechziger und damit zu den ältesten Reaktortypen zählt. Krümmel gehört zu den anfälligsten Atomkraftwerken in Deutschland, über 300 meldepflichtige Ereignisse verzeichnete die

(Senatorin Anja Hajduk)

Behörde, das heißt, durchschnittlich ein Mal pro Monat kommt es zu einem Störfall, auch das wurde bereits gesagt. Liest man den aktuellen Artikel in der "tageszeitung" vom 5. Juli zum Reaktor Krümmel, dann stellt sich diese Pannenserie auf wirklich besorgniserregende, ja bedrückende Weise dar.

Deswegen komme ich zu einem sehr wichtigen Punkt. Wenn die Bundesregierung auf kleine Anfragen in den Jahren 2006 und 2007 antwortet, Krümmel sei ein Siedewasserreaktor älterer Bauart, und feststellt, dass solche älteren Meiler nicht dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik entsprechen und weltweit nicht zu den modernsten und sichersten Atomkraftwerken zählen, dann entlarvt sich die pauschale Mär, dass alle deutschen Atomkraftwerke zu den sichersten auf der Welt zählen, als schlichtweg falsch.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Insofern halte ich es für richtig und begrüße es, dass die Kollegin Trauernicht in Schleswig-Holstein prüft, ob auf der Basis der Vorkommnisse bei Krümmel die Zuverlässigkeit des Betreibers gegeben ist. Damit ist auch klar, dass es allein mit der schnell erfolgten Personalentscheidung nicht getan ist.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich sage das auch vor dem Hintergrund, dass die Vorfälle in Krümmel natürlich in ganz besonderer Weise die Interessen Hamburgs betreffen, weil Hamburg in unmittelbarer Nähe von Krümmel liegt. Insofern legen wir als Hamburger Regierung, die nicht direkt an diesem Verfahren beteiligt ist, allergrößten Wert darauf, dass die Kollegen in Schleswig-Holstein das Thema mit großer Sorgfalt angehen, wie Frau Trauernicht angekündigt hat. Beachtlich finde ich auch, wie kritisch sich der CDU-Ministerpräsident Carstensen zu dem Thema geäußert hat. Diese Sorgfalt können wir aus Hamburg nur fordern und unterstützen.

Vor dem Hintergrund dieser Geschehnisse ist die Frage berechtigt, warum nicht auf den Weiterbetrieb von Vattenfall verzichtet wird.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei der SPD)

Ich möchte die Interessen Hamburgs noch kurz in einem anderen Punkt berühren. Es ist schon enorm, in welcher Weise Hamburg und Hamburger Bürger betroffen waren. Wenn alle 14 Wasserwerke ausfallen, wenn 100 000 Menschen über drei Stunden kein Wasser oder wenig Wasser erhalten, wenn alle 1500 Ampeln ausfallen, dann ist das die eine Seite der Betroffenheit. Aber, ich finde, dabei wird auch deutlich, dass wir noch einmal einen kritischen Blick werfen müssen auf die zukünftige Rolle der konventionellen Großkraftwerke für die Sicherheit der Energieversorgung.

Ich komme zu einem weiteren wichtigen Punkt. Durch den Sachverständigenrat für Umweltfragen wurde die Frage behandelt, wie die zukünftige Rolle der Großkraftwerke in Deutschland aussieht und wie sie zu werten ist. Dieser Sachverständigenrat für Umweltfragen hat in seinem Thesenpapier von diesem Jahr ausführlich begründet, warum ein hoher Anteil von Grundlastkraftwerken mit dem Ausbau erneuerbarer Energien nicht vereinbar ist. Es ist nämlich so, dass die zu deckende Netzlast durch konventionelle Grundlastkraftwerke ganz deutlich zurückgehen würde, wenn wir nur den Ausbau bekommen, den die jetzige Bundesregierung bei den erneuerbaren Energien anstrebt. Man kann auch umgekehrt sagen: Seitens der Energieversorgungsunternehmen wird die Problematik von E.ON und Electricité de France bereits so herum thematisiert, dass diese der britischen Regierung deutlich gemacht haben, ein hoher Anteil an erneuerbaren Energien sei unvereinbar mit dem Neubau kapitalintensiver Grundlastkraftwerke.

Und wenn das so ist, dann, denke ich, wird deutlich, dass wir für die Zukunft der Energieversorgung mit Blick auf die Rolle der konventionellen Grundlastkraftwerke eine andere Antwort brauchen und eben feststellen müssen, dass dies mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien nicht zusammengeht.

Vor diesem Hintergrund bin ich froh, dass wir in Hamburg, auch wenn wir mit Blick auf Krümmel und die Frage der Atomenergie keine unmittelbare Kompetenz haben, eine klare Richtung haben für die Zukunft der Energiepolitik in Hamburg, indem wir mit Hamburg Energie einen Energieversorger gegründet haben, der einen atom- und CO₂-freien Strom anbieten wird.

(Zuruf von Dr. Monika Schaal SPD)

Wir werden nach der Sommerpause kommen, Frau Schaal, das Unternehmen ist längst gegründet, wir werden nach der Sommerpause auf den Markt treten. Ich glaube, dieses Angebot ist wichtig, weil wir die Menschen überzeugen und ihnen auch zeigen müssen, dass es möglich ist, eine Alternative zu wählen. Es wird in diesem Jahr in der Auseinandersetzung auch ganz klar um die Diskussion gehen, welche Strategie wir für die langfristige Energieversorgung in Deutschland brauchen, ob es konventionelle Großkraftwerke sind oder die Erneuerbaren. Dies steht zur Entscheidung an, das steht nicht einfach nebeneinander. Diese Entscheidung wird jetzt gesucht und wahrscheinlich auch im Rahmen der Bundestagswahl mit geprägt werden. Wenn Herr Oettinger sagt, Krümmel sei ein Kraftwerk mit Zukunft, dann haben wir in Hamburg eine andere Vorstellung von der Zukunft. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der GAL, der CDU und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kerstan.

Jens Kerstan GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Betrieb der Atomenergie in diesem Lande, das wird selbst von den Befürwortern zugestanden, beinhaltet immer auch ein gewisses Maß an Risiko und der Ballungsraum Hamburg mit seinen Millionen Bewohnern ist von diesem Risiko mehr betroffen als viele andere Großstädte in diesem Land, denn zur Hochzeit der Atomenergie war Hamburg von vier Reaktoren umstellt, drei davon von der ältesten Bauart, die auch nicht auf dem neuesten Stand der Technik sind. Durch den rot-grünen Atomkonsens ist es gelungen, den ältesten Reaktor in Stade bereits stillzulegen, aber nichtsdestotrotz geht natürlich von den restlichen Kraftwerken ein erhebliches Gefährdungspotenzial aus.

Umso schlimmer ist, dass diese beiden Kraftwerke der alten Bauart, die noch in Betrieb sind, gleichzeitig mit die störungsanfälligsten Reaktoren in dieser Republik sind und dass insbesondere, wenn man sich das Kraftwerk Krümmel anschaut, man schon sagen muss, dass es kein anderes Kraftwerk gibt, das so oft brennt und wo es so oft knallt. Man kann schon nicht mehr davon sprechen, dass das die Ausnahme ist, sondern der Regelfall.

(Beifall bei *Dr. Eva Gümbe* GAL)

Umso wichtiger ist es, dass man beim Betrieb dieser Risikotechnologie einen Betreiber hat, der mit Sorgfalt und Ruhe gewissenhaft vorgeht. Umso schlimmer für Hamburg ist, dass man das zu Recht bezweifeln muss. Wenn man sich diese Unfälle ansieht, muss man feststellen: Das Kraftwerk Krümmel stand zwei Jahre still, weil es einen Brand in einem Transformator gegeben hat. Zwei Jahre lang wurde der Reaktor auf die Sicherheit überprüft, auch die Transformatoren, das Kraftwerk wurde angefahren und innerhalb von zwei Wochen kam es wieder zu einem Störfall in genau diesem Transformator. Und warum das Ganze? Weil der Betreiber vergessen hatte, ein Sicherheitsinstrument einzubauen, das für den Betrieb des Kraftwerks zwingend vorgeschrieben ist. Das ist ein unentschuldbares Vergehen.

(Beifall bei *Linda Heitmann* GAL)

Das ist etwas, was diesem Betreiber die Zuverlässigkeit abspricht. Man kann eigentlich nur zu dem Schluss kommen, dass ihm die Sorgfalt fehlt, um dieses Kraftwerk zu betreiben.

(Beifall bei der GAL, der CDU und der SPD)

Man muss auch sagen, dass Vattenfall darauf reagiert. Beim letzten Störfall wurden der Deutschland-Chef und der Chef der Kraftwerkssparte entlassen. Jetzt, nach wenigen Tagen, ist der Direktor vor Ort entlassen worden. In der Zwischenzeit wurde die Zuständigkeit für die Sicherheit der Reaktoren

an den Vorstandsvorsitzenden des Mutterkonzerns in Schweden, Herrn Josefsson, verlagert. Man muss doch eines feststellen, die Verantwortlichen bei Vattenfall kommen und gehen, während die Unsicherheit und die Störfälle bleiben, und das darf so nicht bleiben.

(Beifall bei der GAL, der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Dieses Zusammenspiel eines alten, nicht auf dem neuesten Stand der Technik befindlichen Reaktors, der höchst anfällig ist und in dem es regelmäßig Störfälle gibt, und eines Betreibers, der seine Unzuverlässigkeit und Unfähigkeit bereits unter Beweis gestellt hat, stellt ein nicht zumutbares Sicherheitsrisiko für Hamburg und die Menschen in dieser Stadt dar.

(Beifall bei der GAL und bei *Dr. Monika Schaal* SPD)

Ich freue mich, dass wir zumindest in diesem Punkt – Sicherheit geht vor – mit unserem Koalitionspartner einer Meinung sind, wenn ich den Aussagen Glauben schenke. Ich würde mir wünschen, dass es in den nächsten Wochen und Monaten nicht nur bei diesem Bekenntnis bleibt, sondern wir auch bei den Gesprächen mit dem Betreiber und bei Maßnahmen, die zu ergreifen sein werden, ein deutliches Stück für die Sicherheit der Menschen in dieser Stadt vorankommen.

Aber man darf nicht verschweigen, dass wir natürlich ein grundsätzliches Problem am Wickel haben. Wir stehen kurz vor der Bundestagswahl und von ihrem Ausgang wird es abhängen, ob es bei einem Ausstieg aus der Atomenergie bleibt oder nicht. In der nächsten Legislaturperiode werden nach dem Atomkonsens sieben Reaktoren vom Netz gehen müssen und jede Bürgerin und jeder Bürger dieser Stadt wird durch seine Stimme auch entscheiden, ob dieser Ausstieg zur Sicherheit Hamburgs – Brunsbüttel und Krümmel gehören dazu – wirklich passieren wird oder ob der Atomausstieg auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben wird.

Wenn man sich dieses Problem anschaut, dann kann man nur eines sagen. Die Position, ich komme zum Schluss, von uns Grünen bei dieser Frage war immer eindeutig: Wir werden alles dafür tun, damit die Atomkraftwerke abgeschaltet werden, in Hamburg zusammen mit unserem Koalitionspartner. Wenn es auf Bundesebene nicht gelingt, dann werden wir das im Bundestagswahlkampf und im Bundestag auch gegen Sie machen, Herr von Beust.

(Glocke)

Eines ist klar, ich komme zum Schluss, der Atomausstieg darf nicht aufhören und deshalb geht es darum, dass jeder seine Verantwortung wahrnimmt, auch die Bürgerinnen und Bürger bei ihrer Wahlentscheidung im September. – Vielen Dank.

(Jens Kerstan)

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Egloff.

Ingo Egloff SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Über den Störfall an sich und die daraus zu ziehenden Konsequenzen haben wir schon ausführlich diskutiert. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal anmerken: Ich finde, es ist keine besondere Leistung Sicherheit einzufordern, sondern es gehört für Regierende einfach dazu, dafür zu sorgen, dass die Sicherheit der Bevölkerung in solchen Fällen gewährleistet ist.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen möchte ich noch einen anderen Aspekt beleuchten, der schon mehrfach angesprochen worden ist, nämlich die Frage der Laufzeiten. Die CDU/CSU hat genauso wie die FDP ein Szenario aufgelegt, das davon ausgeht, dass die Laufzeiten der 17 verbliebenen Atomkraftwerke verlängert werden sollen. Herr von Beust selber hat im Jahre 2007 "Der Welt" gegenüber in einem Interview erklärt, man bliebe zwar grundsätzlich bei einem Ausstieg, aber für die moderneren und sichereren Kraftwerke – die Frage ist, welche das denn sind – müsse es bei einer Laufzeitverlängerung bleiben. Er sprach dabei von einer Übergangszeit von mehreren Jahrzehnten.

Aber selbst wenn man nur die vom ehemaligen Bundeswirtschaftsminister Glos aufgebrachte Forderung der Laufzeitverlängerung von 32 auf 40 Jahre in Ansatz bringt, also diese acht Jahre betrachtet, wird deutlich, wozu es eigentlich geht. Es geht nicht um die vermeintliche Sorge, dass wegen des CO₂-Ausstoßes von Kohlekraftwerken aus Klimaschutzgründen die AKWs weiterlaufen müssen, es geht auch nicht um die 40 000 Arbeitsplätze in der Atomwirtschaft, sondern in Wahrheit geht es einzig und allein um ein riesiges Geschäft.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – *Wfried Buss SPD:* So ist es!)

Jedes dieser Atomkraftwerke ist betriebswirtschaftlich längst abgeschrieben, jedes dieser AKWs erbringt an jedem Tag, an dem es läuft, einen riesigen Gewinn. Das Öko-Institut hat ausgerechnet, dass allein die Laufzeitverlängerung um acht Jahre den Konzernen einen Zusatzgewinn von 61 Milliarden Euro bescheren würde, andere sprechen sogar von bis zu 200 Milliarden Euro. 61 Milliarden Euro sind der wahre Grund für die Laufzeitverlängerung und sonst nichts.

(Beifall bei der SPD, der GAL und der LINKEN)

Deshalb reicht es nicht aus, sich wie der Bürgermeister zu Fragen der Sicherheit zu äußern, es reicht auch nicht aus, wie Peter Harry Carstensen markig zu verkünden, notfalls würde er Krümmel eigenhändig abschalten – die Frage ist, ob er das überhaupt kann –,

(Heiterkeit bei der LINKEN)

sondern man muss sich jetzt dazu bekennen, ob man Atomkraft weiter will oder nicht. Das ist wie bei der Schwangerschaft, ein bisschen geht nicht, da gibt es nur ein Ja oder ein Nein und diese Frage muss beantwortet werden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Deshalb, Herr Kruse, ist es falsch, auf der einen Seite über die Zuverlässigkeit von Vattenfall zu lamentieren – die ist nach diesem Vorfall in der Tat fraglich –, auf der anderen Seite aber weiter den Ausstieg aus dem Ausstieg zu verlangen. Denn, was hat sich denn seit Tschernobyl und Harrisburg geändert? Nichts. Ist die Endlagerfrage geklärt? Nein, sie ist nicht geklärt. Die Atomkraftbetreiber erklären, man könne die Brennstäbe noch weitere Jahrzehnte bei den Kraftwerken lagern. Das ist aber keine Lösung für die Zukunft. Es wurde immer behauptet, dass die in Westeuropa betriebenen AKWs viel sicherer seien als die, die im ehemaligen kommunistischen Machtbereich betrieben werden.

(*Dr. Monika Schaal SPD:* Man sieht es!)

Die Tatsachen sprechen aber eine andere Sprache. Es ist schon von Forsmark die Rede gewesen, ein Reaktor in Schweden – Schweden steht wohl nicht im Verdacht, was Sicherheitsfragen angeht, besonders lasch mit den Dingen umzugehen – stand kurz vor dem GAU. In Göteborg steht ein Reaktor mit 60 Vorfällen schwerster Art. Dass man aus Frankreich so wenig hört, liegt doch daran, dass die Atomlobby in allen Parteien besonders gut vernetzt ist. Das ist der eigentliche Grund dafür, der Grund ist nicht, dass die Dinger dort störungsfrei laufen.

Wenn sich aber an diesem Bedrohungsszenario nichts geändert hat, außer dass die Atomkraftbetreiber darauf hoffen, dass die Bevölkerung vergessen hat, was 1986 in Tschernobyl und vorher in Harrisburg passiert ist, wenn sich daran nichts geändert hat, dann hat sich auch nichts an dem Ausstieg geändert und deswegen wird man diese Frage auch entscheiden müssen. Ob Sie es hören wollen oder nicht, natürlich ist die Bundestagswahl eine Entscheidung darüber, da hat Herr Kerstan völlig recht. Wenn Schwarz-Gelb nach der Bundestagswahl regiert, wird es eine Laufzeitverlängerung dieser Atomkraftwerke mit ungeahnten Möglichkeiten für die Konzerne geben, weiter daran zu verdienen. Wenn das nicht der Fall ist, dann wird es bei dem Ausstieg bleiben und das ist die richtige Politik.

(Ingo Egloff)

(Beifall bei der SPD, der GAL und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Deswegen, Herr von Beust, finde ich, sollten Sie hier und heute erklären, ob Sie für das Weiterlaufen der Kernkraftwerke sind oder ob Sie angesichts dieses Vorfalls Ihre Meinung geändert haben. Die Bevölkerung in Hamburg hat ein Anrecht auf eine Antwort.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kruse.

Rüdiger Kruse CDU:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Kaum hat Herr Egloff gesprochen, sieht die Welt wieder ganz einfach aus.

(*Ingo Egloff SPD:* Glauben Sie mir doch einfach mal!)

Es gibt die bösen Energiekonzerne und es geht nur um ganz große Gewinne und CO₂ steht gar nicht zur Debatte.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU:* Bei ihm kommt der Strom aus der Steckdose!)

Es sieht fast so aus, als ob Herr Egloff versprechen würde, dass die Kernkraftwerke abgeschaltet werden und am nächsten Tag blühende Landschaften der alternativen Energieversorgung über Nacht entstehen, wenn dann die SPD regieren würde und schalten und walten könnte.

(Unruhe im Hause)

Solche Dinge entstehen aber nicht über Nacht und ich habe auch gar kein Problem damit, Herr Egloff, dass Sie sich mit hoher Geschwindigkeit von Energiekonzepten Ihrer Partei verabschieden, das macht nichts. Das Problem ist, dass Sie ein Vakuum erzeugen, solange Sie kein neues setzen und vor allen Dingen, weil Sie den Leuten etwas vortäuschen. Selbst Windenergieanlagen, Kraft-Wärme-Kopplung, Energieeffizienz, all diese Dinge, die als einzelne Projekte natürlich nicht so lange dauern wie der Neubau eines Großkraftwerks, schaffen Sie in der Summe nicht über Nacht. Das heißt, Sie brauchen einen Zeitplan und Sie brauchen die Möglichkeit, diese Umstellung mit der nötigen Energie sukzessive machen zu können. Und ich sage Ihnen: Ein Zeitplan von 15 Jahren ist ehrgeizig. Wir wären das einzige Land der Welt, das den hat. Wenn Sie nicht nach diesem Zeitplan arbeiten, dann haben Sie gar keinen Zeitplan und Sie werden nichts außer ein bisschen Chaos und immensen Profiten der Kernindustrie im Ausland erreichen.

(*Ingo Egloff SPD:* Und deswegen machen wir das lieber selber?!)

Denn Sie würden dann den Strom von dort oder aus Braunkohlekraftwerken aus Polen importieren müssen.

(*Wilfried Buss SPD:* Was machen wir denn jetzt?)

– Es ist doch einfach so.

Auch die Endlagerungsproblematik entlasten Sie nicht dadurch, dass Sie jetzt abschalten, Sie wissen doch ganz genau, dass 15 Jahre überhaupt nicht der Zeitpunkt dafür sind.

(Zuruf von *Dr. Andreas Dressel SPD*)

– Die Menge, Herr Dressel, vergrößert das Problem nicht wesentlich, das wissen Sie auch.

Warum können wir das nicht ernsthaft diskutieren? Warum können wir nicht sagen: Jawohl, es gibt auch in diesem Hause einen Konsens, wir wollen eine Umstellung auf regenerative Energien. Ich glaube, dass sich darin alle hier vertretenen Parteien einig sind. Schauen Sie auf das, was Hamburg macht, die schwarz-grüne Koalition treibt dieses Projekt voran. Die CDU-Alleinregierung hat wesentliche Dinge und ehrgeizige Ziele für den Klimaschutz gesetzt. Aber wir müssen das Ganze auch so machen, dass wir Ökologie und Ökonomie zusammen betrachten und natürlich auch das Soziale nicht vergessen.

Was wollen Sie denn machen, wenn die Energieversorgung in diesem Land für einen Zeitraum einseitig unbezahlbar und unsicher wird? Ich glaube, dass unser Konzept, in dem wir sagen, dass wir die sicheren Kraftwerke länger laufen lassen – und jetzt kommt es nämlich, Herr Egloff, wir lassen diese Profite nicht bei den Unternehmern. Wir sorgen dafür, dass neu investiert wird

(*Ingo Egloff SPD:* Bei Ihnen bricht der Sozialismus aus, Herr Kruse!)

und dass aus dem Gewinn der weiterbetriebenen Kraftwerke die Umstellung auf eine energieeffiziente Gesellschaft gelingt. Dafür werden wir sorgen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Ich gebe das Wort dem Abgeordneten Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kruse, das zeigte relativ deutlich, dass die Einheit, die Frau Hajduk herzustellen versuchte, in Ihrer Koalition im Zusammenhang mit Energiepolitik in gewisser Weise nicht mehr existiert, weil das, was Sie gesagt haben, das Gleiche ist, was schon seit 20, 30 Jahren von der CDU in dieser Fragestellung gesagt wird. Es unterscheidet sich nicht davon: Wir können es noch nicht, wir werden es später machen, so lange muss die Atomkraft noch laufen. In dem Punkt hat sich bei Ihnen, finde ich, nichts getan.

(Norbert Hackbusch)

Aber mir reichen auch nicht einige andere kritische Anmerkungen, die gemacht worden sind. Wir schimpfen alle einvernehmlich über die Art und Weise des Umgangs mit den Geschehnissen in Krümmel. Deutlich gesagt: Nach einer Prüfung in Schleswig-Holstein ist Krümmel gerade wieder angeschaltet worden. Das heißt doch auch, dass die kritische Prüfung im Zusammenhang mit Atomkraft gegenwärtig nicht ausreicht. Das müssen wir doch auch hinterfragen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Andreas Dressel* und *Andrea Rugbarth*, beide SPD)

Frau Hajduk, dazu gehören doch auch einige kritische Worte zu dieser Fragestellung und dass man nicht in dem Augenblick, in dem man das feststellt, sagt, alle seien aufgeregt und man mache das einmal eben zehn Minuten lang so, sondern auch in gewisser Weise, dass man daraus Schlussfolgerungen zieht. Eine ist, dass der Umfang der Prüfung nicht reicht.

Das Zweite ist: Warum sind wir eigentlich so sensibel gegenüber der Sorgfältigkeit im Zusammenhang mit den Atomkraftwerken? Wir sind doch deswegen so sensibel, weil darin ein Teufelszeug steckt, das man nicht in der Lage ist zu kontrollieren, und zwar sowohl im Betrieb nicht als auch den dadurch entstehenden Müll nicht. Das ist doch genau die Schwierigkeit. Da müssen wir doch auch gemeinsam sagen, dass ein Ausstieg sofort und so schnell wie möglich die einzig richtige Antwort ist, weil dieses Teufelszeug sonst immer mehr wird.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Das, was wir gegenwärtig in der Realität bemerken, Herr Kruse, müssen Sie sich noch einmal klarmachen: Kein Mensch der Welt weiß, wo er mit dem Atommüll hin soll, den Sie mit der Art und Weise, in der Sie mit dem Thema umgehen, Tag für Tag produzieren. Das mit dem Endlager ist doch eine schöne Formulierung. Es gibt kein Endlager dafür, es gibt keine endgültige Beruhigung. Sie gehen mit dem Müll um wie mit einem Flugzeug, das gestartet ist und keine Landebahn hat.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich möchte noch eine Sache ansprechen. Ich finde Frau Hajduks Kritik an der Großanlagenpolitik völlig berechtigt. Sie ist in diesem Zusammenhang dramatisch, weil sie alternative Entwicklung verhindert. Es ist dementsprechend absolut notwendig, alternativen Entwicklungen und Energieeffizienz Möglichkeiten zu geben. Das haben wir 20, 25 Jahre zu sehr vernachlässigt.

Aber, Frau Hajduk, diese Kritik trifft doch Sie im Zusammenhang mit Moorborg genauso. Das ist doch genau die gleiche Großanlagenpolitik, die dort betrieben wird. Das ist doch etwas, zu dem Sie sagen können, es tue Ihnen leid, Sie wollten

das eigentlich auch nicht. Aber das muss man für sich doch auch selbstkritisch bemerken können, nur dann wird man in der Lage sein, wirklich eine veränderte Politik organisieren zu können.

Ich möchte einen letzten Punkt ansprechen. Für mich ist das eine Frage von politischer Glaubwürdigkeit und das ist mir besonders wichtig im Zusammenhang mit der CDU. Es geht darum, dass wir in der Lage sind, für die Zukunft eine Politik zu machen, die kurzfristige Gewinne durchaus einmal verschmährt, das gilt im Allgemeinen, kurzfristige Gewinne, wie sie im Zusammenhang mit der Atomkraft gegenwärtig locken.

Kurzfristige Gewinne lockten bei der HSH Nordbank, sie wurden in gewisser Weise auch realisiert und ich finde, wir müssen daraus lernen, zumindest muss man sich das jetzt nicht gegenseitig um die Ohren hauen, aber man muss daraus lernen. Kurzfristige Gewinne lockten bei dem Verkauf der HEW an Vattenfall, auch das wurde heute nicht genannt. Das muss man in gewisser Weise auch berücksichtigen und man muss in der Lage sein, auch kritisch zu sehen, dass es ein grober Fehler war, diesem Konzern die HEW zu verkaufen. Und kurzfristige Gewinne locken bei der gegenwärtigen Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken. Es ist fatal für die Politik, wenn man nicht in der Lage ist, diese kurzfristigen Gewinne auszuschlagen. Das verlange ich aber gerade von einer CDU.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Andrea Rugbarth* SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Heitmann.

Linda Heitmann GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Neben den ganzen Unfällen, Pannen und Risiken, von denen wir heute schon viel gehört haben, möchte ich noch einmal darauf eingehen, dass es auch beträchtliche gesundheitliche Risiken durch Atomkraft gibt, mit denen wir tagtäglich leben müssen. In einer Studie des Mainzer Kinderkrebsregisters ist festgestellt worden, dass in der Umgebung von AKWs eine signifikante Erhöhung von Leukämiefällen bei Kindern unter fünf Jahren festgestellt werden kann.

Im Umkreis von 5 Kilometern um ein AKW herum ist das Krebsrisiko dieser Kinder um 120 Prozent höher als im Bundesdurchschnitt. Wer dieser Studie nicht glauben möchte, sie wurde im Umfeld von 16 Standorten von einem zwölfköpfigen Expertengremium einmütig festgelegt und dieses Expertengremium setzte sich sowohl aus Befürwortern als auch aus Gegnern zusammen. Ein um 120 Prozent höheres Risiko für Leukämie – ich finde, es ist ein Skandal, dass immer noch Kinder in diesen Bereichen leben müssen.

(Linda Heitmann)

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der LINKEN)

Aber wir wissen auch, dass neben der Stromerzeugung selbst der immer weiter produzierte Abfall stark gesundheitsgefährdend ist. Es ist, wie Herr Hackbusch schon angesprochen hat, unverantwortlich, dass die Endlagerfrage noch immer ungeklärt ist, während immer mehr Müll produziert wird. Asse wird bis heute als Zwischenlager deklariert, und zwar, weil es kein Endlager gibt. Aber dort dringt Wasser ein und es ist zu befürchten, dass Grundwasser langfristig kontaminiert wird. Welche Ausweitung der Gesundheitsrisiken sich damit ergeben würde, mag sich momentan, glaube ich, keiner von uns vorstellen. Das wäre unkontrollierbar und zahlreiche Menschen, auch über die direkte Umgebung von Atomkraftwerken hinaus, wären sofort betroffen.

Ungelöste Probleme und schwere Lasten werden mit dieser Technologie auf zukünftige Generationen verschoben, und zwar auch auf jene, die erst in über tausend Jahren leben werden, und das alles für eine Technologie, die alles andere als zukunftsweisend ist oder kommenden Generationen überhaupt nützen würde. Mein Kollegin Jenny Weggen hat bereits erläutert, dass wir auf nachhaltige und dezentrale Energien setzen wollen. Es wird häufig überhaupt nicht betrachtet, dass auch Uran – genau wie Öl und Gas – ein Rohstoff ist, der importiert werden muss, starken Preisschwankungen unterliegt und endlich ist.

Wenn man also zusammenfasst, dann hat man es bei der Atomenergie mit einer Technik zu tun, die nachweislich Gesundheitsrisiken birgt, starke Gesundheitsgefahren und große Lasten für die zukünftigen Generationen bringt und eine rückwärts-gewandte Energieversorgung beschreibt. Deshalb muss mit dieser Technologie jetzt endlich Schluss sein. Krümmel im jetzigen Moment weiterzubetreiben, ist absolut verantwortungslos, die endgültige Stilllegung muss sofort erfolgen und alle anderen Kernkraftwerke sollten möglichst schnell folgen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD und der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ingo Egloff hat darauf hingewiesen, dass die Atomwirtschaft 61 Milliarden Euro Zusatzgewinne kassiert, wenn die Laufzeiten der Kernkraftwerke verlängert werden. Man muss vielleicht noch auf eines dabei hinweisen. Dieses Geld ist das Geld der Verbraucherinnen und Verbraucher, das ist unsere Kohle, die gerade jetzt in der Krise bei vielen fehlt, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln.

Vattenfall hat zwar die Preise in Hamburg und in seinem Versorgungsgebiet konstant gehalten, aber ich gehe einmal davon aus, dass, genau wie E.ON jetzt eine immense Preissteigerung angekündigt hat, das dicke Ende auch für die Hamburger Strompreise zu verzeichnen sein wird. Das ist natürlich für die Verbraucherinnen und Verbraucher ein ganz wichtiges Argument. Ich denke einmal, wer sich die Zusammenhänge klarmacht – und das müssen die Stromkunden wirklich tun –, muss dann auch dem Aufruf folgen: Weg von Vattenfall.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Herr Kruse, es ist doch ein Märchen zu glauben, dass die Atomwirtschaft die zusätzlichen Gewinne, die Sie selber einräumen, zum Ausbau der erneuerbaren Energien zur Verfügung stellt. Erstens hat das noch niemand angeboten, sondern es ist immer nur von Ihnen und Ihren Kollegen angeboten worden, dass man das, was jetzt zusätzlich in die Kasse kommt, dann nimmt, um die erneuerbaren Energien weiter auszubauen. Aber wenn man sich dann ansieht, welche Politik tatsächlich von den Atomkonzernen betrieben wird, dann kann man daran seine Zweifel haben.

Frau Hajduk hat bereits darauf hingewiesen, in Großbritannien haben E.ON und die GDF beim Bau von neuen Atomkraftwerken zur Bedingung gemacht, dass zunächst der Ausbau der Erneuerbaren gestoppt wird. Da wurde endlich einmal zugegeben, worum es wirklich geht, denn sie haben gesagt, der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien würde die Wirtschaftlichkeit der Atomkraftwerke behindern. Es ist auch ganz klar, Atomkraftwerke sind Grundlastkraftwerke und überhaupt nicht reagibel, denn wenn jetzt der diskontinuierliche Strom aus Erneuerbaren mit ins Netz integriert werden kann, kann die Atomkraft nicht reagieren. Insofern passen Atomwirtschaft und die erneuerbare Energiewirtschaft nicht zusammen, sondern man braucht andere Technologien, um die Erneuerbaren in das Stromnetz zu integrieren. Hierzu gibt es Vorschläge, das ist nun einmal für eine Zeit lang die Gasttechnologie, das sind Speichertechnologien und es ist meinetwegen, Herr Kruse, auch der Wasserstoff, aber Atomkraft ist es nicht.

(Beifall bei der SPD und bei Norbert Hackbusch DIE LINKE)

Ich möchte noch etwas in Erinnerung rufen. Sie haben wohl alle schon vergessen, dass das Atomgesetz einmal das Ergebnis einer intensiven und ausgiebigen Verhandlung der Politik mit der Energiewirtschaft war. Dort hat man gesagt, dass wir eine klimafreundliche, verlässliche, wirtschaftliche und sichere Stromversorgung brauchen, und in diesem sogenannten Energiekonsens festgelegt, dass bis ungefähr 2020/2021 je nach Alter die Atomkraftwerke langsam vom Netz gehen, um zu

(Dr. Monika Schaal)

garantieren, dass dann die entstehenden Freiräume durch die Erneuerbaren gefüllt werden können.

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Skeptiker haben damals bezweifelt, dass das geht. Wenn man sich anguckt, wie die Erneuerbaren jetzt nachgewachsen sind, und wenn wir davon ausgehen, dass die drei großen Atomkraftwerke in Norddeutschland nicht mehr am Netz sind und dass zum Beispiel im Jahr 2007 fast 50 Prozent der Kapazitäten der Atomkraftwerke nicht am Netz waren und keine Lichter ausgegangen sind, sondern die Lücken durch die vorhandenen erneuerbaren Energien geschlossen wurden, dann kann man sehen, dass es hier wirklich einen richtigen Machtkampf gibt, der sich nicht nur im Stillen, sondern zunehmend auch öffentlich abspielt.

Der CDU-Geschäftsführer hat uns immer weismachen wollen,

(Frank Schira CDU: Welcher?)

– Herr Pofalla.

(Frank Schira CDU: Generalsekretär!)

dass Atomenergie eine Ökoenergie sei. Das ist völliger Blödsinn, da hat er wohl schlechte Karten, nach dem, was hier in Krümmel passiert ist.

(Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Nach dem Atomkonsens im Jahr 2000, der dann ins Gesetz geschrieben wurde,

(Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Einen letzten Satz gebe ich Ihnen noch.

Dr. Monika Schaal (fortfahrend): Nach dem Atomkonsens hat man immer gesagt, dass der nicht zu halten sei. Die Kritiker haben gesagt, die Stromwirtschaft würde ihre Atomkraftwerke schon viel eher vom Netz nehmen, weil sie unwirtschaftlich seien. Jetzt reißen sie sich darum, ich weiß nicht, was hier stimmt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE: * Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Einige Abgeordnete der Grünen haben im Bundestag am 24. August 2007 eine Kleine Anfrage gestellt und wollten Genaues wissen; insbesondere auch zu Krümmel. Eine Frage lautete:

"Wie bewertet die Bundesregierung die Sicherheitskultur und Fachkunde im Atomkraftwerk Krümmel?"

Herr Kruse, Sie haben immer betont, es sei das Allerwichtigste, dass die Kernkraftwerke sicher sind. Die Antwort war:

"Im Kernkraftwerk Krümmel (KKK) wird derzeit ein geschlossenes Sicherheitsmanagementsystem eingeführt. Vattenfall hat im Gespräch der deutschen Energieversorgungsunternehmen mit Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sigmar Gabriel, am 23. August 2007 zugesagt, den Prozess zur Implementierung eines selbstlernenden Sicherheitsmanagementsystems zu beschleunigen und notwendige Ergänzungen und ggfs. weitere Verbesserungen innerhalb eines Jahres zu realisieren."

23. August 2007, jetzt ist es schon fast zwei Jahre später, das hat wohl nicht so richtig geklappt.

Weiterhin wurde gefragt:

"Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass Vattenfall nicht geeignet sei, Atomkraftwerke zu betreiben?"

Die Antwort war:

"Die Ereignisse in den Kernkraftwerken Krümmel (KKK) und Brunsbüttel (KKB) haben Fragen in Hinblick auf die erforderliche Zuverlässigkeit der Vattenfall Nuclear Energy GmbH, die Sicherheitskultur, das Sicherheitsmanagement und die Gewährleistung der ausreichenden Fachkunde des Personals aufgeworfen."

Es wurden Defizite in der Sicherheitskultur festgestellt. Das heißt, was wir in den letzten Tagen gehört und gelesen haben, ist überhaupt keine Überraschung. Es war offenkundig absehbar, weil der Betreiber eben nicht für Sicherheit steht.

Herr Egloff, Sie haben die Frage aufgeworfen, was eigentlich seit Tschernobyl passiert sei, und haben festgestellt: nichts. Hinterher haben Sie selbst aber zehn Punkte aufgeführt, die ganzen Beinahe-Unfälle und Zwischenfälle, wo eben doch eine ganze Menge passiert ist. Ich finde, dass sich seit Beginn der Diskussion vor ungefähr 40 Jahren eine ganze Menge getan hat, dass ganz viele Argumente durch Fakten belegt wurden, und letztendlich sind die Argumente gegen Kernenergie viel stärker geworden, als sie vor 40 Jahren waren. Ich nenne hier nur Asse.

Wenn wir über Krümmel sprechen, dann müssen wir natürlich auch über das gesamte System Kernenergie reden. Sie, Herr Kruse, und auch Sie, Herr Kerstan, spielen die Problematik der Endlagerung herunter. Für Herrn Kruse ist sie vernachlässigbar;

(Dora Heyenn)

das bisschen, was jeden Tag neu produziert wird, ist nicht so schlimm. Dann haben wir eine strahlende Zukunft vor uns und das ist doch was Schönes. So kann man es natürlich sehen. Herr Kerstan, wenn Sie vom Restrisiko sprechen, ist das in Bezug auf atomaren radioaktiven Müll ein völlig falscher Begriff. Das ist kein Restrisiko, das ist ein Risiko, das täglich wächst. Von Rest kann da nicht die Rede sein.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Es ist hier schon manchmal der Atomkonsens angesprochen worden, darüber kann man auch sehr geteilter Meinung sein. Frau Dr. Schaal hat darauf hingewiesen, dass es da sehr unterschiedliche Aspekte gibt. Man muss aber festhalten, dass die rot-grüne Regierung, als sie den Atomkonsens auf den Weg gebracht hat, überhaupt keine Stillelegungsdaten vereinbart hat. Da steht nicht drin, dass bis zum Tag X im Jahre Y alle vom Netz sein müssen, es sind nur die Reststrommengen aufgeführt. Heute erleben wir, dass durch diese Auflage der Aufweichung dieses Konsenses Tür und Tor geöffnet wird. Die "tageszeitung" von heute hat geschrieben:

"Der Atomkonsens ... ist ein Dokument des Versagens von Rot-Grün."

Wenn ich mich recht entsinne, ist "die tageszeitung" eine den Grünen sehr nahestehende Zeitung, aber recht hat sie trotzdem.

(Beifall bei Norbert Hackbusch DIE LINKE – Antje Möller GAL und Jens Kerstan GAL: Na ja!)

Jetzt schlagen die Grünen und die SPD vor, die Restlaufzeiten der Schrottreaktoren auf die neuen Kernkraftwerke zu übertragen. Damit hat man eine weitere Aushebelung des Atomkonsenses, denn selbst bei störfallfreiem Betrieb, was nach unseren Erfahrungen der letzten Jahrzehnte höchst unwahrscheinlich ist, würden wir dann bis ins Jahr 2028 mit Atomstrom versorgt werden. Das kann keiner wollen, deshalb: einmal richtig abschalten und mit dem Trecker nach Berlin am 5. September.

(Beifall bei der LINKEN und bei Andrea Rugbarth SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Egloff.

Ingo Egloff SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Heyenn, dann würde ich Ihnen empfehlen, jetzt schon mal loszufahren, wenn Sie denn rechtzeitig da sein wollen.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Ja!)

Herr Kruse, Sie haben so getan, als wenn die Atomtechnologie eine Brückentechnologie ist, bis

wir dann die erneuerbaren Energien haben, aber das ist mitnichten so. Frau Hajduk hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es eine Konkurrenz gibt zwischen erneuerbarer Energie und dem, was im Grundlastbereich von den Atomkraftwerken geleistet wird. Wenn wir uns allein das ansehen, was bis 2015 an Offshore-Kraftwerken mit einem Umfang von 10 000 Megawatt in der Deutschen Bucht gebaut werden soll, dann ist das die Leistung von sieben Atomkraftwerken. Das macht schon deutlich, dass es hier eine Konkurrenz gibt, und deswegen ist die Frage, ob man Laufzeiten verlängert oder ob man auf neue Technologie setzt, so entscheidend, weil es darum geht, wo Milliardeninvestitionen hingehen. Wir haben jetzt schon das Problem, dass die Energieversorgungsunternehmen nicht bereit sind, die Netzkapazitäten zur Verfügung zu stellen, die erforderlich sind, um den Strom aus der Deutschen Bucht zum Verbraucher zu bringen. Es kommt darauf an, die Investitionen so zu lenken, dass das auch passiert, und das passiert nur dann, wenn man sie zwingt, aus dieser alten Technologie auszusteigen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL und der LINKEN)

Das Gleiche gilt für Speichertechnologien, da müssen wir viele Milliarden Euro einsetzen. Ich finde es auch richtig, dass man das tut. Wenn man sich anschaut, was in den vergangenen Jahrzehnten für die Atomenergie an öffentlichen Mitteln aufgewandt worden ist, dann stellt sich doch die Frage: Wäre diese Energieform für die Energieversorgungsunternehmen jemals wirtschaftlich gewesen, wenn der Staat nicht mit Steuermitteln in dieser Art und Weise eingegriffen hätte?

(Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Deshalb ist es auch erforderlich, entsprechend in die erneuerbaren Energien zu investieren und da Forschungsgelder reinzustecken. Der Vorwurf, das würde zu viel Geld kosten, fällt auf diejenigen zurück, die diesen Vorwurf erheben, weil er nur eins zeigt, nämlich dass sie ihn im Interesse derjenigen vorbringen, die die Atomkraftwerke länger laufen lassen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Einen letzten Punkt möchte ich noch anführen, wenn wir schon beim Arbeitsplatzargument sind. Wenn wir in dem Maße Energiesparmaßnahmen einsetzen und regenerative Energie ausbauen, wie das von Seiten der Bundesregierung geplant ist, werden wir bis 2020 500 000 neue Arbeitsplätze in diesem Bereich haben und bis 2030 800 000 Arbeitsplätze. Das sind zukunftsfähige Arbeitsplätze und auch deswegen muss an diesem Atomkonsens festgehalten und die Laufzeitverlängerung abgelehnt werden.

(Ingo Egloff)

(Beifall bei der SPD und bei *Horst Becker GAL*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen zum ersten und zweiten Thema der Aktuellen Stunde. Mir ist mitgeteilt worden, dass die Fraktionen einvernehmlich entschieden haben, das zweite und dritte Thema morgen zu diskutieren, sodass wir morgen in der Aktuellen Stunde beginnen werden mit dem von der CDU angemeldeten Thema "Ausschreitungen nach dem Schanzenfest" und, von der Fraktion DIE LINKE angemeldet, "Eskalationskonzept der Polizei gegen friedliches Schanzenfest – Gewalt löst keine gesellschaftlichen Probleme".

Wir kommen zu den Punkten 2 und 3 der heutigen Tagesordnung, "Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres" und "Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung".

**[Unterrichtung durch den Präsidenten:
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres
– Drs 19/3222 –]**

**[Unterrichtung durch den Präsidenten:
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung
– Drs 19/3340 –]**

Die Fraktionen haben vereinbart, dass die Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden können. Die Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei den Namen jeweils Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen bei jedem der Namen ein Kreuz machen, aber bitte nur eins. Weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit führen. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Bitte nehmen Sie jetzt Ihre Wahlentscheidung vor und ich darf Frau Thomas und Herrn Hakverdi bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Es wäre wie immer sehr nett, wenn Sie die Zettel, die noch nicht eingesammelt worden sind, so hoch halten, dass die Schriftführer sie sehen können. – Danke.

Dann frage ich, sind alle Stimmzettel abgegeben worden? Das ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden gleich ermittelt und ich werde sie im Laufe der Sitzung bekannt geben.

Wir kommen zum Punkt 18 der heutigen Tagesordnung, Drucksache 19/3295: Bericht des Rechtsausschusses, Neuregelung des Hamburgischen Strafvollzugswesens und Entwurf eines Gesetzes zur Überarbeitung des Hamburgischen Strafvollzugsrechts und zum Erlass eines Hamburgischen Jugendstrafvollzugsgesetzes.

**[Bericht des Rechtsausschusses über die Drucksache 19/28:
Neuregelung des Hamburgischen Strafvollzugswesens (Antrag der Fraktion der SPD) und 19/2533: Entwurf eines Gesetzes zur Überarbeitung des Hamburgischen Strafvollzugsrechts und zum Erlass eines Hamburgischen Jugendstrafvollzugsgesetzes (Senatsantrag)
– Drs 19/3295 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/3489 ein Antrag der Fraktion DIE LINKE, als Drucksache 19/3510 ein Antrag der Fraktion der SPD sowie als Drucksache 19/3525 ein Antrag der Fraktionen der CDU und der GAL vor.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Bericht des Rechtsausschusses über die Drucksache 19/2533
– Drs 19/3489 –]**

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Überarbeitung des Hamburgischen Strafvollzugsrechts und des Hamburgischen Jugendstrafvollzugsrechts
– Drs 19/3510 –]**

**[Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:
Bericht des Rechtsausschusses über die Drucksache 19/2533: Entwurf eines Gesetzes zur Überarbeitung des Hamburgischen Strafvollzugsrechts und zum Erlass eines Hamburgischen Jugendstrafvollzugsgesetzes (Senatsantrag)
– Drs 19/3525 –]**

Wird das Wort gewünscht? – Herr Müller bitte.

Farid Müller GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich einmal feststellen, dass in diesem Hause Einigkeit darüber besteht, dass der Strafvollzug weiterentwickelt werden muss. Das ist gut und das ist keine Selbstverständlichkeit. Es besteht ebenfalls Einigkeit darüber, dass wir Strafgefangene besser auf ihre Haftentlassung vorbereiten müssen. Unterschiede, zum Teil sogar gravierende Unterschiede, gibt es in der Frage der Richtung und des Tempos.

Schwarz-Grün hat sich in der Frage der Justizpolitik nach etwas über einem Jahr als handlungsfähig erwiesen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

(Farid Müller)

Nach der Einrichtung einer eigenen sozialtherapeutischen Anstalt, dem Grundsatzbeschluss für die Umstrukturierung des Strafvollzugs in dieser Stadt, verabschieden wir heute das Kernstück einer Justizpolitik, nämlich die Strafvollzugsgesetze selbst. Gleichzeitig eröffnen wir damit einen dritten Weg im Strafvollzug. Das Strafvollzugsrecht alter Schule kennt im Wesentlichen zwei scheinbar gegenläufige Ziele des Vollzugs, auf der einen Seite die Sorge für die Opfer und auf der anderen Seite die Sorge um die Gefangenen. CDU und GAL bringen diese beiden Interessen in Einklang miteinander, denn aus unserer Sicht ist bei der Sorge um die Opfer von morgen notwendigerweise auch die Situation der Gefangenen von heute im Blick zu behalten. Wer sich um den Opferschutz sorgt, kommt um die Sorge für die Gefangenen von heute nicht herum. Das ist ein neuer Gedanke und diese Synthese macht erst diese Koalition aus Schwarz und Grün in diesem Politikfeld möglich. Deswegen möchte ich mich an dieser Stelle auch sehr herzlich für die Kooperation bei der CDU-Fraktion bedanken.

Was sind die wesentlichen Neuerungen des Strafvollzugsgesetzes, das uns hier heute vorliegt? Zunächst möchte ich anmerken und das sollte auf keinen Fall untergehen: Wir haben zwei Gesetzentwürfe, einmal einen für das Jugendstrafrecht und auf der anderen Seite das Erwachsenenstrafvollzugsrecht. Wir alle wissen, Jugendliche und Heranwachsende haben oft eine ganz andere Delinquenz als Erwachsene und sind für Erziehungsmaßnahmen auf andere Art ansprechbar. Die Trennung beider Gesetzentwürfe ist deshalb aus unserer Sicht sachgerecht. Wesentlich ist auch, dass wir für Jugendliche das Recht auf Arbeit und Bildung im Vollzug schaffen. Das ist sicher auch ein Meilenstein in der Geschichte der Strafvollzugsgesetze in diesem Land.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Beim Erwachsenenvollzug ist der leitende und zentrale Gedanke, der uns trägt, die Wiedereingliederung. Wir wollen, dass am Ende des Vollzugs alles getan wurde, damit sich die Strafgefangenen wieder in die Gesellschaft eingliedern können. Zwei Instrumente sind dafür von wesentlicher Bedeutung für uns, die Gleichrangigkeit des offenen Vollzugs und die Motivierung der Gefangenen. Mit dem vorliegenden Gesetz wird der offene Vollzug gleichrangig neben den geschlossenen Vollzug treten. Das ist deshalb wichtig, weil in aller Regel der offene Vollzug die Vorstufe zur Entlassung ist. Deswegen muss auf der Reform des offenen Vollzugs unser Hauptaugenmerk liegen und deswegen schließen wir die alte Anstalt in Glasmoor und bauen in Fuhlsbüttel neu.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Das weiß der Senat aber noch gar nicht!)

Wichtig ist auch, dass das vorliegende Gesetz den Haftanstalten einen größeren Spielraum gibt bei der Frage des Übergangs vom geschlossenen zum offenen Vollzug. Mit dem motivierenden Vollzug wollen wir die Gefangenen direkt ansprechen. Wir wollen Sie dazu ermuntern, direkt am Vollzug teilzunehmen und mitzuwirken. Auch dies dient sowohl den freiheitlichen Vorstellungen über die Eigenverantwortung des Menschen wie auch den Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung.

Der Justizsenator hat seine Hausaufgaben in Rekordzeit – aus meiner Sicht brillant – gemacht. Rein zahlenmäßig betrachtet betrifft der Strafvollzug nur wenige und, wie wir feststellen können, immer weniger Menschen in dieser Stadt. Faktisch aber geht er uns alle an. Nicht nur, weil es uns zu interessieren hat, was mit Strafgefangenen nach der Entlassung passiert, sondern auch deshalb, weil es uns zu interessieren hat, was mit ihnen während der Haft geschieht. Der Umgang der Gesellschaft mit denen ganz unten zeigt ihren Geist, und dass es in diesem Land mit den unwürdigen Knästen in der ehemaligen DDR ein anderes Beispiel gab, mahnt uns, hier auch unser Augenmerk darauf zu richten, dass wir einen vernünftigen Umgang mit diesem Thema finden.

Eine Politik der Bürgerrechte und der Sicherheit mit Weitsicht ist keine Frage der Koalition, sondern eine Frage des politischen Willens. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf haben sich beide Koalitionspartner zu dieser Politik bekannt und wir bitten deshalb auch um Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Spethmann.

Viviane Spethmann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Umsetzung der Änderungen des Strafvollzugsgesetzes ist eines von zwei Reformvorhaben im Strafvollzug, die Gegenstand des schwarz-grünen Koalitionsvertrags sind. Das zweite Projekt ist die Umstrukturierung des Strafvollzugs, zu dem wir inzwischen ebenfalls einen guten gemeinsamen Vorschlag gemacht haben, den Sie vor zwei Wochen vernehmen konnten. In beiden Fällen zeigt sich, dass unüberwindbar geglaubte Gräben überwunden werden konnten und wir mit ganz neuen Ansätzen Justizpolitik machen konnten. Wir haben in dem vorliegenden Gesetzentwurf mit beiden Fraktionen eine Weiterentwicklung der eigenen Position betrieben. Wir haben eine gute Basis für eine vernünftige und innovative Justizpolitik geschaffen, auf die durchaus auch bundespolitisch geschaut wird.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich will nicht verhehlen, dass ich durchaus das alte Gesetz gerne beibehalten hätte. Aber so ist es nun

(Viviane Spethmann)

einmal in einer Koalition, dass wir dieses auch ändern mussten und wollten. Eine Koalition erfordert Einigung und ich glaube, das ist auch gut so. Wir können auf beiden Seiten sehr gut damit leben. Wir haben Änderungen entwickelt, die auf dem alten Gesetz basieren. So haben wir die Anwenderfreundlichkeit für die Bediensteten beibehalten, ein ganz wichtiger Punkt. Die Bediensteten müssen tagtäglich dieses Gesetz anwenden, das bleibt dabei.

Wir haben uns geeinigt, dass die Resozialisierung, die bereits unter der CDU-Alleinregierung begonnen wurde, weiter ausgebaut und im Strafvollzug mit diesem Gesetz weiter verwirklicht wird. Auch das zeigt, dass wir hier mit ganz neuen Punkten weiterkommen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Im Übrigen hat insbesondere die SPD in den letzten zwei Jahren häufig verkündet, das bisherige Gesetz sei verfassungswidrig gewesen. Ich habe bisher noch keinen einzigen Beweis von Ihnen bekommen, wo das der Fall ist. Das alte Gesetz war verfassungsgemäß, dieses ist es auch. Dieses Gesetz beruht darauf. Sie haben nie konkrete Bedenken vorgetragen und insofern werden wir schauen, was Sie gleich vortragen werden, wie Sie mit diesem Gesetz umgehen.

Wir haben in diesem Gesetz einen Kompromiss gefunden, der sich insbesondere am Opferschutz ausrichtet. Das Ziel dieses Gesetzes ist der Opferschutz. Das ist ein Punkt, der der CDU ausgesprochen wichtig war. Wir haben festgehalten, dass Sicherheit und Resozialisierung dem Opferschutz dienen und keine Gegensätze sind, auch das ist wichtig.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Uns ist beiden sehr wichtig, dass die jeweiligen Gefangenen sich mit der Opferperspektive auseinandersetzen müssen. Der Jugendliche muss lernen, dass es eben nicht cool ist, jemanden abzuziehen, und dass Gewalt keine Lösung sein darf. Diesen Aspekt werden wir im Vollzug weiter regeln können. Angesichts der sinkenden Gefangenenzahlen besteht durchaus auch mehr Zeit und Kapazität, sich diesen Fragen intensiver zu widmen. Da werden wir auch bestimmt zu besseren Lösungen kommen.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker* GAL)

Für die CDU waren zwei Aspekte darüber hinaus ausgesprochen wichtig. Das waren zum einen die Mitwirkungspflichten der Gefangenen, die wir hier weiter festgeschrieben haben. Da bedanke ich mich bei der GAL, dass sie diesem Ziel weiter folgt und auch durchaus ihre eigenen früheren Positionen hat fallen lassen. Auch das muss man aner-

kennen, dass wir uns da aufeinander zubewegt haben.

(Beifall bei der CDU)

Der andere Punkt ist die Sicherheit, die für uns natürlich an vorderster Stelle steht. Auch hier haben wir mit der GAL Lösungen gefunden, dass sich Resozialisierung und Sicherheit eben nicht ausschließen. Das kann man bundesweit durchaus als beispielhaft ansehen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Hier zeigt sich, dass es möglich ist, in einer schwarz-grünen Koalition im Bereich Strafvollzug vernünftig und pragmatisch zu arbeiten. Wenn ich hier die Opposition sehe, muss ich einen gewissen Dissens feststellen. Sie loben und wünschen sich mehr offenen Vollzug. Wenn ich die Verlautbarungen von Frau Schiedek und Herrn Eisold in den letzten Tagen und Wochen zum Thema offene Anstalt in Fuhlsbüttel höre,

(*Klaus-Peter Hesse* CDU: Der eine so, der andere so!)

widersprechen Sie sich hier komplett.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

In dieser Angelegenheit sollten Sie ehrlich sein. Sie sollten nicht die Ängste der Bevölkerung vor Ort schüren und Sie sollten dazu stehen, dass Sie auch den offenen Vollzug als wichtiges Element des Strafvollzugs haben wollen. Aber hier tun Sie so, als würden in Fuhlsbüttel demnächst Straftäter frei herumlaufen. Ich zitiere hier aus "der tageszeitung"; Frau Schiedek hat dort gewisse Ängste geschürt und Herr Eisold hat Konflikte in der Nachbarschaft herbeigerufen. Da sollten Sie eher konstruktiv mitwirken und hier keine peinliche Doppelstrategie betreiben.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Zuruf von *Stefan Schmitt* SPD)

Auf den Antrag der LINKEN, Frau Schneider, den Sie hier heute als Änderungsantrag vorlegen, gehe ich gar nicht erst ein. Das ist ein Wunschkonzert aus Sicht der Gefangenen, aber keine Grundlage, mit der wir Politik machen werden.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Für uns wird wichtig sein, dass wir in der Umstrukturierungsfrage den offenen Vollzug mit den richtigen Maßnahmen ausstatten und schauen, wer da genau reinkommt. Ich zitiere eine Hamburger Tageszeitung, die vor Kurzem zu den Maßnahmen in Hinsicht auf den Vollzug und das Gesetz schrieb, diese Koalition arbeite

"... pragmatisch statt ideologisch."

Daran werden wir weiter wirken. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Schiedek.

Jana Schiedek SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nachdem hier schon solche Loblieder auf die Koalitionäre und ihre pragmatische Art und Weise abgesungen werden, denke ich auch, dass es an dieser Stelle durchaus passend wäre, der CDU zu gratulieren.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Hey!)

Das kann man in zweierlei Hinsicht tun. Erstens: Die CDU hat es geschafft, mit der Geltungsdauer ihres eigenen CDU-Strafvollzugsgesetzes quasi einen neuen Kurzstreckenrekord aufzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Denn Ihr heftig umstrittenes und nicht nur von der SPD, sondern auch von zahlreichen Experten als teilweise verfassungswidrig bezeichnetes Gesetz hat sich gerade mal anderthalb Jahre gehalten. Es ist genau richtig und gut so, dass dieses Kapitel mit der heutigen Lesung vorbei ist.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens: Noch viel mehr ist Ihnen zu Ihrer neuen Einsichtsfähigkeit und Wendigkeit in politischer Richtung und Argumentation zu gratulieren.

(Dirk Kienscherf SPD: Wendig waren die immer!)

– Wendig waren die immer. Da stellt sich Frau Spethmann hin und verkündet in einer Hamburger Tageszeitung, dass die Vorstellungen der CDU gerade bei den Strafvollzugsgesetzen alle zum Tragen gekommen seien. Respekt, Frau Spethmann, es ist nie zu spät, dazuzulernen. Aber Ihre Vorstellungen müssen sich in den letzten anderthalb Jahren doch massiv geändert haben. Denn nach dieser kompletten Neuregelung ist von Ihrem Ursprungsgesetz wirklich nicht mehr viel übrig geblieben. Sie irren sich, wenn Sie in dieser Zeitung gleichfalls sagen, dass sich der Justizsenator in einem Maße bewegt habe, wie es vorher nicht möglich erschien.

(Thomas Böwer SPD: Der fährt nämlich Fahrrad!)

Diese beiden Gesetzentwürfe machen vielmehr deutlich, dass es die CDU ist, die sich hier in einem ungeahnten Maße bewegt hat und von ihrer bisherigen Strafvollzugspolitik Abstand nimmt. Diese beachtliche Wendigkeit in Überzeugung und Argumentation ist sicherlich erstaunlich, geht aber in die richtige Richtung. Daher begrüßen wir sie ausdrücklich.

(Viviane Spethmann CDU: Zustimmung!)

Für die SPD-Fraktion kann ich sagen, dass wir die Neuregelung der Hamburger Strafvollzugsgesetze und eben diesen damit verbundenen Schritt zur

Umkehr der Strafvollzugspolitik der letzten Jahre eindeutig begrüßen und dass wir es ebenfalls sehr erfreulich finden, dass der jetzige Justizsenator es nicht nötig hat, sich die Anregungen für seine Strafvollzugspolitik in Arizona oder in Russland zu suchen, sondern dass er sich stattdessen an den Strafvollzugsgesetzen der umliegenden Bundesländer und an den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts orientiert hat.

(Beifall bei der SDP)

Wir haben uns entschlossen, die Neuregelung des Strafvollzugswesens mitzutragen, da die beiden Gesetzentwürfe die meisten unserer und der auch von zahlreichen Experten vorgetragenen Bedenken aufgreifen und die zentralen Forderungen unseres eigenen Antrags vom Juli letzten Jahres umsetzen. Das gilt insbesondere für die nunmehr endlich erfolgte eigenständige Regelung des Jugendstrafvollzugs mit der eindeutig stärkeren Berücksichtigung der Besonderheiten des Jugendstrafvollzugs sowie endlich wieder der Benennung der Resozialisierung als Vollzugsziel. Damit gelten verfassungsrechtliche Selbstverständlichkeiten und klare Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts dann auch wieder in Hamburg. Wir werden ebenso dem Zusatzantrag der CDU und GAL zustimmen, da er die Forderungen des Weißen Rings nach einer stärkeren opferbezogenen Aufarbeitung der Tat im Rahmen der Behandlung der Strafgefangenen auch im Erwachsenenvollzug aufgreift und ansonsten nur redaktionelle Änderungen vornimmt. Dass wir Ihrem gerade eben eingereichten Zusatzantrag zustimmen werden, versteht sich von selbst, da Sie damit auch eine unserer Forderungen übernommen haben. Das sehen wir natürlich mit großer Freude. Sie hätten es auch leichter haben und einfach unserem Antrag zustimmen können. Wir sehen allerdings in Folge insbesondere der Verbände- und Expertenanhörung noch in einigen anderen Bereichen Änderungsbedarf, wie Sie unserem Zusatzantrag entnehmen können. Da hätten wir uns gewünscht, dass CDU und GAL noch an einigen Stellen mehr auf die Experten gehört hätten. Einige Punkte möchte ich hier noch einmal nennen: In der Verbände- und Expertenanhörung wurde deutlich gesagt, dass die Mitwirkungspflicht der Gefangenen gerade im Erwachsenenvollzug deutlich umstritten ist. Selbst der Sachverständige der CDU ist damit deutlich kritisch umgegangen.

Diese Mitwirkungspflicht und ihre Förderung durch Belohnung und Anerkennung können wir grundsätzlich mittragen, auch wenn wir die Formulierung des Strafvollzugsgesetzes des Bundes sicherlich vorgezogen hätten. Eine solche Mitwirkungspflicht ist aber nur dann sinnvoll, wenn eine direkte oder indirekte Sanktionierbarkeit ausgeschlossen ist – auch hier sind sich die Experten einig.

(Jana Schiedek)

Für förmliche Disziplinarmaßnahmen haben Sie das mit vollzogen, allerdings nicht für die Lockerungsmaßnahmen. Auch diese sind eine Sanktion und zwar durchaus die schärfste Sanktion für die Gefangenen, die es überhaupt gibt. Lockerungen sind wichtige Schritte auf dem Weg der Resozialisierung und Bestandteil einer sinnvollen Entlassungsvorbereitung und auch nicht mitwirkungsbe-reite Gefangene müssen so gut wie möglich resozialisiert und auf ihre Entlassung vorbereitet werden.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Und auch bei der Sozialtherapie sehen wir durchaus Nachbesserungsbedarf. Während Ihr Gesetzentwurf lediglich eine verpflichtende Sozialtherapie für Sexualstraftäter vorsieht, besteht für Gewaltstraftäter mit der vorgesehenen Kann-Regelung nur die Möglichkeit, sie ebenfalls in die Sozialtherapie zu verlegen. Die Bedeutung und die Chancen der Sozialtherapie bei der Rückfallvermeidung hat mittlerweile selbst die CDU erkannt und deswegen würde ich Sie auffordern, nicht erneut die Chance zu verpassen, auch Gewaltstraftäter stärker in die Sozialtherapie zu verlegen und damit die Rückfallquoten – wie ein Experte es einmal formulierte – spektakulär zu senken. Daher haben sich auch fast alle Experten im Rahmen der Verbändeanhörung – einschließlich des Experten der CDU – dafür ausgesprochen, eine Soll-Vorschrift auszugestalten, wie sie auch in Bayern mit einer Umsetzungsfrist vorhanden ist, und das würden wir in unserem Antrag entsprechend vorschlagen.

Gerade vor dem Hintergrund der Ereignisse in Siegburg oder der neuerlichen Vorfälle jetzt in Sachsen begrüßen wir ausdrücklich die generell geregelte Einzelunterbringung der Gefangenen. Allerdings halten wir es für notwendig, diese Einzelunterbringung auch im offenen Vollzug, zumindest mittelfristig, erreichen zu können und das ist in Ihrem Gesetzentwurf leider nicht vorgesehen. Gerade die gemeinschaftliche Unterbringung ist für viele Gefangene ein Grund, sich der Verlegung in den offenen Vollzug zu verweigern, obwohl sie dafür geeignet wären. Das regeln Sie jetzt, indem Sie auf das Zustimmungserfordernis zur Verlegung in den offenen Vollzug verzichten. Wir sehen aber den eindeutig besseren Weg darin, den offenen Vollzug so zu gestalten, dass auch dort eine Einzelunterbringung möglich ist.

Sie haben schon die Umstrukturierung vorgeschlagen, ob nun in Fuhlsbüttel oder mit einem Ausbau von Glasmoor – was durchaus auch möglich gewesen wäre –, aber genau diese Umstrukturierung sollte Ihnen die Möglichkeit geben, im Rahmen einer Umsetzungsfrist bis Ende 2012 diese Möglichkeiten auch zu schaffen. Eine Selbstverpflichtung dahingehend würde Ihre Ambitionen noch deutlich verstärken.

(Beifall bei *Stefan Schmitt SPD*)

Schließlich sehen wir auch keinen Grund dafür, warum Sie den Schusswaffengebrauch im Jugendstrafvollzug weiter zulassen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Dies verstößt nicht nur gegen die Mindeststandards der Vereinten Nationen, die nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts auch bei nationaler Gesetzgebung für den Jugendstrafvollzug zu beachten sind. Darüber hinaus sind Schusswaffen in der Jugendhaftanstalt aber auch in der Praxis weder notwendig noch von den Strafvollzugsbediensteten gewollt. In zahlreichen Bundesländern, und selbst in Sachsen, sind Schusswaffen im Jugendstrafvollzug verboten. Insofern kann ich Sie nur auffordern, den gleichen Weg zu gehen und auch in Hamburg Schusswaffen im Jugendvollzug grundsätzlich zu verbieten.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir werden, wie gesagt, den beiden Gesetzentwürfen heute zustimmen, da sie eine deutliche Verbesserung der jetzigen Situation darstellen, und wir hoffen, dass Sie einen weiteren Schritt gehen, gerade in Ihrer Einsichtsfähigkeit, die Sie nun schon bei diesen Entwürfen gezeigt haben, und auch unsere Änderungen mit aufnehmen. Und wenn Sie es dann noch schaffen, eine vollzugspolitisch sinnvolle und effiziente Umstrukturierung hinzukriegen – wo wir durchaus noch Zweifel anmelden –, dann könnten wir auch endlich das Ende der Ära Kusch und Lüdemann einläuten und das wäre gut so.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Unter den CDU-Justizsenatoren Kusch und Lüdemann hat der Hamburger Justizvollzug eine große Rolle rückwärts gemacht. Selbstgerechtigkeit, Pharisäertum, der Ruf nach Härte und Vergeltung haben den Justizvollzug bestimmt und zu einem repressiven Verwahrvollzug verkommen lassen. Stichworte ließen sich unendlich viele nennen, ich erinnere nur an den dramatischen Rückgang von Haftplätzen im offenen Vollzug und von Vollzugslockerungen jeder Art. Der Straffällige wurde zu einem reinen Objekt degradiert. Dass auch der Gefangene ein Mitglied der Gesellschaft und ein Träger von Menschenrechten ist, dass auch seine Menschenwürde unantastbar ist, hat die Verantwortlichen nicht interessiert.

Die in Grundzügen rechts- und verfassungswidrige Vollzugspraxis in den Hamburger Justizvollzugsanstalten wurde schließlich 2007 durch die Verabschiedung des Hamburgischen Strafvollzugsge-

(Christiane Schneider)

setzes zum Gesetz erhoben. Dieses bis heute gültige Gesetz ist vor allem deshalb verfassungswidrig, weil es den Verfassungsauftrag zur Resozialisierung, zur Wiedereingliederung des Gefangenen in die Gesellschaft, missachtet. Außerdem wurden grundlegende Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts an den Jugendstrafvollzug nicht oder nicht ausreichend umgesetzt.

Vor diesem Hintergrund sind die heute zur Verabschiedung anstehenden Gesetzesänderungen beziehungsweise Gesetze ein wichtiger Schritt, denn sie heilen einige der schlimmsten Rechts- und Verfassungsbrüche des CDU-Gesetzes. Insbesondere sind aus unserer Sicht als positiv zu nennen: Die Wiederaufwertung des Vollzugsziels Resozialisierung, das das geltende Gesetz praktisch preisgegeben hatte, das allerdings auch zukünftig nicht wieder den alten Rang erreichen soll, sowie die Aufwertung des Grundsatzes der Angleichung der Lebensverhältnisse, der ebenfalls aufgegeben beziehungsweise unter Vorbehalt gestellt worden war, und die Trennung von Erwachsenen- und Jugendvollzugsgesetzgebung.

Darüber hinaus sehen wir einige wenige Verbesserungen gegenüber dem alten Strafvollzugsgesetz des Bundes. Vor allem die Freistellung von der Haft in Todesnähe ist eine dringend gebotene Konsequenz, die wohl aus dem traurigen Tod eines Gefangenen im August letzten Jahres gezogen wurde. Aus diesen genannten Gründen werden wir den Gesetzentwurf beziehungsweise die beiden Gesetze nicht ablehnen. Aber wir können ihnen auch beim besten Willen nicht zustimmen. Das hängt nicht nur damit zusammen, dass sie nach wie vor hinter dem Bundesstrafvollzugsgesetz zurückbleiben und neueren internationalen Standards nicht genügen.

Der Grund ist vor allem, dass das Gesetz die Langzeitperspektive einer Reform des Justizvollzugs vollständig vermissen lässt. Die Reformziele, die in den 60er- und 70er-Jahren formuliert worden sind, Herr Müller, sind tatsächlich bis heute nicht verwirklicht. Der Justizsenator hat die Chance vergeben, die Perspektive einer Reform zu eröffnen. Natürlich wissen wir, dass die CDU sich bei jedem Schritt in Richtung einer Reform als Klotz am Bein, oder sollte ich sagen als Fußfessel, erweist.

(Beifall bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Vielleicht ist es sogar ein kleines Wunder, dass Sie, Herr Senator, überhaupt so weit gekommen sind mit dem neuen Gesetz. Das klingt aus der Rede von Frau Spethmann auch durchaus an. Natürlich wissen wir, dass eine Reform des Justizvollzugs langwierig und mühevoll ist, weil sie immer Reparatur an der laufenden Maschine bedeutet.

Natürlich wissen wir auch, dass der Justizvollzug eine äußerst träge Institution ist und dass die beharrlichen Kräfte der Praxis stark sind. Das gilt

umso mehr, als es unter den Senatoren Kusch und Lüdemann auch personelle Änderungen gegeben hat, weil das Rollback längst nicht von allen für den Strafvollzug Verantwortlichen mitgetragen und mitverantwortet werden wollte und weil so mancher abgeschoben worden ist. Gedankenlose Routine, bürokratische Gebräuche und die repressiven Gewohnheiten, das alles widersetzt sich Änderungen.

(Olaf Ohlsen CDU: Nun mach Schluss, es reicht!)

Mir geht es nicht um die Kritik der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Strafvollzugs, schon gar nicht der einfachen Vollzugsbeamtin und des Vollzugsbeamten. Mir geht es darum, dass der repressive Geist des bis heute geltenden Gesetzes die Praxis – auch der Personen, die nach ihm handeln – lenkt. Das Gefängnis ist eine totale Institution. Eine der Natur der Sache nach sowieso schon lebensfeindliche, entmündigende und entsozialisierende Einrichtung.

(Wolfgang Beuß CDU: Ich sag nur eins: Bautzen!)

Dem entgegenzuwirken, bedarf großer Anstrengungen. Den Geist der Repression, des repressiven Verwahrens, aus der Flasche zu lassen, wie dies die Senatoren Kusch und Lüdemann zu verantworten haben, ist leicht. Den Geist in die Flasche zurückzudrängen, die gedankenlose Routine, bürokratischen Gebräuche und repressiven Gewohnheiten aufzugeben, ist sehr viel schwerer.

(Beifall bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Das alles lässt uns befürchten, dass noch längst nicht ausgemacht ist, ob die von uns begrüßten gesetzlichen Korrekturen sich tatsächlich auf die Praxis des Strafvollzugs auswirken. Wie und ob die Aufwertung des Resozialisierungsziels sich in der Praxis niederschlägt, ob die Aufwertung des Angleichungsgrundsatzes der Lebensverhältnisse konkret zu irgendeiner Änderung des Strafvollzugs führen wird, ob, um nur ein Beispiel zu nennen, die Kommunikationsmöglichkeiten der Gefangenen mit der Welt draußen erweitert werden oder ob die geltende, äußerst restriktive Praxis Oberhand behält.

Was in diesem Gesetzentwurf weitestgehend fehlt, sind eindeutige Regelungen, die die Stellung des Gefangenen als Subjekt stärken. Denn der Gefangene soll und muss unter schwierigsten Bedingungen seine Reintegration in die Gesellschaft selbst bewältigen.

(Olaf Ohlsen CDU: Wie in der DDR!)

Dafür muss er unterstützt und gestärkt werden.

(Harald Krüger CDU: Wie in Bautzen!)

Was fehlt, sind ausreichende Regelungen zu materiellen Mindestbedingungen, die die Menschenwürde des Gefangenen schützen.

(Christiane Schneider)

(*Egbert von Frankenberg CDU*: Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen!)

– Ich merke, die Qualität Ihrer Zwischenrufe erreicht einmal wieder ganz neue Höhepunkte.

(Beifall bei der LINKEN)

Die SPD hat einen Zusatzantrag mit zahlreichen Änderungsvorschlägen gestellt, den wir unterstützen, weil wir die Richtung des Antrags unterstützen, auch wenn wir vielleicht das eine oder andere etwas anders formuliert hätten oder etwas anders sehen. Trotzdem stimmen wir mit der Richtung dieses Zusatzantrags überein und werden ihm zustimmen.

Wir selbst haben einen Zusatzantrag mit insgesamt 15 Änderungen gestellt. Ich beschränke mich darauf, die Gesichtspunkte unseres Zusatzantrags exemplarisch vorzustellen, um zu verdeutlichen, dass und warum Schritte in Richtung einer Reform des Justizvollzugs geboten und möglich sind.

Erstens: Eigentlich steht seit der großen Debatte um eine Strafvollzugsreform in den 60er- und 70er-Jahren fest, dass die Arbeitssituation der Gefangenen einer der Schlüssel zur Integration in die Gesellschaft ist. Ich glaube, auch in diesem Haus bestreitet das niemand ernstlich. Trotzdem, und entgegen der erklärten Absicht des Bundesgesetzgebers und entgegen einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, ist es bis heute nicht zu einer angemessenen Entlohnung der Pflichtarbeit der Gefangenen gekommen.

(Zwischenruf: Kommen Sie mal zum Punkt!)

Seit über drei Jahrzehnten nicht. Neun Prozent des Durchschnittslohns und durchschnittlich 1,50 Euro die Stunde vermitteln keine positive Einstellung zur Arbeit als einem nach wie vor zentralen Faktor sozialer Integration.

(Beifall bei der LINKEN)

Vor allem verschärft ein solcher Satz die Problemlage nach der Haft, da der Gefangene Schulden aufhäufen muss und weder Wiedergutmachung leisten noch seine Familie unterstützen kann. Die geringe Entlohnung ist nicht nur für die Gefangenen, sie ist für die Gesellschaft eine äußerst teure Angelegenheit. Leider sieht der Gesetzentwurf nicht den allerkleinsten Schritt in Richtung Anhebung vor. Wir fordern kühn, aber in Übereinstimmung mit dem erklärten Willen des Bundesgesetzgebers aus den 70er-Jahren, eine Anhebung auf 40 Prozent des Durchschnittslohns.

Zweitens: Wir halten im Sinne der Achtung der Menschenwürde der Gefangenen und der Stärkung ihrer individuellen Rechte und auch ihrer Rechtssicherheit mehrere Änderungen für dringend geboten. Dass zum Beispiel der Gesetzentwurf – hier schließe ich mich Frau Schiedek an – an der Mitwirkungspflicht der Gefangenen an ihrer

Resozialisierung festhält, wird von fast allen Fachleuten, die sich dazu geäußert haben, kritisiert und ist für uns völlig unverständlich. Das ist für die Entwicklung sozialer Kompetenzen von Gefangenen kontraproduktiv. Die Gefangenen können dabei vielleicht lernen, sich oberflächlich an die an sie gerichteten Erwartungen anzupassen, aber nicht, ihre eigenen Vorstellungen und Erwartungen zu artikulieren und zu verfechten. Wir wollen diese Mitwirkungspflicht abgeschafft sehen. Wir wollen verbürgte Mitwirkungsrechte für die auch nach der neuen Gesetzeslage rechtlose Gefangenenmitverantwortung, also die Vertretung der Gefangenen.

Ein anderes Beispiel betrifft materielle Mindeststandards. Durch die sinkenden Gefangenenzahlen ist die Unterbringungssituation zwar zunehmend entspannt – wenngleich nicht für alle Anstalten –, aber auch hier wird sich in Zukunft noch einiges ändern. Die Untersuchungshaftanstalt befindet sich im Umbau, Glasmoor soll geschlossen werden. Wir halten es aber für geboten, ähnlich wie Baden-Württemberg dies im Jugendstrafvollzugsgesetz bereits getan hat, die Mindestgröße von Zellen festzulegen. Wenn wir für eine Einzelzelle eine Mindestgröße von sechseinhalb Quadratmetern und für Gemeinschaftszellen – solange es sie noch gibt – eine Mindestgröße pro Gefangenem von acht Quadratmetern fordern,

(*Viviane Spethmann CDU*: Mit Kinderzimmer oder ohne!)

dann ist das nicht sehr viel, aber für viele Gefangene immer noch eine zum Teil erhebliche Verbesserung.

Drittens: Wir wollen das Gebot der Angleichung der Lebensverhältnisse wenigstens ansatzweise in konkrete Regelung umgesetzt sehen. Ein großes Problem ist, dass der Ausschluss der Gefangenen aus der Gesellschaft sehr weitgehend, ja nahezu total ist. Unter anderem, weil die Kommunikationsmöglichkeiten nach draußen ohnehin schon eingeschränkt und unter den Justizsenatoren Kusch und Lüdemann in kleinlichster Weise immer weiter eingeschränkt worden sind. Anders als im Jugendvollzug sollen im Erwachsenenstrafvollzug Nahrungsmittelpakete, zum Beispiel an Weihnachten, verboten bleiben. Das ist inhuman und es ist im Übrigen auch unchristlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen die Aufhebung des Verbots.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Schöner Ansatz!)

Die Besuchszeiten werden zwar großzügiger gehandhabt, als das Gesetz es mit einer Stunde pro Monat vorsieht, warum man aber die großzügigere Praxis nicht gesetzlich verankert, bleibt uns schleierhaft. Wir wollen eine Mindestbesuchszeit von einer Stunde pro Woche

(*Olaf Ohlsen CDU*: Nee, mehr! Mehr!)

(Christiane Schneider)

gesetzlich regeln, um damit den Kontakt zwischen Inhaftierten und ihren Familien und Freunden zu fördern und willkürliche Restriktionen zu verunmöglichen. Der Geist von, was ich eben sagte, Selbstgerechtigkeit und Pharisäertum,

(Olaf Ohlsen CDU: Lass den Geist mal in der Flasche!)

der spricht aus Ihren Zwischenrufen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Der ist nicht erledigt. Abschließend noch ein Punkt, der besonders wichtig ist für uns – auch das hat Frau Schiedek angesprochen. Die Erfahrung zeigt, dass Schusswaffen in Jugendstrafvollzugsanstalten nicht benötigt werden. Wir fordern in Übereinstimmung mit den bekannten Mindeststandards für den Jugendstrafvollzug, die die Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendhilfen e.V. entwickelt hat, und mit den UN-Regeln zum Schutz von Jugendlichen unter Freiheitsentzug, dass das Tragen und der Gebrauch von Schusswaffen in Jugendstrafanstalten gesetzlich ausgeschlossen werden muss.

Auch, oder besser, gerade wenn der Gesetzentwurf in der heute vorliegenden Form beschlossen wird, bleibt im Hamburger Justizvollzug noch sehr viel zu tun. Sie können sicher sein, meine Damen und Herren von der CDU, dass wir in unserem Bemühen für eine grundlegende Reform des Justizvollzugs nicht locker lassen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Dr. Steffen.

Senator Dr. Till Steffen: Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben uns in der schwarz-grünen Koalition für den Strafvollzug zum Ziel gesetzt, dass wir die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger und die Wiedereingliederung der Gefangenen nicht als Gegensatz akzeptieren, sondern tatsächlich beides gewährleisten wollen.

Es hat in der Vergangenheit vielfach politische Diskussionen gegeben – wie sie eben wieder ein bisschen aufgelebt sind –, in denen diese beiden Aspekte als Gegensätze diskutiert wurden. Natürlich gibt es in der Praxis Konkurrenzen zwischen Interessen, die aufgelöst werden müssen und die nicht einfach aufzulösen sind. Aber wir haben erkannt, dass es kein politisch gangbarer Weg ist, lediglich auf einen dieser beiden Aspekte zu setzen. Es ist ein legitimes Interesse der Menschen in dieser Stadt, dass der Strafvollzug alles dafür tut, dass Gefangene nach ihrer Entlassung nicht wieder Straftaten begehen und dass der Strafvollzug alle Maßnahmen ergreift, um die Bevölkerung vor

gefährlichen Straftätern zu schützen, während diese inhaftiert sind.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Eine Politik, die sich auf nur einen der beiden Aspekte beschränkt, wird keine Mehrheit haben. Ich bin sicher, dass auch die Wählerinnen und Wähler der LINKEN sehr kritische Fragen stellen würden, wenn der Strafvollzug den zweiten Aspekt aus den Augen verlieren und den Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Straftätern während ihrer Inhaftierung nicht gewährleisten würde.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das gilt für die Wähler der LINKEN!)

Es gilt vielleicht gerade für die Wählerinnen und Wähler der LINKEN, aber auch für Ihre Wählerinnen und Wähler, dass insbesondere dies eine Aufgabe ist, die der Strafvollzug zu gewährleisten hat.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Deshalb ist es uns auch gelungen, uns zu einigen und es gelingt uns immer wieder, uns bei vielen schwierigen Fragen zu einigen, weil wir diese Erkenntnis gemeinsam gefunden und erkannt haben, dass es tatsächlich in vielen Fragen kein Gegenüber, sondern in vielen konkreten Fragen vielleicht ein Nacheinander ist und dass natürlich im Hinblick auf die Entlassung andere Wege gegangen werden müssen. Dass man schauen muss, wie man eine Perspektive für lang inhaftierte Gefangene findet und wie man bei kurz inhaftierten Gefangenen vermeidet, dass sie zu stark aus ihren sozialen Bezügen gerissen werden. Es kann aber nicht die Konsequenz sein, dass man für alle Gefangenen die Möglichkeiten von Sicherungen für die Haftanstalten wegnimmt. Das ist kein Weg, den wir gehen wollen, und deswegen konnten wir uns hier einigen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir arbeiten die notwendigen Reformen Schritt für Schritt ab. Mit der gesetzlichen Grundlage für das, was wir im Strafvollzug machen, haben wir heute einen ganz wichtigen Schritt vor uns. Wir haben uns als Zweites – es ist schon mehrfach erwähnt worden – die Umstrukturierung der Haftanstalten vorgenommen. Wir müssen natürlich auf die Situation reagieren, dass wir zu viele Haftplatzkapazitäten im Hamburger Strafvollzug haben. Wir müssen aber auch damit umgehen, dass wir keinen hinreichend modernen offenen Vollzug haben, dass wir moderne Bedingungen brauchen, insbesondere Einzelbelegung in den Hafträumen, um die Gefangenen Schritt für Schritt auf die Freiheit vorzubereiten. Das hat nicht nur mit der gesetzlichen Grundlage, sondern auch mit der baulichen Situation zu tun, und wir haben schon einen sehr wichtigen Schritt gemacht, indem wir die Sozialtherapie eigenständig gemacht haben. All das arbeiten wir gründlich ab.

(Senator Dr. Till Steffen)

Und es bedarf natürlich auch einer konzeptionellen Füllung. Die alltägliche Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Strafvollzug, aber auch aller anderen Menschen, die mit Strafgefangenen und mit Haftentlassenen zu tun haben, muss gründlich überprüft werden. Wir müssen schauen wie das eine noch besser ins andere greifen kann. Gerade die Entlassung ist ein sehr schwieriges Unterfangen, viele Gefangene straucheln genau in dem Schritt und genau deswegen müssen wir sehr sorgfältig arbeiten.

Wir haben deshalb eine Fachkommission Entlassungsvorbereitung eingesetzt, die die Aufgabe hat, die vorhandenen Resozialisierungsangebote zu überprüfen und zu bewerten, insbesondere die Schnittstellen zu den sozialen Einrichtungen zu betrachten und dabei auch die Angebote nach der Entlassung in den Blick zu nehmen. Wir haben tatsächlich eine sehr gute Zusammensetzung von Expertinnen und Experten aus ganz unterschiedlichen Richtungen. Geleitet wird die Kommission von Herrn Professor Maelicke von der Universität Lüneburg, aber wir haben auch Vertreter aus der Justizbehörde, aus der Straffälligen- und Gerichtshilfe dabei, von der Sozialbehörde, von den Kriminologen an der Universität Hamburg, von freien Trägern und vom Weißen Ring. Diese sehr breite Zusammensetzung zeigt, dass die unterschiedlichen Perspektiven in die zukünftige Arbeit für die Entlassungsvorbereitung einfließen müssen und auch einfließen werden, damit dieser Schritt in die Freiheit und in die Straffreiheit nach Möglichkeit gelingt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Dieser Dualismus in unserer Strafvollzugspolitik wird am neuen Gesetz ganz klar. Wir haben dort eine Stärkung der Resozialisierungsbemühung festgeschrieben und das zeigt sich am Vollzugsziel, weil die Befähigung zu einem Leben ohne Straftaten stärker betont wird.

Wir haben den motivierenden Vollzug in das Gesetz aufgenommen, um zu berücksichtigen, dass manche Gefangene zunächst nicht mitarbeitensbereit sind und es mehrfache Anläufe braucht, um sie zu aktivieren. Es liegt auf der Hand, dass Gefangene häufig nicht besonders aktive und selbstorganisierte Menschen sind. Das hat natürlich viel mit den Ursachen dafür zu tun, warum sie überhaupt in Haft sind. Dies muss man berücksichtigen und das wird auch anders formuliert als im bisherigen Gesetz. Wir erweitern die Gewaltprophylaxe, wir schreiben den Grundsatz der Einzelunterbringung fest, die Gleichrangigkeit von offenem und geschlossenem Vollzug, die Orientierung an der individuellen Situation des einzelnen Gefangenen und wir haben eine Reform der Lockerungsregelungen vorgesehen. Das ist ein ganz wichtiges Instrument bei der Resozialisierung.

Und, Frau Schneider, ich würde Ihnen widersprechen, natürlich ist die Arbeit ein ganz wichtiger Aspekt bei der Wiedereingliederung von Gefangenen. Ich muss ausdrücklich meine Vorgänger loben, denn wir haben Vollbeschäftigung in den Haftanstalten und ein sehr differenziertes Qualifizierungsangebot. Sie haben nicht zu Ende gedacht, was Ihre Forderung bedeutet. Es ist besser, die Gefangenen tatsächlich in Arbeit und ein breites Qualifizierungsangebot zu haben als diese Ansprüche, die Sie erheben, hoch zu halten und am Ende sitzen die Gefangenen arbeitslos in der Zelle.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Im Gesetz bleibt es aber auch bei dem Grundsatz, der uns geleitet hat: Die Haftanstalten müssen alle Möglichkeiten haben, um Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten. Diese müssen sie natürlich maßvoll und genau auf den Einzelfall bezogen einsetzen, aber sie müssen sie haben, um auf Gefährdung der Sicherheit und Ordnung in Haftanstalten reagieren zu können. Das gilt für die Verhaltensregelung, für die Kompetenzen für die Durchsuchung, für bestimmte Überwachungsregelungen, für besondere Sicherungsmaßnahmen, für die Regelung des unmittelbaren Zwangs und auch für das Instrument der Disziplinarmaßnahme.

Diese Instrumente haben wir zum Teil auch relativiert, etwa, was die Disziplinarmaßnahmen im Jugendvollzug betrifft, aber sie sind im Zweifelsfall erforderlich, um den wichtigen Auftrag gewährleisten zu können, dass die Haftanstalten die Bevölkerung vor gefährlichen Straftätern und innerhalb der Haftanstalten schwächere Gefangene vor gefährlichen Gefangenen schützen. Dies sind wichtige Aufgaben, die wir gewährleisten müssen, dazu stehen wir als schwarz-grüne Koalition gemeinsam.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Nun haben Sie sich daran gehalten, nicht aus den vertraulichen Erläuterungen zur Frage der Notwendigkeit der gesetzlichen Regelung für den Schusswaffengebrauch im Jugendvollzug zu berichten. Da Sie diese Erkenntnisse nicht berücksichtigen konnten, haben Sie Ihre alten Forderungen noch einmal wiederholt. So will ich es auch halten.

Ich kann natürlich an dieser Stelle nicht die Details der Sicherungsmaßnahmen im Jugendvollzug darlegen, kann aber versichern, dass die Bediensteten im Jugendvollzug, die mit den Jugendgefangenen täglich zu tun haben, natürlich nicht bewaffnet durch die Haftanstalt laufen. Nach gründlicher Überprüfung ist aber aus unserer Sicht diese gesetzliche Regelung weiterhin erforderlich. Ich kann das an dieser Stelle nicht weiter ausführen.

Das neue Gesetz bietet den Rahmen für die notwendige Verbindung von Wiedereingliederung der Gefangenen in die Gesellschaft und dem Schutz

(Senator Dr. Till Steffen)

der Bevölkerung vor weiteren Straftaten. Die erfolgreiche Resozialisierung ist der beste Schutz vor neuen Straftaten, weil die Gefangenen von heute die Entlassung von morgen sind.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Trepoll.

André Trepoll CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Schneider, was war das denn?

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das war zu schwer für Sie!)

Wie kann man sich denn dermaßen in den eigenen Vorurteilen suhlen, wie Sie das gemacht haben, das ist wirklich phänomenal. Ich war vor zwei Wochen in Berlin und habe mir das ehemalige Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen, die Gedenkstätte, angeschaut.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Was hat das denn damit zu tun!)

Was Sie berichtet haben, hat mit den Realitäten in Hamburg, auch in den letzten Jahren, überhaupt nichts zu tun. Das hat eher mit dem zu tun, was damals dort in Berlin geschehen ist, aber nicht mit dem Hamburger Strafvollzug.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben ein wirkliches Zerrbild unserer Haftanstalten geliefert, das kann man gar nicht mehr nachvollziehen. Ich will etwas zu der Kollegin Schiedek sagen, die uns eine gewisse Wendigkeit in unseren Positionen vorgeworfen hat. Ich finde es ganz vernünftig, dass Frau Spethmann das auch eingeräumt hat, dass wir eigene Positionen überdacht haben und überdenken mussten,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das stimmt!)

um weiter in der Verantwortung zu sein.

(Gelächter – Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

– Ja, das ist doch in Ordnung. Das ist zu einem gewissen Maß auch notwendig und ich finde, dass das keine Schwäche, sondern eine Stärke ist und das muss man auch einmal deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Bis zu einem gewissen Punkt, und dieser ist für uns Gott sei Dank nicht erreicht, können wir das guten Gewissens mittragen. Ich habe auch einen ganz anderen Eindruck von der Expertenanhörung im Rechtsausschuss, denn alle Experten haben das Gesetz unisono gelobt und nur in wenigen kleinen Ausnahmen Kritik geäußert beziehungsweise mögliche Verbesserungsvorschläge ge-

macht. Dort habe ich also eine ganz andere Wahrnehmung der Dinge.

(Stefan Schmitt SPD: Sie haben ja nur selektiv gelesen!)

Dann gibt es die Diskussion, die Sie wiederholen – wir haben das auch in den Stellungnahmen der Verbände gesehen –, dass Sie immer diese UN-Regeln anführen, was den Schusswaffengebrauch in Jugendstrafanstalten angeht. Auch da erzählen Sie nur die halbe Wahrheit und das wissen Sie, Frau Schneider, hoffentlich ganz genau. Denn bei diesen Vorschriften, die die UN dort macht, geht es um ganz andere Tatbestände. Dort geht es um Jugendstrafrecht, das von 14 bis 18 Jahren gilt. In unseren Hamburger Haftanstalten sind über 90 Prozent der Insassen zwischen 18 und 21 Jahre alt. Das ist schon ein Unterschied, ob man als Vollzugsbediensteter mit einem 16-jährigen oder mit einem 21-jährigen zu tun hat. Ich finde es in Ordnung, auch aus Sicherheitsinteressen – für die Bediensteten, aber auch für die Mitgefangenen –, dass wir diese Vorschrift haben und sie zur Not auch angewendet werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Und lassen Sie mich zum Schluss noch Folgendes sagen: Ich glaube, wir haben ein sicheres und vernünftiges Strafvollzugsgesetz vorgelegt, das dem Sicherheitsbedürfnis der Allgemeinheit genauso Rechnung trägt wie dem Gedanken der Resozialisierung. Und deshalb haben wir unseren Kurs eines modernen und sicheren Strafvollzugs in Hamburg auch nicht aufgegeben. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt das heutige Geburtstagskind, Herr Klooß.

Rolf-Dieter Klooß SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

"... Ihr lasst den Armen schuldig werden, Dann überlasst ihr ihn der Pein; ..."

Dieses Zitat aus Goethes "Wilhelm Meister" war für lange Zeit eine passende Beschreibung der sozialen Umstände in Deutschland und auch des Strafvollzugs, wie er üblich war. Mit dem Strafvollzugsgesetz vom 16. März 1976 leitete die sozialdemokratische Regierung unter Helmut Schmidt eine Zeitenwende im Vollzug ein. Dieses Gesetz galt seinerzeit als wegweisend, modern und human. Und auch heute noch sind sich die Experten einig, dass dieses Gesetz alles enthält, was die moderne Vollzugsforschung als notwendig und wünschenswert ansieht. Sicher ist es wie jede Regelung, die mehr als 30 Jahre auf dem Buckel hat, an der einen oder anderen Stelle ergänzungsbedürftig, sicher gibt es Anpassungsbedarf an moderne Gege-

(Rolf-Dieter Klooß)

benheiten. Dass aber das ganze Gesetz an sich in Frage zu stellen wäre oder wir dringend neue Regeln für den Strafvollzug bräuchten, hat niemand je behauptet, der sich mit dem Thema sachlich und ernsthaft beschäftigt hat.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Im Rahmen der Föderalismusreform ist ein schwerer Fehler begangen worden, als man leichtfertig die Gesetzgebungskompetenz für den Strafvollzug vom Bund auf die Länder übertrug.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Damit war den Justizministern und Senatoren der Länder unverhofft ein Spielball in die Hände gefallen, an dem sich insbesondere der damalige hamburgische Justizsenator Dr. Roger Kusch mit Freude abarbeitete. Er hat diese Chance gierig ergriffen und sein Nachfolger im Amt, Carsten Lüdemann, hatte leider nicht den Willen oder die Kraft, vom dem Weg des "Zurück zum Verwahr- und Wegsperrvollzug" abzuweichen.

(Viviane Spethmann CDU: Und was ist jetzt?)

Es bedurfte da – die Antwort kommt jetzt – erst einen grünen Senators, um Kuschs schlimmste Exzesse wieder einzufangen. Dafür, Herr Senator Dr. Steffen, zolle ich Ihnen Respekt.

(Wolfgang Beuß CDU: Was haben wir uns alle lieb!)

Auch wenn nicht alles Gold ist, was glänzt, und es mehr als einige unbedeutende Punkte gibt, an denen auch Ihr Gesetz verbesserungsfähig und sogar verbesserungsbedürftig ist. Ich verweise insofern auf unseren Zusatzantrag.

Meine Damen und Herren! Der Strafvollzug in Hamburg ist nun gesetzlich wieder vom Abstellgleis herunter und befindet sich wieder auf der richtigen Schiene. Sie sollten aber nicht den Eindruck zu erwecken versuchen, als seien das Ihre Erfindungen und Ergebnisse schwarz-grüner Innovation.

(Wolfgang Beuß CDU: Na, was ist es denn?)

Es sind Experten, Auffassungen und Darstellungen von eh und je, auf die Sie sich hier stützen konnten, und in den Grundlinien war es auch immer die Position der SPD.

(Beifall bei der SPD)

Andere Entscheidungen schwarzer Justizsenatoren wirken aber weiter fort und stellen uns alle vor große Herausforderungen. Der Kardinalfehler war und ist, Sie alle wissen es nicht erst seit der heutigen Debatte sehr genau, die Umfunktionierung des Anstaltsneubaus in Billwerder vom offenen zum geschlossenen Vollzug und die damit einhergehende maßlose Erhöhung der Zahl der Haftplätze.

Man hat aber wohl damals bei der CDU gedacht, dass alle Hamburger Gerichte auf den neuen Law-and-order-Kurs, wie er von Kusch und Konsorten propagiert wurde, einschwenken würden und sich alsbald die Haftanstalten mit Langstraflern und Menschen, die eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßen, füllen würden. Da haben die Hamburger Richterinnen und Richter ihnen allerdings einen Strich durch die Rechnung gemacht, denn sie haben sich nicht zu Erfüllungsgehilfen eines neuen Sicherheitswahns machen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Tatsache ist, dass inzwischen weniger Freiheitsstrafen verhängt werden und die Gefangenenzahlen gesunken sind und wohl auch in absehbarer Zeit nicht wieder steigen werden. Auf diese neue Situation müssen Sie reagieren. Und ich bin gespannt, wie sich diese Koalition zu einer gemeinsamen Politik durchringen will. Sie werden nicht auf ewig Ihrem Justizsenator einen Maulkorb im Rechtsausschuss verpassen können, Herr Müller. Wir erwarten von Ihrem Senator ein Konzept und einen Plan, wie Billwerder künftig genutzt werden soll, was aus Anstalt 1 in Fuhlsbüttel wird und was er mit Glasmoor machen will. Das heißt, Sie müssen mit der sauberen Kanzleiarbeit an Gesetzen und Vorschriften aufhören und dazu übergehen, die schweißtreibende Arbeit in der Vollzugspraxis auf einen richtigen Weg zu bringen. Denn sieben Jahre CDU-Vollzugspolitik haben nicht nur ihre Spuren an den gesetzlichen Vorschriften hinterlassen, sondern auch die Praxis im Vollzug um 180 Grad gewendet. Und auch wenn sich alle einig waren, dass das alte gute Strafvollzugsgesetz nie so gelebt wurde, wie es gemeint war, was die CDU daraus gemacht hat, war volle Kraft zurück ins 19. Jahrhundert.

(Beifall bei der SPD und bei Christiane Schneider DIE LINKE)

Zwischen der gesetzlichen Theorie und der Vollzugspraxis klaffte stets eine Lücke. Das ist auch weiter so. Die Realitäten in vielen Anstalten leisten nicht der Resozialisierung, sondern eher der Subkultur Vorschub. Strafvollzugspolitik muss an dieser Stelle einsetzen und dafür sorgen, dass Realität und gesetzliche Vorgaben endlich übereinstimmen. Die Idee des liberalen Vollzugs verschwand unter Kusch in den Nebeln der Bucht von Billwerder. Nun sehen wir unter Steffen ein Schiff aus dem Nebel auftauchen.

(Egbert von Frankenberg CDU: Welch Lyrik!)

Lassen Sie uns hoffen, dass dieses Schiff nicht auf Grund läuft und es keine Meuterei gegen den Kapitän gibt, bevor man einen sicheren Hafen erreicht. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Schneider.

(Zurufe von der CDU: Oh! Oh!)

Christiane Schneider DIE LINKE: Sie werden mich noch ein bisschen ertragen müssen. Sie haben natürlich Recht, Herr Senator, was Wählerinnen und Wähler der LINKEN angeht, damit müsste man sich sicherlich auseinandersetzen. Ich bin aber der Meinung, dass es die Aufgabe von Parteien ist, sich mit Meinungen von Wählerinnen und Wählern auseinanderzusetzen und sich vielleicht auch einmal zu streiten, anstatt sich von Volkes Stimme treiben zu lassen. Parteien wirken an der Meinungsbildung mit und das sollten wir sehr ernst nehmen und uns nicht einfach von Meinungen treiben lassen. Das würde ziemlich übel enden. Das muss ein Dialog sein, das muss eine Auseinandersetzung sein und deshalb haben Sie aus meiner Sicht in dem ersten Punkt auch nicht Recht.

Zu dem, was Sie gesagt haben, Herr Trepoll: Sicherheitsbedürfnis ist ein dehnbarer Begriff. Und ich möchte darauf hinweisen, das ist etwas völlig anderes als das, was der Senator gesagt hat. Der Senator hat gesagt, dass der Strafvollzug neben der Resozialisierung den Schutz der Menschen vor Straftätern nicht aus dem Auge verlieren darf. Das ist etwas anderes, als auf das Sicherheitsbedürfnis zu spekulieren, das endlos ist und überhaupt nie aufhört.

Ich halte das für eine Floskel, und zwar für eine Floskel zugunsten des Kompromisses, den Sie in der Koalition gefunden haben und der fern von der Realität ist. Ich kann mir überhaupt nichts anderes denken zum Schutz der Bevölkerung vor Straftätern und Straftaten, der natürlich sehr wichtig ist, als die erfolgreiche Wiedereingliederung von Gefangenen. Deswegen sehe ich hier keinen Widerspruch oder Gegensatz. Es gibt keinen Schutz der Bevölkerung ohne die Resozialisierung, ohne die Reintegration von Gefangenen in die Gesellschaft.

Zu dem, was Sie zum offenen Vollzug gesagt haben und zur Gleichrangigkeit mit dem geschlossenen Vollzug: Also ich kann, ehrlich gesagt, eine Gleichrangigkeit bei 300 geplanten Haftplätzen für den offenen Vollzug überhaupt nicht erkennen. Ich frage Sie: Wie viele Ersatzstraffer gibt es, wie viele Kurzstraffer gibt es, wie viele Gefangene, die auf die Entlassung vorbereitet werden müssen, gibt es? Gibt es wirklich nur 300 Gefangene, die dafür geeignet sind? Wir durften ja leider im Rechtsausschuss nicht darüber sprechen, aber das ist eine Relation, die wirklich an den Möglichkeiten voll vorbeigeht. Im Unterschied zur SPD unterstützte ich die Pläne in Bezug auf Fuhlsbüttel, aber ich finde, 300 Plätze im offenen Vollzug sind wirklich zu wenig, damit kann man nicht von Gleichrangigkeit reden.

Sie erwähnten die Entlassungsvorbereitung. Das finde ich richtig gut, dass Sie solch eine Kommission eingerichtet haben. Und was Sie zur Zusammensetzung gesagt haben, gefällt mir auch sehr gut. Aber man muss ja feststellen, dass bisher eine Entlassungsvorbereitung nur äußerst minimal stattfindet. Alle Fachleute, mit denen Sie sich unterhalten, sagen Ihnen, wenn das jemand macht, dann sind es nur die Ehrenamtlichen, vonseiten des Staates findet das nicht statt. Das soll geändert werden und ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie möglichst schnell auch zu Potte kämen.

(Wolfgang Beuß CDU: Was heißt das denn?)

Das Problem der Arbeit ist mit dem, was Sie dazu sagen, nicht gelöst. Ich sehe durchaus, dass ich nur die eine Seite dieses Problems benenne, nämlich auf die Entlohnung abhebe. Ich sehe auch die Problematik, die Sie ansprechen. Trotzdem ist das Problem nicht gelöst, dass natürlich der Gefangene gering geachtet wird, indem seine Arbeit so schlecht bezahlt wird. Man kommt um eine Diskussion nicht herum. Die Forderung von 40 Prozent sollte an das Reformziel erinnern, natürlich wird schrittweise erhöht werden müssen. Aber man muss anerkennen, dass die Pflichtarbeit von Gefangenen angemessen bezahlt werden muss. Man muss Schritte in die Richtung gehen und darf diese Seite des Problems nicht bestreiten, genauso wie ich die von Ihnen benannte Seite natürlich auch nicht bestreiten will.

Das war es, was ich noch sagen wollte.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren, bevor ich Frau Spethmann das Wort gebe, darf ich darum bitten, dass sich die Diskussionszirkel entweder auflösen oder ihre Tätigkeit nach außerhalb des Plenarsaals verlagern. Ich glaube, ich bin verstanden worden. Nicht so ganz? Dann darf ich das wiederholen, bitte führen Sie Ihre Unterhaltungen draußen weiter und nicht hier. Es stört ein bisschen die Debatte. – Frau Spethmann, Sie haben das Wort.

Viviane Spethmann CDU: Frau Schneider, zu den Ausführungen zu Ihren Wählern und deren Meinungen: Ich glaube, Sie haben deswegen so wenig Wähler, weil die Anzahl der Strafgefangenen abnimmt, dann bekommen Sie auch weniger Wähler.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Warten Sie mal ab!)

Das ist Ihre Interessengruppe, die Sie dann wählt in diesem Punkt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

(Viviane Spethmann)

Frau Schneider, von welcher Welt träumen Sie? 300 Plätze im offenen Vollzug werden wahrscheinlich sogar sehr schwer zu füllen sein.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wenn Sie die auswählen, dann ist das klar!)

Wir haben eine Problematik bei Gefangenen, die heutzutage ausgesprochen schwierig ist. Nicht alle Gefangenen sind geeignet für den offenen Vollzug. Die Zahl ist genau die richtige.

Was ich aber aus den Worten von Herrn Kloß vernehmen kann, ist eine ganz große Frustration. Es ist natürlich furchtbar, wenn sich diese beiden Gegensätze Schwarz und Grün einigen und in Sachen Strafvollzug tatsächlich Lösungen bringen, die pragmatisch und gut sind. Aber, Herr Kloß, ich möchte noch einmal Ihre Erinnerung auffrischen, wir sind schon länger beide zusammen im Parlament. Wenn ich noch an die Subkultur in der rot-grünen Koalition zurückdenke, die in den Haftanstalten herrschte – Gott sei Dank ist die vorbei.

(Unruhe bei allen Fraktionen)

Und ich erinnere an Zeiten, wo in Fuhlsbüttel durch alle Flure hinweg eine freie Kommunikation stattfand und noch im Jahre 2001 die Bediensteten Angst hatten, auf die Flure zu gehen. Das ist Subkultur, Herr Kloß. Und was Sie hier berichtet haben, ist ein Zerrbild des heutigen Vollzuges.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich möchte einmal darauf eingehen, welche Strukturreform stattgefunden hat. Die CDU-Regierung hat in den letzten Jahren die Vielzahl von Haftanstalten von 12 auf 15 reduziert. Das hat Kosten eingespart und Übersichtlichkeit geschaffen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das war schon wieder so ein Zahlendreher!)

Herr Dressel, Sie müssen einmal zuhören, von 12 auf 5 sind die Haftanstalten reduziert worden und wir haben den Zustand, dass wir heute 100 Haftplätze weniger haben als im Jahr 2001. Dass Sie eine Schaffung von Überkapazitäten sehen, kann ich nicht nachvollziehen, wir haben sogar Haftplätze reduziert und es werden noch weniger werden, aber wir haben keine zusätzlichen geschaffen. – Danke.

(Beifall bei der CDU und GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Farid Müller.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Erzähl doch mal was über die Subkultur!)

Farid Müller GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will zum Abschluss etwas zur Reaktion einiger SPD-Abgeordneter sagen, als Herr Trepoll hier gesprochen hat. Sie haben Häme zu

erkennen gegeben darüber, dass die Union sich in der Koalition mit der GAL in einigen Punkten bewegt hat. Mir hat das noch einmal deutlich gemacht, dass offenbar einige in der SPD-Fraktion verlernt haben, was Demokratie bedeutet. Demokratie heißt auch, aufeinander zuzugehen, um Mehrheiten zu organisieren. Und meiner Ansicht nach hat sich die SPD – einige von Ihnen jedenfalls, ich will das nicht pauschalisieren –, wieder in den Zustand der Neunzigerjahre versetzt, als Sie Probleme hatten, auf uns zuzukommen. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen dann zur Abstimmung. Zunächst zum Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 19/3489. Die SPD-Fraktion möchte diesen ziffernweise abstimmen lassen.

Wer möchte Ziffer 1 des Antrages aus der Drucksache 19/3489 annehmen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist dann mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wer schließt sich Ziffer 2 an? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 3 zustimmen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist ebenfalls mit Mehrheit abgelehnt.

Wer nimmt Ziffer 4 an? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 5 beschließen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer stimmt Ziffer 6 zu? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 7 annehmen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist ebenfalls mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wer schließt sich Ziffer 8 an? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 9 zustimmen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Die Ziffer ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wer nimmt Ziffer 10 an? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist ebenfalls mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 11 beschließen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Auch Ziffer 11 ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)

Wer stimmt Ziffer 12 zu? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist ebenfalls mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 13 annehmen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Auch Ziffer 13 ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wer schließt sich Ziffer 14 an? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist ebenso mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 15 zustimmen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Auch Ziffer 15 ist mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Nun zum Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 19/3510. Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist abgelehnt worden.

Nun zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen der CDU und GAL aus der Drucksache 19/3525. Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist bei wenigen Stimmenthaltungen einstimmig angenommen.

Wir kommen dann zum Bericht des Rechtsausschusses aus der Drucksache 19/3295.

Wer möchte der Ziffer 1 der Ausschussempfehlungen folgen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist dann mit Mehrheit so geschehen.

Wer möchte sich Ziffer 2 der Ausschussempfehlungen anschließen und das Gesetz zur Überarbeitung des Hamburgischen Strafvollzugsrechts und zum Erlass eines Hamburgischen Jugendstrafvollzugsgesetzes aus der Drucksache 19/2533 mit den vom Ausschuss empfohlenen Änderungen sowie den soeben beschlossenen Änderungen beschließen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Enthaltungen ist dies einstimmig angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Dies ist bei wenigen Stimmenthaltungen einstimmig geschehen. Das Gesetz ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Bevor ich nun den Tagesordnungspunkt 7 aufrufe, gebe ich Ihnen das Ergebnis der Wahl zunächst eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung bekannt. Für diesen Wahlgang sind insgesamt 114 Stimmzettel abgegeben worden, 1 Stimmzettel war ungültig, bei 8 Enthaltungen und

3 Neinstimmen entfielen auf Herrn Thore Stolley 102 Jastimmen. Er ist damit gewählt.

Nun zum Wahlergebnis der Wahl einer Deputierten der Behörde für Inneres. Insgesamt wurden 114 Stimmen abgegeben, die alle gültig waren, bei 7 Neinstimmen und 3 Enthaltungen entfielen 104 Jastimmen auf Frau Christine Schmehl, die ebenfalls gewählt worden ist.

Meine Damen und Herren! Ich rufe dann die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE auf, Prekäre Beschäftigung an den Hamburger Hochschulen, an den Forschungseinrichtungen und an den sonstigen hochschulnahen Einrichtungen.

**[Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:
Prekäre Beschäftigung an den Hamburger
Hochschulen, an den Forschungseinrichtungen
und an den sonstigen hochschulnahen Einrichtungen
– Drs 19/2937 –]**

Wird das Wort gewünscht? – Frau Heyenn, bitte schön.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Prekäre Beschäftigungen gibt es, und das hätte vor 10 Jahren keiner geglaubt, heute in verschiedenen Branchen. Und meine Fraktion lehnt jede Art dieser Arbeit ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit dem zur Debatte angemeldeten Thema, Prekäre Beschäftigung an den Hamburger Hochschulen, an den Forschungseinrichtungen und an den sonstigen hochschulnahen Einrichtungen, geht es um die Problematik Wissenschaft als Beruf. Das ist kein modernes Phänomen. Max Weber hat bereits 1917 einen Vortrag zu diesem Thema gehalten und für den wissenschaftlichen Nachwuchs Folgendes festgestellt:

"Denn es ist außerordentlich gewagt für einen jungen Gelehrten, der keinerlei Vermögen hat, überhaupt den Bedingungen der akademischen Laufbahn sich auszusetzen. Er muss mindestens eine Anzahl Jahre aushalten können, ohne irgendwie zu wissen, ob er nachher die Chancen hat, einzurücken in eine Stellung, die für den Unterhalt ausreicht."

Das war 1917 und es scheint sich, was die soziale Absicherung anbetrifft, bis heute nicht viel geändert zu haben. Zur Situation heute in Hamburg hat der Senat auf die Drucksache 19/2937 geantwortet, leider sei die Zahl derjenigen Menschen, die an unseren Hochschulen tätig und prekär beschäftigt sind, stetig gewachsen.

(Dora Heyenn)

Insbesondere die sogenannten Lehraufträge werden von den Hochschulen inzwischen weit über ihren eigentlichen Zweck hinaus genutzt. Der ursprüngliche Zweck von Lehrbeauftragten war, Dozentinnen und Dozenten aus der beruflichen Praxis zu gewinnen, um das Lehrangebot der hauptberuflich Lehrenden der Hochschule sinnvoll zu ergänzen. Zwischenzeitlich ist es üblich geworden, dass Hochschul institute einen Stamm an bewährten Lehrbeauftragten unterhalten. Genau betrachtet ist es so, dass der Lehrbetrieb an den Hochschulen ohne Lehrangebote von Lehrbeauftragten überhaupt nicht aufrechterhalten und garantiert werden könnte. Das ist insbesondere der Fall im Fachbereich Erziehungswissenschaft, wo der Anteil der Lehrbeauftragten besonders hoch ist.

Aus der Drucksache 19/2937 geht hervor, dass zurzeit circa 2000 Lehrbeauftragte an den Hamburger Hochschulen tätig sind, das fängt an mit 6 Prozent an der Medizinischen Fakultät am UKE und, man höre und staune, geht bis zu 31 Prozent an der HCU. An der Hamburger Universität ist es, wie gesagt, der Fachbereich Erziehungswissenschaft, der einen unverhältnismäßig hohen Anteil an Lehrbeauftragten hat.

Lehrbeauftragte übernehmen neben zusätzlichen Angeboten immer häufiger langfristige Vertretungsaufgaben und sind dadurch auch verdeckt unbefristet tätig. Nach einer soziologischen Untersuchung ist die Lehrtätigkeit für viele Lehrbeauftragte inzwischen die Haupteinnahmequelle. Das eigentlich als Zusatzeinkommen vorgesehene Honorar wird zum ausschließlichen Einkommen. Ein zunehmender Anteil der Lehrbeauftragten ist daher auch nicht mehr sozialversichert. Aufgrund dieser Umstände ist eine zuverlässige Lebensplanung für die meisten Betroffenen überhaupt nicht möglich.

Viele reguläre Aufgaben in Lehre und Studierendenbetreuung werden inzwischen von Lehrbeauftragten übernommen. Der Trend zum Lehrauftrag ist leider in vielen Bundesländern zu beobachten. Laut einer Studie an der FU Berlin gaben 46 Prozent der befragten Lehrbeauftragten an, dass diese Tätigkeit ihre Haupteinnahmequelle darstelle. 62 Prozent gaben ein Nettoeinkommen von 1000 Euro und weniger an. Die Folgen sind fatal. Eine zuverlässige Lebens- und Karriereplanung wird unmöglich bei Verträgen, die Sicherheit lediglich für ein oder zwei Semester gewährleisten können.

Vergütet werden bei Lehraufträgen, und das ist ein besonderes Problem, nur die tatsächlich abgeleisteten Semesterwochenstunden. Ein ähnliches Phänomen haben wir bei den Lehraufträgen an den Hamburger Schulen. Das ist für diejenigen, die ihren Lebensunterhalt anderswo verdienen, nicht so ein großes Problem. Wer aber sein Einkommen einzig aus solchen Lehraufträgen bestreitet, hat ganz große Probleme. Der Aufwand für Vor- und

Nachbereitung von Lehrveranstaltungen, für Betreuung und Beratung von Studierenden, für die Abnahme von Prüfungen, die mit Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge enorm zugenommen haben, werden bei dieser Vergütung nicht berücksichtigt.

An den wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein werden zum Beispiel für Lehraufträge pro unterrichteter Stunde bis zu 29,05 Euro gezahlt, und zwar an alle diejenigen, die ein abgeschlossenes Studium vorweisen können, aber noch nicht habilitiert sind. Diejenigen, die habilitiert sind, bekommen bis zu 51,98 Euro, also bis zu 52 Euro. Und in Schleswig-Holstein werden die mit dem Lehrauftrag zusammenhängenden Tätigkeiten, wie ich sie eben aufgeführt habe, extra abgegolten. Also Schleswig-Holstein zahlt höhere Vergütungen, es werden mehr Leistungen abgegolten, hat Mindestvergütungen, die haben wir in Hamburg nicht, und das alles bei niedrigeren Lebenshaltungskosten als in der Metropole Hamburg.

Für die Vergütung der Lehrbeauftragten an Hamburger Hochschulen gelten die in der Verwaltungsanordnung über die Vergütung der Lehrbeauftragten in den Hamburger Hochschulen vom 15. März 2006 festgelegten Sätze. Die Einzelstundenvergütung für Lehrbeauftragte mit Aufgaben einer Lehrkraft für besondere Aufgaben, die ein Studium an einer wissenschaftlichen oder künstlerischen Hochschule abgeschlossen haben oder entsprechend qualifiziert sind, beträgt bis zu 24 Euro ohne Mindestgarantie. Für Lehrbeauftragte, die ein Studium an einer wissenschaftlichen oder künstlerischen Hochschule abgeschlossen haben oder entsprechend qualifiziert sind und Lehraufgaben wie Professorinnen und Professoren wahrnehmen, beträgt die Einzelstundenvergütung bis zu 40 Euro, sie kann also auch niedriger sein. Mit der Lehrtätigkeit gegebenenfalls zusammenhängende Tätigkeiten, wie Vorbereitung des Unterrichts, individuelle Anleitung, Korrekturen, Teilnahme an Prüfungen, Konferenzen und dergleichen, sind mit der Vergütung abgegolten. Das wird also nicht extra bezahlt, obwohl extra gearbeitet werden muss.

Nicht nur in Bezahlung und Absicherung, auch im Bereich der Mitbestimmung sind die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die Lehraufträge bekommen, Mitarbeiter zweiter Klasse. 2068 Lehrbeauftragte sind zurzeit an den Hamburger Hochschulen tätig. Sie sind weder Beamte noch Arbeitnehmer. Ein beachtliches Demokratiedefizit besteht darin, dass Lehrbeauftragte in den Hochschulgremien nicht mit Sitz und Stimme vertreten sind, obwohl sie im Paragraph 26 des Hamburgischen Hochschulgesetzes erwähnt werden und verantwortlich angehende Akademiker ausbilden. Die Grundordnungen der Hochschulen sehen grundsätzlich kein Mitsprache- und Vertretungsrecht von Lehrbeauftragten in den akademischen Gremien vor, und das, obwohl sie in so großer

(Dora Heyenn)

Zahl vertreten sind. Nur wenige Hamburger Hochschulen haben den Lehrbeauftragten das Recht zur Mitwirkung in den Ausschüssen des Akademischen Senats eingeräumt. In der Praxis sind Lehrbeauftragte der Willkür der Universitäten und Hochschulen ausgeliefert.

Die Fraktion DIE LINKE fordert deshalb den Senat auf, Maßnahmen zu ergreifen, um prekäre Beschäftigung an hamburgischen Hochschulen zu verhindern. Um dies zu erreichen, sollen Mindeststandards für außerordentlich Beschäftigte in Lehre und Forschung sowie studentische Hilfskräfte festgelegt werden. Lehrbeauftragte müssen Hochschulmitglieder mit dem Recht zur Teilnahme an der akademischen Selbstverwaltung werden. Dazu schlagen wir vor, den Anteil der Lehraufträge an dem gesamten Lehrangebot gesetzlich zu begrenzen. Wir fordern die Anhebung der Mindestvergütung auf 25 Euro für Lehrbeauftragte, die ein abgeschlossenes Studium vorweisen können und die Aufgaben einer Lehrkraft für besondere Aufgaben wahrnehmen, und die Anhebung der Mindestvergütung auf 45 Euro für Lehrbeauftragte, die ein abgeschlossenes Studium vorweisen können und Lehraufgaben wie Professorinnen und Professoren wahrnehmen. Wir fordern eine Vergütung der Vor- und Nachbereitungszeiten und eine Beteiligung der Hochschulen an den Sozialversicherungsbeiträgen der Lehrbeauftragten.

(Beifall bei der LINKEN)

Mitsprache- und Vertretungsrechte von Lehrbeauftragten in den akademischen Gremien müssen im Hamburgischen Hochschulgesetz festgeschrieben werden.

Nun zu den studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräften: Hamburg muss studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte als Arbeitnehmer/-innen anerkennen. Circa 4 500 Studierende in Hamburg waren im Wintersemester 07/08 und im Sommersemester 08 als Hilfskräfte für Professoren und in der Verwaltung und Technik an Hamburger Hochschulen tätig. Die Vergütung der studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte beträgt seit dem 1. Mai 2004 an allen Hamburger Hochschulen 7,72 Euro je Arbeitsstunde. Vorher waren es 8,02 Euro und da die wöchentliche Arbeitszeit von 38,5 auf 40 Stunden erhöht wurde, wurde auf diesem Weg das Gehalt gekürzt, das sowieso schon erbärmlich genug ist.

Die hohe Leidenfähigkeit von studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräften aufgrund ihrer hohen Identifikation mit den Inhalten ihrer wissenschaftlichen Arbeit ist beileibe keine Rechtfertigung für Ausbeutung und das, was stattfindet, ist Ausbeutung; zehn Jahre Nullrunden sind mehr als genug.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir schlagen für die studentischen Hilfskräfte Folgendes vor: die Schaffung eines Tarifvertrags, die Mindestbeschäftigungsdauer von vier Semestern, eine Mindeststundenzahl von 40 Stunden pro Monat. Und Ziel muss es sein, einen Mindestlohn von 10 Euro zu bekommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es muss auch Zuwendungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld geben und es muss eine eigene Personalvertretung an den Hamburger Hochschulen geben. Wenn wir über 4000 studentische Hilfskräfte haben, ist das nur recht und billig.

Nun zu den befristeten Beschäftigungsverhältnissen. Die Prekarisierung der Wissenschaft hat neben den normalen unbefristeten Arbeitsverhältnissen und den befristeten Beschäftigungsverhältnissen ein ganz unsicheres und fragwürdiges Beschäftigungssystem etabliert: die prekären Beschäftigungsverhältnisse von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Das Problem ist, dass die Kontinuität und Qualität der wissenschaftlichen Arbeit darunter leidet. Wenn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nur Fristverträge bekommen, diese sehr kurz sind und vor allem immer wieder neue Fristverträge vergeben werden, es also keine Perspektive gibt, zu einem bestimmten Zeitpunkt und dann auf Dauer Wissenschaft als Beruf ausüben zu können, dann leidet die ganze Sache.

Befristete Beschäftigungsverhältnisse müssen besonders begründet werden und auf eine besondere Rechtsgrundlage, zum Beispiel auf das Teilzeit- und Befristungsgesetz, gestützt werden. Da Hochschulen zunehmend auf Drittmittel angewiesen sind, und da sind mir fast die Augen aus dem Kopf gefallen, werden Studiengebühren stellentechnisch wie Drittmittel behandelt, das muss man sich einmal überlegen. Und dadurch, dass Hochschulen zunehmend auf Drittmittel angewiesen sind, sind die meisten Stellen, die befristet sind, drittmittelfinanziert und das bedeutet im Grunde, dass die Hochschulen nach Gutsherrenart immer wieder neue Fristverträge begründen können; das lehnen wir ab.

(Beifall bei der LINKEN und bei Ksenija Bekker SPD)

Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern muss eine klare Perspektive auf eine Dauerposition geboten werden. Wir brauchen an den Hamburger Hochschulen eine vernünftige Personalentwicklung. Das Wissenschaftszeitgesetz von 2007 hat den Weg für dauerhaft befristete Arbeitsverhältnisse von wissenschaftlichem und nichtwissenschaftlichem Personal an Hochschulen und Forschungseinrichtungen aufgrund von Drittmittelfinanzierung geebnet und schreibt die 2002 eingeführte Möglichkeit der Befristung in der Qualifikationsphase fort.

(Dora Heyenn)

Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz hat im Hochschulbereich ein Sonderarbeitsrecht für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler geschaffen. Das Regel-Ausnahme-Verhältnis ist schlicht auf den Kopf gestellt worden. Hochschulen und Forschungseinrichtungen können heute, ohne dass sie einen besonderen Grund dafür angeben müssen, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befristet beschäftigen. Und tatsächlich ist es so, dass mittlerweile auf Ebene der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer mehr Beschäftigten Fristverträge angeboten werden, insbesondere bei drittmittelfinanzierten Projekten. Arbeitsverträge mit kurzen Laufzeiten sind hier eher die Regel und unbezahlte Mehrarbeit wird oft stillschweigend erwartet. Weiterqualifikation wird in die Freizeit verlegt, natürlich unbezahlt. Diese Entwicklung ist weder im Interesse der Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler noch im Interesse der Qualität und Kontinuität von Forschung und Lehre an den Hamburger Hochschulen.

Das unbefristete Beschäftigungsverhältnis muss die Regel bleiben und das befristete Beschäftigungsverhältnis die absolute Ausnahme. Dazu schlagen wir Folgendes vor: die Überprüfung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes, zweitens Mindeststandards bei Befristungsrecht, das zum Beispiel ausschließt, dass Verträge von unter zwei Jahren begründet werden. Lehr- und Forschungstätigkeiten an Hochschulen dürfen nicht in prekären Verhältnissen stattfinden. Eine Verbesserung an dieser Stelle dient dem jeweiligen Menschen, der Qualität der Lehre, den Studierenden und damit letztendlich dem Wissenschaftsstandort Hamburg. Prekäre Beschäftigung an Hamburger Hochschulen führt zu prekarisierter Wissenschaft. Das muss aufhören, und zwar sofort.

(Beifall bei der LINKEN und bei Ksenija Becker SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält Herr Kleibauer.

Thilo Kleibauer CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Heyenn, ich finde es schon ein Stück weit bemerkenswert, was Sie alles unter dem Oberbegriff Prekäre Beschäftigung an Hochschulen in der Anfrage zusammengefasst haben: Stiftungsprofessuren, Lehrbeauftragte, wissenschaftliche Mitarbeiter, studentische Hilfskräfte, Drittmittelprojekte.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Da haben Sie einiges lernen können!)

Sie werfen sehr viele unterschiedliche Dinge in einen Topf.

(Beifall bei der CDU)

Vor allen Dingen haben Sie den Redetext genauso wie den Vorspann Ihrer Anfrage auch schon geschrieben, bevor Sie die Antworten gelesen haben.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das ist falsch, die habe ich heute geschrieben!)

– Ja, das haben Sie heute geschrieben, aber Sie haben sich doch sehr an dem Redebeitrag der Linkspartei im brandenburgischen Landtag im November 2007 orientiert.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von Dora Heyenn DIE LINKE)

Wenn es vergleichbare Debatten in Deutschland zu solch einem Thema gibt, dann muss man diese nicht eins zu eins abschreiben. Gerade als Lehrerin achten Sie vielleicht bei Ihren Schülern auch ein bisschen darauf.

Ich meine, dass das, was Sie im Vorspann der Anfrage selbst behaupten, durch die umfangreichen Antworten und Zahlen nicht belegt ist und Sie ein Zerrbild zeichnen. Der Anteil befristeter Beschäftigungsverhältnisse oder auch die Anzahl der studentischen Hilfskräfte hat sich in den letzten Jahren nicht wesentlich strukturell verändert. Sie müssen sich die Daten und Antworten, die sehr ausführlich vorliegen, auch anschauen und zur Kenntnis nehmen, wenn Sie sie abfragen. Aus diesen geht, wie gesagt, hervor, dass sich das über einen längeren Zeitraum strukturell nicht wesentlich geändert hat.

Es gehört doch zum Hochschulbetrieb traditionell dazu, dass es befristete Beschäftigungsverhältnisse gibt: junge Wissenschaftler, die sich qualifizieren wollen, Absolventen, die zwei, drei Jahre an der Universität bleiben und promovieren wollen, häufig sind Drittmittel zeitlich begrenzt auf einen gewissen Zeitraum. Dadurch entstehen diese Befristungen und die Universität profitiert doch auch davon, dass es immer wieder neue Impulse und personelle Veränderungen gibt.

(Zuruf von Dora Heyenn DIE LINKE)

Insofern, finde ich, können Sie die starke Tendenz zur Prekarisierung aus den Daten, die Sie abfragen, nicht ableiten.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wir haben uns im Ausschuss und in Anträgen im Plenum in den letzten Jahren, auch in der letzten Legislaturperiode, häufig fraktionsübergreifend mit den wissenschaftspolitischen Sprechern, mit den Wissenschaftspolitikern mit der Situation der Nachwuchswissenschaftler befasst. Es ist, denke ich, auch ein gemeinsames Anliegen, die Situation der Nachwuchswissenschaftler im Auge zu behalten, gerade auch im internationalen Vergleich, wo Deutschland sicherlich noch etwas tun kann.

Lassen Sie mich zu den studentischen Hilfskräften, Sie haben es konkret angesprochen, vielleicht

(Thilo Kleibauer)

auch zwei oder drei Dinge anmerken. Natürlich sticht ins Auge, dass der Vergütungssatz bei den studentischen Hilfskräften seit Jahren kaum verändert ist. Er folgt, wie wir wissen, den Vorgaben der Tarifgemeinschaft der Länder, das macht die Situation nicht einfacher und die Situation ist sicherlich nicht ganz zufriedenstellend. Aber wir müssen doch auch berücksichtigen, dass man studentische Hilfskräfte, die neben ihrer Ausbildung im Schnitt vier bis zehn Stunden die Woche tätig sind, nicht in allen Punkten mit Tarifangestellten vergleichen kann.

Für viele Studenten ist die Stelle als studentische Hilfskraft eine willkommene Beschäftigungsmöglichkeit mit direktem Bezug zum Studium, sowohl inhaltlich als auch räumlich, man hat sozusagen kaum Anfahrtswege zum Arbeitsplatz, und nicht zuletzt können die Hochschulen oder die einzelnen Lehrstühle sehr flexibel und projektbezogen mit studentischen Hilfskräften planen, deshalb wäre das, was Sie angesprochen haben, eine Mindestvertragslaufzeit von vier Semestern, auch etwas, was zu einer großen Überregulierung dieses Bereichs der studentischen Hilfskräfte führen würde.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Dann zu den Lehrbeauftragten. Das sehe ich schon etwas anders als Sie. Wir sollten nicht davon ablenken, dass Lehrbeauftragte das Angebot einer Hochschule bereichern. Lehraufträge werden zur Ergänzung des Lehrangebots erteilt, so steht es im Hochschulgesetz, den Paragraphen hatten Sie zitiert.

(Dora Heyenn *DIE LINKE*: Ja, das habe ich gesagt!)

Aber, wenn im Durchschnitt 15 Prozent des gesamten Lehrangebots über Lehraufträge oder Lehrbeauftragte abgedeckt werden, dann spricht das wirklich für eine Ergänzung und nicht für einen Ersatz oder Ähnliches. Dadurch werden auch Studieninhalte angeboten, die vom fest angestellten Lehrkörper nicht immer kurzfristig übernommen werden können, und ich freue mich, dass es viele Lehrbeauftragte gibt, die mit ihrem beruflichen Hintergrund wesentlich dazu beitragen, dass ein Studium Praxisbezug bekommt.

Natürlich kann ein Lehrbeauftragter vom Lehrauftrag alleine nicht leben, wenn er vielleicht ein oder zwei Veranstaltungen in der Woche übernimmt, aber das erfolgreiche Modell der Lehrbeauftragten funktioniert doch gerade dadurch, dass ein Lehrbeauftragter seinen Lebens- und Arbeitsmittelpunkt außerhalb der Hochschule hat

(Dora Heyenn *DIE LINKE*: Das ist es ja nicht mehr!)

und sich nicht nur mit der Hochschule und den Hochschulgremien beschäftigt. Deshalb halte ich

es nicht für sachgerecht, alle Lehrbeauftragten als geringfügig Beschäftigte zu qualifizieren.

Ich denke, das ist das Wesentliche, was sich aus Ihrer Großen Anfrage für uns ergibt. Man kann diese Große Anfrage stellen, das sind interessante Antworten, man kann sie auch debattieren, aber ich glaube, im Wesentlichen ist es damit getan. – Danke.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt die Abgeordnete Frau Bekeris.

Ksenija Bekeris SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Arbeit in der Wissenschaft ist vielfach prekäre Arbeit und ich möchte Herrn Kleibauer mitgeben, dass dies unter anderem die studentischen Hilfskräfte, die wissenschaftlichen Mitarbeiter und die Lehrbeauftragten betrifft. Aber, ist dies ein neues Phänomen? Die Ergebnisse der Großen Anfrage sind ein Indiz dafür, dass Beschäftigung an den Hochschulen ein neues Maß an Prekarität erreicht hat. Deshalb ist es gut und wichtig, dass wir uns mit diesem Thema beschäftigen.

Dieses Thema ist hochaktuell, denn wir sehen anhand der Großen Anfrage, dass es gerade auch die Beschäftigungen der Hochschulen sind, die die Mangelfinanzierung der Hochschulen ausbaden. Lieber Senat, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU- und GAL-Fraktion, während Sie sich monatelang mit einem finanziell hochriskanten Neubauprojekt im Niemandsland beschäftigen, setzen Sie die Qualität von Wissenschaft und Lehre tagtäglich durch schlechte Arbeitsbedingungen aufs Spiel.

(Beifall bei der SPD und bei Norbert Hackbusch *DIE LINKE*)

Denn nur unter exzellenten Arbeitsbedingungen sind exzellente Leistungen in Lehre und Forschung möglich und attraktive Arbeitsbedingungen sind neben anderen Faktoren ein wichtiges Argument für Spitzenforscherinnen und Spitzenforscher, sich für oder eben gegen die Hochschulen in Hamburg zu entscheiden.

Einige Ergebnisse der Großen Anfrage wurden bereits genannt. Ich möchte noch einmal die vier, in meinen Augen besonders eklatanten, Fehlentwicklungen aufzeigen. Die Lehrbeauftragten sind schon angesprochen worden und im Gegensatz zu dem, was Sie gesagt haben, Herr Kleibauer, ist eindeutig festzustellen, dass in zunehmendem Maße Geld für Lehrbeauftragte ausgegeben wird. Das können Sie in der Antwort auf die Große Anfrage wunderbar nachlesen.

(Zuruf: Nicht so laut!)

– Dann muss das Mikro leiser gedreht werden.

(Ksenija Bekeris)

(Beifall bei der SPD und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Die Einbindung von Lehrbeauftragten macht durchaus Sinn, wenn diese an der Hochschule nebenberuflich ihr Praxiswissen weitergeben, aber das ist eben nicht die Praxis. In der Realität ist es für die Lehrbeauftragten oft der Haupterwerb und diese Tätigkeit ist nicht anders als prekär zu nennen. Denn mit der Stundenpauschale werden Vor- und Nachbereitungszeit, Beratung der Studierenden, Korrekturen und andere anfallende Tätigkeiten vergütet. Aber gerade eine gute Beratung, gründliche Korrekturen und die Nachbesprechung von Hausarbeiten sind doch die Dinge, aus denen Studierende wirklich lernen können und Motivation schöpfen. Dabei sind sie auf den guten Willen und die Freizeit der Lehrbeauftragten angewiesen; eine Praxis, die es zu überdenken gilt und wo uns Schleswig-Holstein wohl ein gutes Stück voraus ist.

Beiträge zur Sozialversicherung sind Fehlanzeige und für Lehrbeauftragte ist der Krankheitsfall gleichbedeutend mit einem Einkommensausfall. Dazu kommt, dass Lehraufträge in der Regel nur für ein Semester erteilt werden. Jedes neue Semester bringt damit neue Unsicherheit. Ihren Lebensunterhalt können hochqualifizierte Wissenschaftler oft nur durch Nebenjobs bestreiten. Tatsächlich gibt es nicht nur eine kleine Anzahl von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die vollständig unentgeltlich in der Lehre tätig sind. Der wissenschaftliche Nachwuchs muss für seinen Werdegang Lehrveranstaltungen nachweisen können und Privatdozenten und außerplanmäßige Professorinnen und Professoren sind gezwungen zu lehren, um ihren Status an der Uni und ihre Lehrberechtigung nicht zu verlieren. Nur durch die Selbstausbeutung zahlreicher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist der derzeitige Lehrbetrieb an den Hamburger Hochschulen möglich; das ist ein nicht hinnehmbarer Zustand.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und bei *Hanna Gienow CDU*)

Das Ziel muss eindeutig sein, reguläre Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen zu schaffen. Wie eingangs erwähnt, kostet das Geld, meiner Überzeugung nach wäre es für die Qualität der Hamburger Hochschulen an dieser Stelle aber richtig investiert.

Der zweite Punkt ist die Drittmittelstrategie des Senats. Der Senat verordnet insbesondere der Universität eine deutliche Zunahme der Drittmittel. Drittmittel werden in der Regel projektbezogen für einen bestimmten Zeitraum vergeben. Die daraus entstehenden Beschäftigungsverhältnisse sind damit immer befristet. Befristete Arbeitsverhältnisse stehen sicheren und planbaren Berufsverläufen im Weg. Die Große Anfrage ist ein guter Anlass, die Drittmittelstrategie des Senats kritisch zu beäugen,

denn, so wichtig Drittmittel für die Forschung sind und so wichtig ihre Einwerbung für die Hamburger Universitäten sind, in der Strategie des Senats sind sie vor allem ein Feigenblatt für die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Studiengebühren als Drittmittel zu deklarieren, ist skandalös.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – *Arno Münster SPD*: Das ist eine Sauerei, so was!)

Der dritte Punkt ist die Situation der studentischen Hilfskräfte. Für 7,72 Euro pro Stunde leisten sie unverzichtbare Arbeit im Wissenschaftsbetrieb. Von Planbarkeit ihrer Beschäftigungen ist dabei keine Spur. Verträge werden in der Regel nicht länger als für ein halbes Jahr abgeschlossen, ein Anspruch auf Urlaub und andere Arbeitnehmerinnenrechte geht damit nicht einher. Von der Großen Anfrage leider nicht erfasst werden die zahlreichen Studierenden, die in Form von Werkverträgen an den Hochschulen beschäftigt werden. Hier erfolgt die Bezahlung erst nach Abgabe des Werks; eine noch unsicherere Beschäftigung für die Studierenden. Der Einsatz von Werkverträgen ist ein Punkt, der dringend diskutiert werden muss.

Viertens: Die GAL spricht nach dem Abgang von Monika Auweter-Kurtz von einer Redemokratisierung der Universität. Ich würde mir wünschen, dass es nicht nur bei hohlen Worten bleibt. Einen Ansatz zur Redemokratisierung kann die heutige Debatte liefern, denn obwohl studentische Hilfskräfte und Lehrbeauftragte an der Hochschule tätig und ohne Zweifel für den täglichen Betrieb immens wichtig sind, haben sie als Beschäftigte keinen Einfluss auf die akademische Selbstverwaltung. Wenn sie also tatsächlich eine Redemokratisierung der Universität anstreben, dann weiten Sie die akademische Selbstverwaltung wieder aus, damit an der Universität wieder ein demokratischer Geist gelebt werden kann, und beziehen Sie dabei alle Beschäftigten wieder mit ein.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Exzellente Lehre und Forschung brauchen auch exzellente Arbeitsbedingungen, wir müssen uns deshalb überlegen, wie wir hochqualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an der Universität halten können, und müssen einer weiteren Prekarisierung entschieden entgegenreten.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – *Wolfgang Beuß CDU*: Gibt es da auch ein deutsches Wort für?)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Dr. Gumbel.

Dr. Eva Gümbel GAL:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Bekeris, ich war erstaunt über so viel Ahnungslosigkeit.

(Beifall bei Kai Voet van Vormizeele CDU)

Die vorliegende Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE zur prekären Beschäftigung an den Hamburger Hochschulen lenkt unsere Aufmerksamkeit auf die Situation der studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte, Teilzeitbeschäftigten, befristeten Beschäftigten und Lehrbeauftragten. Ich komme zunächst einmal zu den Hiwis und den studentischen Hilfskräften. Dazu ist zunächst einmal anzumerken, dass es für die Studierenden an der Universität immer ein positiver Umstand ist, wenn sie als Hiwis arbeiten dürfen. Neben dem erzielten Einkommen ist insbesondere die damit verbundene Berufserfahrung für die Studentinnen und Studenten an den Hochschulen als ein wichtiger biografischer Pluspunkt hervorzuheben. Dass diese studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte an der Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes seit Jahren nicht teilhaben, ist eine Fehlentwicklung, für die hoffentlich bald Abhilfe geschaffen wird.

Der Kollege Kleibauer hat das vorhin schon erwähnt, ich möchte jetzt aber einen kleinen Exkurs machen, damit das auch verständlich wird. Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder bestimmt als Zusammenschluss der Arbeitgeber seit 1983 die maximalen Stundensätze für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte. Seit 1993, also seit mehr als 16 Jahren, liebe Frau Heyenn – sie ist jetzt gar nicht anwesend –, wurde die festgelegte Lohnobergrenze nicht mehr an die Preis- und Gehaltsentwicklung angepasst. Das ist in der Tat eine völlig unhaltbare Situation, diese ist aber im März dieses Jahres in Bewegung gekommen. Die Gewerkschaften und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder haben sich bei ihrer Tarifeinigung im März darauf verständigt, Tarifgespräche zur Einbeziehung studentischer und wissenschaftlicher Hilfskräfte zügig aufzunehmen. Damit ist ein Fenster geöffnet, wodurch der Ausschluss der Hilfskräfte aus dem Tarifvertrag der Länder tarifpolitisch überwunden werden kann.

(Beifall bei Antje Möller GAL)

– Da darf man klatschen, finde ich auch.

DIE LINKE hat, das ist von Frau Heyenn gar nicht weiter erwähnt worden, was ich ein wenig symptomatisch finde, DIE LINKE hat nämlich in einer weiteren Frage auf die Situation in Berlin verwiesen. In Berlin werden in der Tat die studentischen Hilfskräfte höher bezahlt, als wir das hier tun, und zwar bekommen sie 3 Euro mehr pro Stunde. Es ist bemerkenswert und gut, dass das in Berlin so geschieht, meiner Ansicht nach ist das aber eigentlich ein Produkt des Zufalls, denn das rot-rot regierte Berlin ist aus der Tarifgemeinschaft der Län-

der ausgestiegen, was, ehrlich gesagt, jedem Gewerkschafter, aber auch mir, die Schuhe auszieht. Denn das haben Parteien entschieden, die von sich behaupten, aus der Tradition der Arbeiterbewegung entstanden zu sein. Schließlich haben diese dann beschlossen, aus der Tarifgemeinschaft auszusteigen mit dem Ziel, nach unten vom Tarifvertrag abweichen zu können und so mit der Lohnsenkung die maroden Staatskassen Berlins zu entlasten.

(Jan Quast SPD: Aber bei der CDU jetzt nicht klatschen!)

– Ja, Herr Quast, Sie sind auch ein SPDler. Das ist schon ein starkes Stück, was Berlin macht.

Jetzt komme ich zu den Lehrbeauftragten. Zu dem, was Frau Heyenn – jetzt ist sie auch wieder da – vorhin ausgeführt hat, muss kritisch angemerkt werden, dass es in der Tat so ist, dass wir im Fachbereich Erziehungswissenschaft bei uns an der Universität über 25 Prozent Lehrverpflichtungen haben, die durch Lehrbeauftragte abgedeckt werden. Das ist natürlich keine als sinnvoll anzusehende Ergänzung des Lehrangebots mehr. Ursprünglich war der Gedanke der, dass bereichert wird, indem man Lehrbeauftragte aus der Praxis hereinholt. An der HCU wird das, wie ich finde, gut umgesetzt.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Mit 35 Prozent Lehraufträgen?)

An der HCU wird das, wie ich finde, gut umgesetzt, weil die, die dort arbeiten, Büros als Architekten haben und es sinnvoll ist, dass das auf diese Weise ergänzt wird.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Umso positiver ist es zu bewerten, dass die schwarz-grüne Koalition mit dem Professorinnenprogramm, die Kollegin Bekeris hat das vorhin schon angesprochen, gezielte Nachwuchsförderung betreibt; ebenso unser Programm Pro Excelentia, hier werden insbesondere Frauen gefördert. Beides sind wichtige Programme, um den Anteil von Frauen an den Hochschulen deutlich zu erhöhen. Ziel der Programme ist es, den gesetzlichen Gleichstellungsauftrag ernst zu nehmen und damit mittelfristig den Frauenanteil an den Professuren auf ein international konkurrenzfähiges Niveau anzuheben.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Nachwuchswissenschaftlerinnen sollen für ihre neuen Führungsanforderungen im Wissenschaftsbetrieb qualifiziert werden. Und will man die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses ändern, dann kommt es ganz entscheidend darauf an, die Rahmenbedingungen zu verbessern. Die Entloh-

(Dr. Eva Gümbel)

nung ist dabei ein Aspekt, aber eben nur einer, Stichwort Tenure Track.

(Zuruf: Aber immerhin einer!)

– Ja, immerhin einer.

Wichtige Bausteine sind auch ein verbessertes Angebot der Kinderbetreuung, die gezielte Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die Möglichkeit des Wiedereinstiegs von Frauen in die Wissenschaftskarriere nach der Kinderzeit und vieles mehr. Darum kümmern wir uns. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus der Drucksache 19/2937 Kenntnis genommen hat.

Ich rufe Punkt 28 der Tagesordnung auf, Bericht des Innenausschusses: Entwurf eines Gesetzes über das Verbot des Mitführens und des Verkaufs von Glasgetränkebehältnissen in bestimmten Gebieten.

[Bericht des Innenausschusses über die Drucksache 19/3253:

Entwurf eines Gesetzes über das Verbot des Mitführens und des Verkaufs von Glasgetränkebehältnissen in bestimmten Gebieten (GlasflaschenverbotsG) (Senatsantrag)

– Drs 19/3397 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Vormizeele, bitte.

Kai Voet van Vormizeele CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Aus den Höhen der Hochschulpolitik nun wieder hinab zu dem, was uns leider tagtäglich in bestimmten Stadtteilen Hamburgs Probleme macht. Heute liegt uns ein Gesetzentwurf vor, der in Deutschland in dieser Form und auch in seiner Auswirkung bisher einmalig ist. Wir müssen dieses Gesetz machen, weil wir auf dem Kiez eine Problemlage haben, die ohne ein solches Gesetz und ohne einen solchen Eingriff nicht in den Griff zu bekommen ist. Wir müssen feststellen, dass die Glasflasche zunehmend als Tatwerkzeug missbraucht wird, um schwere, gefährliche Gewalt auf dem Kiez auszuüben.

Wir müssen dieses Problem in den Griff bekommen und wir haben es, wie ich glaube, richtigerweise versucht, indem wir gemeinsam mit denjenigen, die auf dem Kiez Verkäufer sind, nämlich zum Beispiel mit der IG St. Pauli, aber auch vielen anderen dort Tätigen, zunächst auf Freiwilligkeit gesetzt haben. Ich will ganz offen und deutlich sagen: Ich glaube auch, dass die Freiwilligkeit zu Anfang der

richtige Weg war. Wir können uns bedanken bei den vielen, die mitgemacht haben, zum Beispiel bei der IG St. Pauli, die durchaus sehr erfolgreich dafür Sorge getragen haben, dass viele Betriebe bei diesem Modellprojekt mitgemacht haben.

Aber wir müssen nach über einem Jahr Freiwilligkeit auch feststellen, dass wir leider ein paar schwarze Schafe dabei haben, die diese Art von Freiwilligkeit nicht mitgemacht haben. Wir müssen leider auch feststellen, dass der Effekt, den wir gerne erzielen möchten, nämlich dass die Glasflasche vom Kiez in dem beschriebenen Gebiet verschwindet, durch diese Freiwilligkeit nicht gänzlich zu erreichen ist, und deshalb müssen wir jetzt solche gesetzlichen Maßnahmen ergreifen.

(Vizepräsidentin Nebahat Güclü übernimmt den Vorsitz.)

Wir sind uns dessen sehr bewusst, dass ein solcher Eingriff, ein solches Gesetz, sowohl das Mitführverbot als auch das Verkaufsverbot für Glasflaschen, ein schwerer Grundrechtseingriff ist. Wir tun das nicht leichtfertig und unbedacht, sondern wir sind uns dieser Lage durchaus bewusst. Aber wir haben sehr intensiv und sehr lange abgewogen, ob wir es uns bei der Bedrohung, die wir auf dem Kiez haben, bei den potenziellen Verletzungen, die wir Wochenende für Wochenende dort erleben können und teilweise auch immer wieder erleben, wirklich leisten können, weiterhin nichts zu tun. Das sehen wir anders, wir glauben, dass dieses Gesetz, diese beiden Verbote, sowohl das Verkaufsverbot als auch das Mitführverbot, die angemessenen und richtigen Maßnahmen sind, um auf dem Kiez in dem beschriebenen Gebiet dieses Tatwerkzeug Glasflasche auszuschalten.

(Beifall bei der CDU und bei Antje Möller GAL)

Ich will ganz deutlich sagen, dass es wichtig ist, dass wir wirklich beides einführen. Wir haben auf der einen Seite künftig ein Mitführverbot in diesem besagten Gebiet, das deckungsgleich mit der Waffenverbotszone ist, aber wichtig war und ist es uns, dass wir auch ein Verkaufsverbot auf dem Kiez aussprechen. Es kann nicht sein, dass wir den Menschen dort sagen, ihr dürft die Glasflasche nicht mit euch führen, aber gleichzeitig in jeder Tankstelle und in jedem Kiosk die Möglichkeit besteht, sich eine solche Glasflasche zu kaufen. Das ist nicht vermittelbar und ich glaube, auch da müssen sich die Gewerbetreibenden auf dem Kiez klar und deutlich zu ihrer Mitverantwortung bekennen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL und der SPD)

Klar ist aber auch, dass wir den Charakter des Kiezes nicht verändern wollen. Keiner von uns kommt auf die Idee, den Kiez mit unnötigen Verboten zu überziehen, und keiner von uns in der Koalition ist der Auffassung – und das unterscheidet uns auch

(Kai Voet van Vormizeele)

deutlich von den Kollegen der SPD –, dass wir dort künftig ein Alkoholverbot brauchen. Das wäre der falsche Weg; der Kiez ist und bleibt ein Amüsierviertel und wir erleben dort Wochenende für Wochenende, dass sich dort teilweise weit über 100 000 Menschen amüsieren. Das soll auch weiterhin so bleiben, nur wir müssen dort, wo Exzesse vorkommen, versuchen, diesen mit angemessenen Mitteln zu begegnen.

Wir haben uns in der Ausschussberatung von der Polizei, wie ich finde, sehr überzeugend darstellen lassen, dass sie in der Lage sein wird, insbesondere in der Anfangsphase dieses neu ausgesprochene Mitführverbot und auch das Verkaufsverbot von Glasflaschen zu überwachen und zu kontrollieren. Das haben wir bereits sehr erfolgreich bei dem Mitführverbot von Waffen erlebt, wichtig ist mir aber auch, und das will ich ganz klar betonen, dass sich keiner von den anderen beteiligten Behörden aus der Verantwortung herausziehen kann. Der Bezirk Hamburg-Mitte hat inzwischen zahlreiche BOD-Kräfte, wir haben es gerade noch einmal im Rahmen einer Kleinen Anfrage dargestellt. Es gibt dort bereits jetzt allein 21 vorhandene BOD-Kräfte und diese Zahl ist gerade noch einmal um weitere 11 aufgestockt worden, es sind also insgesamt 32 BOD-Kräfte. Das ist weit mehr, als jeder andere Hamburger Bezirk hat.

Ich finde es nicht akzeptabel, wenn im Rahmen der Beantwortung meiner Kleinen Anfrage gesagt wird, der Bezirk Hamburg-Mitte werde künftig zweimal zwei Stellen einsetzen, um dieses neue Verbot auf St. Pauli zu kontrollieren. Ich sage ganz deutlich, dass diese elf Stellen, zum Beispiel die Asklepios-Rückkehrer, nach Hamburg-Mitte gekommen sind, weil wir von Hamburg-Mitte erwarten, dass die elf Stellen in diese Aufgabe einbracht werden.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wir werden genau darauf aufpassen, dass das auch geschieht. Sollte dies in Hamburg-Mitte nicht geschehen, werden wir sehr schnell Sorge dafür tragen, dass über eine Umverteilung dieser Stellen zugunsten anderer Bezirke nachgedacht wird.

(Beifall vereinzelt bei der CDU)

Wir glauben, dass dieses Gesetz ein gutes und notwendiges Gesetz ist, aber wir sind uns der Schwere bewusst. Deshalb haben wir eigens ein automatisches Verfallsdatum in dieses Gesetz eingebaut. Es gilt vier Jahre nach Verkündung und wird, wenn die Bürgerschaft nicht anders tätig wird, nach vier Jahren automatisch außer Kraft treten. Sollten wir merken, dass wir auch nach vier Jahren weitere gesetzliche Maßnahmen brauchen, dann müssen wir als Bürgerschaft, als Parlament aktiv werden. Aber ich hoffe, dass wir mit diesem jetzigen punktuellen Einsatz vielleicht in vier Jahren eine Lage haben werden, die eine Fortsetzung eines

solchen Gesetzes dann nicht mehr notwendig machen wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD: Ich sehe schon wieder die Vorfreude bei den Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben dieses Gesetz seit Langem gefordert und deshalb stimmen wir hier auch mit voller Überzeugung zu. Es ist ein wichtiger Beitrag für die Gewaltbekämpfung auf dem Kiez. Durch unsere Bereitschaft zur schnellen Beratung im Innenausschuss haben wir den Weg dafür freigemacht, dass es noch vor der Sommerpause in Kraft treten kann. Bei allen Unterschieden, die wir vielleicht in der einen oder anderen Frage haben, ist das ein guter Punkt, weil wir dadurch einen Sicherheitsbeitrag leisten.

Die Frage der Freiwilligkeit der bisherigen Selbstverpflichtung war sicherlich am Anfang ein richtiger Versuch. Sie haben nur zu lange auf diese Freiwilligkeit gesetzt, weil schon nach wenigen Wochen klar war, dass diese freiwillige Selbstverpflichtung eben nicht greift. Das haben der Kollege Grote und ich schon in einer Debatte, die wir im letzten Herbst hier geführt haben, vorgetragen. Da hätten Sie einschreiten und dieses Gesetz auf den Weg bringen müssen. Da haben Sie zu lange gewartet.

Das ist der eine Punkt, der andere betrifft die Frage der Durchsetzung. Jetzt beschließen wir ein weiteres Verbotsgesetz, was umgesetzt werden muss. Darüber haben wir im Innenausschuss bereits gesprochen. Ein solches Gesetz kann nur dann sinnvoll sein, wenn auch die Kontrollen nachher vernünftig funktionieren. Wir beschließen es just an einem Tag, wo Personalversammlung bei der Hamburger Polizei war – wir haben auch Besuch von der Deutschen Polizeigewerkschaft, herzlich willkommen hier im hohen Hause – und wo das Thema der Personalsituation bei der Polizei sehr wohl angesprochen worden ist. Durch dieses weitere Verbotsgesetz wird nun ein zusätzlicher Kontrollaufwand produziert, gleichzeitig schmilzt die Personaldecke bei der Polizei weiter zusammen. Mehr Gesetze, weniger Personal, das kann letztlich nicht die Gleichung sein, mit der man so etwas in die Wege leitet. Wir haben Vorschläge dazu gemacht, die Sie abgelehnt haben. Wenn wir hören, dass Sie teilweise bereits Streifenwagen nicht mehr ordentlich besetzen können, dann stellt sich schon die Frage, wie Sie dann dieses Gesetz hier durchsetzen wollen.

(Beifall bei der SPD – Kai Voet van Vormizeele CDU: Sie hätten im Innenausschuss mehr zuhören sollen!)

(Dr. Andreas Dressel)

Der Kollege Grote und ich haben Ihnen im letzten Herbst schon deutlich gemacht, dass es nicht so laufen kann wie beim Waffenverbot. Man macht dann einmal medienwirksam ein paar Schwerpunktheinsätze am Anfang,

(Glocke)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü (unterbrechend): Dr. Dressel, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Dr. Andreas Dressel (fortfahrend): Ja, Herr Warnholz, immer gerne.

Zwischenfrage von Karl-Heinz Warnholz CDU: Herr Kollege Dr. Dressel, es ist Ihnen doch bekannt, dass wir, seitdem die CDU an der Regierung ist, über 700 Polizisten mehr haben als zu der Zeit, als Sie an der Regierung waren. Bitte seien Sie ehrlich.

Dr. Andreas Dressel (fortfahrend): Ich bin da immer ehrlich, ich habe auch immer gesagt, dass Sie seit 2001 sehr wohl Personalzuwachs geleistet haben. Das Problem ist nur, dass Sie jetzt Fehler machen, die auch vorher begangen worden sind. Sukzessive wird dieses Personal wieder abgebaut. Schauen Sie sich die Personalentwicklungsplanungen der Polizei an, schauen Sie, was im Personalbericht jetzt für die nächsten Jahre drinsteht. Da geht es rapide abwärts und deshalb haben Sie an der Stelle nichts gelernt, Herr Warnholz.

(Beifall bei der SPD)

Um noch einmal konkret auszuführen, wie es beim Waffenverbot war: Sie haben am Anfang Schwerpunktheinsätze gemacht, fleißig die Medienleute mit dabei gehabt und schön gute Bilder gemacht. Als später die Kameras weg waren, wurde sukzessive auch in den Wochenendnächten das Personal nicht auf dem Level gehalten, das nötig gewesen wäre, um ein solches Verbot durchzusetzen. Das war beim Waffenverbot so, jetzt kommt ein weiteres Verbot hinzu, das Sie personell nicht so flankieren, wie das notwendig ist. Fragen Sie einmal die Kolleginnen und Kollegen der Polizei. Dort oben sitzen sie, Herr Voet van Vormizeele, es ist zu kurz gegriffen, wenn Sie dafür keine Lösung anbieten.

(Beifall bei der SPD – Zuruf Kai Voet van Vormizeele CDU)

Deshalb ist es ein sehr plumpes Ablenkungsmanöver, zu sagen, dieses Gesetz kann nur greifen, wenn Markus Schreiber alle seine BOD-Kräfte einsetzt. Sie müssen das einmal ins Verhältnis setzen zu der Personalsituation bei der Polizei, da haben wir natürlich einen ganz anderen personellen Rahmen. Man kann nicht so tun, als ob mit BOD-Kräften allein diese Sache in den Griff zu bekommen wäre. Diesen Eindruck haben Sie hier erweckt,

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Nein!)

indem Sie das so prominent benannt haben. Das ist ein plumpes Ablenkungsmanöver, das wir Ihnen auch vor Ort nicht durchgehen lassen werden.

(Beifall bei der SPD – Kai Voet van Vormizeele CDU: Also ziehen Sie Ihre Verantwortung jetzt raus!)

Wir haben über die Umsetzung gesprochen, wir haben auch über das Thema der Überprüfung des Gesetzes gesprochen und da möchte jetzt einmal ein Lob an die Regierungskoalition loswerden, dass wir gemeinschaftlich im Innenausschuss noch eine Überprüfungsklausel in das Gesetz aufgenommen haben. Das ist ein wichtiger Punkt. Gerade weil das Gesetz mit Verfallsdatum versehen ist, werden wir uns seine Wirkung immer wieder anschauen müssen. Wir haben in der Anhörung von Pastor Paulekun aus der Kirchengemeinde St. Pauli gehört, dass er die Sorge hat, dass dieses Gesetz die Verdrängung der Problemlage in den südlichen Bereich, in den Antonipark, in den Bereich des Hein-Köllisch-Platzes, Richtung Elbufer bewirkt. Deshalb muss man hier sehr genau schauen, ob die Grenzen, die im Gesetz genannt sind, auch richtig gezogen sind. Insofern finden wir es ausdrücklich gut, dass wir uns nach zwei Jahren darüber miteinander noch einmal auseinandersetzen können. Ich möchte abschließend noch einen Punkt zum Thema Alkohol anführen. In der Tat sollte uns bei einem Befund, dass mittlerweile fast die Hälfte der Gewalttaten auf dem Kiez unter Alkoholeinfluss begangen wird – mit steigender Tendenz –,

(Wilfried Buss SPD: Wie in der Politik!)

das Thema selbst- und vor allem auch fremdgefährdender exzessiver Alkoholkonsum in dem Zusammenhang beschäftigen. Wir als SPD haben schon die Hoffnung, dass dieses Glasflaschenverbot nicht nur die Wirkung entfaltet, dass dann in Pappbecher umgefüllt wird, sondern dass es auch ein bisschen mit dazu beiträgt, dass dieser exzessive Alkoholkonsum auf der Straße ein Stück weit eingedämmt wird. Das werden wir hoffentlich auch im Rahmen dieser Evaluation feststellen können. Man muss über diese Punkte sprechen, Patentlösungen hat da keiner. Wir haben in dem Punkt auch Prüfaufträge benannt, aber hier nicht abschließend gesagt, so oder so wollen wir es haben. Wir sind gemeinsam in der Verantwortung, dafür zu sorgen, dass diesen alkoholbedingten Gewaltexzessen auf dem Kiez Einhalt geboten wird. Da müssen die Maßnahmen auf den Prüfstand und deshalb werden wir uns auch das weiter anschauen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat die Abgeordnete Möller.

Antje Möller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dr. Dressel, Sie machen interessante Schleifen und Kehren um das Thema herum, aber sagen relativ wenig darüber, wie Sie sich denn eigentlich mit uns gemeinsam die Umsetzung dieses Gesetzes und dieser Regeln vorstellen. Das ist das Entscheidende. Im Ausschuss hatten wir das auch schon, die einzigen Fragen, die Sie gestellt haben, waren Fragen zu den Ressourcen der Polizei. Sie haben Ihre Zweifel sehr deutlich gemacht, dass die Umsetzung nicht gelingen kann, weil es zu wenig Kontrollmöglichkeiten gibt. Ich glaube, die Umsetzung wird nicht gelingen, wenn es uns nicht gelingt, das Gesetz in dieser Stadt bekannt zu machen, zu begründen, warum es notwendig ist, und dann gemeinsam dafür zu sorgen, dass es Akzeptanz findet. Das wird das Entscheidende sein.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Ich kann mich gerne noch mal wieder zu Wort melden!)

Herr Voet van Vormizeele hat ausführlich dargelegt, wie unsere Debatte war und weshalb wir zu dieser Regelung gekommen sind und auch aus Sicht der GAL-Fraktion im Moment zu keiner anderen Regelung kommen konnten. Um überhaupt die Atmosphäre, dass man auf dem Kiez mit der Glasflasche in der Hand sitzt und trinkt, verändern zu können, braucht man tatsächlich beides, das Verkaufsverbot und das Verbot des offenen Mitführens. Gleichzeitig müssen wir allen, die in diese Stadt oder auf den Kiez kommen, deutlich machen, dass der Partyspaß an sich eben nicht an der Flasche hängt, sondern möglicherweise an dem, was in der Flasche ist. Da hat Herr Dr. Dressel sicherlich recht, aber daraus ein Thema zu machen, dass wir ein Alkoholverbot auf dem Kiez brauchen, führt im Endeffekt vielleicht doch dazu, dass es ein irgendwie exotischer Garten wird, aber nichts mehr von dem übrig bleibt, was den Kiez ausmacht. Das wäre auch eine Debatte, aber nicht die, die wir hier führen wollten. Im Fußballstadion und in Konzerthallen hat man das längst umgesetzt, was wir jetzt für ein zugegebenermaßen großes Gebiet wollen, und es wird eine Herausforderung sein, genau diese Atmosphäre, die sich in den Stadien oder bei Konzerten tatsächlich nicht verändert hat, auch auf dem Kiez erhalten zu können. Da fand ich die Expertenanhörung, die wir durchgeführt haben, tatsächlich interessant, denn bis auf die Vertreterin der IG St. Pauli, die sich sehr deutlich gegen das Verkaufsverbot geäußert hat, haben wir doch von dem St.-Pauli-Pastor, ich sag das mal so despektierlich, und dem Experten vom Institut für Konfliktaustragung und Mediation gehört, dass es eben darum geht, wie wir den Menschen vermitteln, was wir von ihnen wollen. Die Bewohnerinnen und Bewohner des Kiezes werden – davon bin ich überzeugt – diese Regelungen offensiv mittragen. Das Verbot erleichtert

für sie das Leben nicht nur, weil die Menge der Scherben geringer wird, sondern weil vielleicht tatsächlich das Gesamtgefühl auf dem Kiez sich in ein etwas sichereres verwandelt, als es jetzt möglicherweise vorhanden ist.

Die Frage bleibt also: Was macht den Kiez dann aus, wenn wir dieses Gesetz umgesetzt haben? Man darf erstens keine Waffen tragen und zweitens nicht aus Flaschen trinken und kann sie auch dort nicht kaufen. Das ergänzt das Repertoire der Touristen und Touristinnen, die zu Hause erzählen können, was es hier in Hamburg alles so zu erleben gibt. Unsere einheimischen Partygängerinnen und Partygänger werden die Party dort trotzdem finden und feiern können. Ziel dabei ist natürlich nicht, möglichst viele Bußgelder einzutreiben, für den Haushalt vielleicht nicht uninteressant, aber wir wollen eine Akzeptanz des Gesetzes bei den Besucherinnen und Besuchern schaffen durch direkte Ansprache. Zur Umsetzung des Gesetzes wurde ein Konzept erarbeitet, das uns im Innenausschuss vorgestellt wurde, sprich es werden 26 Altglascontainer an den Außengrenzen dieser Zone aufgestellt, die auch den Bereich der Waffenverbotszone umfasst. Es wird die Möglichkeit geben, die Flasche loszuwerden, genauso wie höfentlich ein Einvernehmen darüber erzielt wird, dass es genug Möglichkeiten gibt, das darin befindliche Getränk umzuschütten. Man muss auf der anderen Seite natürlich auch mit dem Handel und den Gaststätten vor Ort reden. Ich würde mir wünschen, dass es nicht nur dazu kommt, dass zu den Verbotszeiten die Regale einmal geleert und umgeräumt werden und um sechs Uhr am Montagmorgen dasselbe Sortiment vom Freitag wieder reinkommt, sondern dass es uns gelingt, dauerhaft das Sortiment zu verändern, nicht bezogen auf den Alkoholanteil, sondern auf die Verpackung, dass wir also dauerhaft weniger Verkäufe von Getränken in Flaschen auf dem Kiez haben werden und wir nicht nur am Wochenende eine verbesserte Situation haben werden, sondern durchgängig die ganze Woche.

(Beifall bei der GAL)

Herr Buss, man muss sich dann in diesem Zusammenhang noch einmal mit dem Argument der IG St. Pauli befassen, dass das Autofahren auch nicht verboten wird oder weiterhin Waffen auf dem Kiez verkauft werden dürfen. Wenn sich da ein Vergleich zwischen Glasflaschenverkauf und Waffenverkauf anstellen lassen sollte, finde ich den zumindest sehr hinkend. Es geht darum, deutlich zu machen, dass der Spaß und auch die Umsatzmöglichkeiten für die eine wie für die andere Seite nicht an der Verpackung der alkoholischen Getränke liegen.

Die Außengastronomie wird sich natürlich massiv verändern, aber auch da tut es dem Spaß keinen

(Antje Möller)

Abbruch, ob man aus einem Glas oder aus einer Flasche trinkt.

(Beifall bei *Farid Müller GAL*)

Weiterhin ist natürlich entscheidend, dass wir die Menschen, die dort ihr Geld verdienen, bei der Umsetzung des Gesetzes mitnehmen müssen. Kultur, Kommerz, Szene und wir – die Stadt, die Politik und der Bezirk – müssen Kreativität entwickeln, damit für die 100 000 Menschen am Wochenende der Umgang mit dieser informellen Hausordnung, die nicht allen schriftlich in die Hand gedrückt wird, aber die auf Schildern zu erkennen ist, zur Selbstverständlichkeit wird.

Das Gesetz wird evaluiert werden und wenn wir vorher feststellen, dass sich überhaupt nichts verändert oder dass sich alles verändert und der Kiez an Attraktivität verliert, dann haben wir das Thema wieder hier. Aber erst einmal bin ich optimistisch, dass wir mit dieser Entscheidung den richtigen Weg gehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat die Abgeordnete Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Es ist wohl unbestreitbar, dass es ein Gewaltproblem auf dem Kiez gibt, ein Problem, das dort überwiegend nicht entsteht, sich aber dort entlädt. Ich appelliere immer wieder daran, dass man auch über die Ursachen von Gewalt sprechen muss und es nicht bei begrenzten oder auch größeren Verboten belassen darf.

Es ist wohl auch unbestreitbar, dass es ein Problem mit Glasflaschen gibt, weil sie bei vielen Verletzungen eben doch als Waffen eingesetzt werden. Ich will auch nicht bestreiten, dass ich das Gesetz den Buchstaben nach vergleichsweise maßvoll und verhältnismäßig finde. Aber ich sehe ungelöste Probleme bei der Durchsetzung und deshalb werden wir dem Gesetz auch nicht zustimmen.

Zunächst ist der Nachweis meines Erachtens nicht erbracht, dass die Freiwilligkeit ausgeschöpft ist. Die Vertreterin der IG St. Pauli – Vertreterin des Brauereiverbandes, das muss man durchaus sagen – war der Auffassung, dass die Freiwilligkeit noch längst nicht erschöpft ist, und sie sah weitere Perspektiven, den Grad der Beteiligung am Glasflaschenverkauf auszuweiten. Das ist nicht widerlegt, die Informationen waren vorher auch andere, nämlich, dass diese Freiwilligkeit erschöpft sei.

Vor allem aber sehe ich das Konzept der Umsetzung dieses Gesetzes als sehr problematisch an. Die Probleme des Glasflaschenverkaufs oder der Mitführung von Glasflaschen, die eigentlich durch

das Gesetz gelöst werden sollen, werden von dem Gefahrengelände selbst an die Grenzen des Gefahrengeländes verlegt. Wir alle wissen, es gibt das Problem des Vorglühens, die Jugendlichen bringen Alkohol von zu Hause mit, den sie woanders gekauft haben, sie haben die Flaschen dabei, man sieht es schon in den Bahnen, und trinken. Sie werden sich in Gebiete jenseits der Grenzen, in denen sie die Flaschen nicht mitführen dürfen, verziehen. Da werden die Menschenansammlungen größer werden, da wird es Gedränge geben, da wird der Müll zunehmen, das ist in der Anhörung deutlich geworden, die Belästigung der Anwohner durch die vorglühenden Kiezbesucher und Kiezbesucherinnen wird ansteigen und so weiter. Ich sehe darin ein großes Eskalationspotenzial, was nicht gelöst ist. Im Ausschuss stellte sich die Frage, wie es denn umgesetzt wird. Es ist undenkbar, dass es so laufen wird, wie ich es neulich einmal zufällig in Köln erlebt habe. Da hat die Bahn gehalten, man darf da keinen Alkohol mitnehmen, der Fahrer hat zu zwei jungen Frauen gesagt: Der Sekt wird in zwei Minuten ausgetrunken oder ihr müsst raus. Da haben die eine Flasche Sekt in zwei Minuten geleert.

(*Wilfried Buss SPD: Sauber!*)

Das kann nicht der Sinn der Sache sein, das leuchtet mir auch ein, aber es liegt ein großes Eskalationspotenzial darin. Es gab die klare Ansage der Polizei, dass sie selbstverständlich den Jugendlichen den Alkohol abnehmen und ihn weggeschütten wird. Wenn sich da Menschenmengen versammeln, mit ihren Flaschen kommen und ihnen wird der Alkohol weggeschüttet, dann sehe ich die Gefahr, dass da ordentlich etwas abgeht. Das kann mir keiner ausreden, dass sich dann ein Eskalationspotenzial ergibt, das mit dem Gesetz wahrscheinlich nicht beabsichtigt ist, für das es aber auch kein Konzept gibt, wie man damit fertig wird.

Die GAL hat gesagt, das finde ich auch eigentlich vernünftig und ganz nett, dass man Kreativität entwickeln muss, wie man damit umgeht. Aber es hat sich gezeigt, dass es schon einen deutlichen Dissens zwischen GAL und CDU gab. Solche Vorschläge wie die Einrichtung von Umfüllstationen sind bei der CDU bestenfalls auf ein Lächeln gestoßen und ich sehe im Moment auch nicht, wie diese Kreativität sich da entwickeln soll. Also wie gesagt, ich konzidiere das Problem, aber wenn man die genannten Einwände abwägt und wenn man abwägt, was Herr Voet van Vormizeele ausdrücklich gesagt hat, dass es sich um einen nicht unbeträchtlichen Eingriff in Grundrechte handelt, meine ich, sollte man weiter darüber nachdenken, wie man das Problem anders löst. Deshalb lehnen wir das Glasflaschenverbot ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Senator Ahlhaus.

Senator Christoph Ahlhaus: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal freue ich mich, dass es in diesem Haus einen so breiten Konsens fast aller für dieses Gesetz gibt, und das über die meisten Fraktionsgrenzen hinweg, auch wenn ich die Bedenken auf der ganz linken Seite, also politisch, nicht räumlich, ganz und gar nicht nachvollziehen kann. Es handelt sich nicht um Regelungswahn, Frau Schneider, wie Sie es in einer Pressemitteilung bezeichnet haben, sondern es gibt das Problem, was Sie auch selbst eingestehen. Natürlich kann man es noch länger mit der Freiwilligkeit probieren. Sie sagen, man müsse es noch länger damit probieren, die Kollegen gleich nebenan sagen, dass das schon viel zu lange gedauert und alles nichts gebracht habe. Also sind wir doch mit der Gesetzesvorlage, die auch von allen als maßvoll bezeichnet wird, zeitlich genau in der goldenen Mitte. Es bietet sich an, dass man heute noch einmal ganz sachlich überlegt, warum wir dieses Gesetz brauchen. Denn natürlich bringt dieses Gesetz einen Grundrechtseingriff mit sich und deswegen muss man noch einmal fachlich und sachlich diskutieren, worum es hier eigentlich geht.

Es ist schon richtig, was Frau Möller gesagt hat. Herr Dr. Dressel, Sie können gleich darauf antworten. Sie schaffen es wirklich immer und bei jedem Thema irgendwie Ihre Pirouette zu drehen und zu Ihrem Thema zurückzukommen. Wir könnten über Feuchtbiopte in Volksdorf sprechen, Sie kämen trotzdem zum angeblichen Stellenabbau bei der Polizei.

(Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Das ist auch eine Kunst, Herr Ahlhaus!)

Wir sind uns einig – also vielleicht nicht alle, aber wir beide sind uns einig –, dass wir uns freuen würden, wenn es Möglichkeiten gäbe, noch mehr Polizeistellen zu schaffen, um die Polizei mit ihren gestiegenen Aufgaben zu entlasten. Da sind wir uns einig. Aber der Unterschied ist, Herr Dr. Dressel, dass wir in unserer Regierungszeit den politischen Willen haben, es aber mit einer Weltwirtschaftskrise zu tun haben, die uns ein bisschen daran hindert, das Füllhorn auszuschütten,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Aber Sie haben schon Stellen abgebaut, da gab es noch gar keine Krise!)

– Sie regen sich darüber auf, dabei habe ich noch gar nichts gesagt.

Aber Sie hatten in ihrer Zeit, als man das Füllhorn anderweitig ausschütten konnte und wollte, nicht einmal den politischen Willen, zu unserer Polizei zu stehen, das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CDU und bei Horst Becker GAL)

Bei aller Polemik, die leider immer wieder dazu kommt, möchte ich aber ein herzliches Dankeschön an alle sagen, die es ermöglicht haben, dass wir die Beratung dieses wichtigen Gesetzes sehr schnell hier in den Ausschussberatungen realisieren konnten. Damit machen wir für St. Pauli einen wichtigen Schritt.

Warum wollen wir dieses Gesetz? Der Grund dafür ist, dass im Jahr 2008 im Bereich der Reeperbahn auf Straßen, Wegen und Plätzen in fast 130 Fällen Glasflaschen als Tatmittel, quasi als Waffe eingesetzt wurden. Dabei ging die Anzahl dieser Vorfälle im Jahr 2008 zwar zunächst tendenziell zurück, aber in den ersten Wochen und Monaten des Jahres 2009 zeichnet sich eine Stagnation der Zahlen ab. Der tendenzielle Rückgang ist vor allem auch ein Erfolg des freiwilligen Verkaufsverzichts. Insofern ist es richtig, an dieser Stelle noch einmal allen Beteiligten vor Ort und insbesondere den Vertretern der IG St. Pauli herzlich zu danken. Sie haben viel Kreativität entfaltet, viel Überzeugungsarbeit geleistet und damit auch für das Miteinander auf dem Kiez einen entscheidenden Beitrag geleistet, der, wie Frau Möller auch gesagt hat, über Verbote hinaus vielleicht ein wichtiger Beitrag für eine friedliche und sinnvolle Kiezkultur sein kann.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Es war sehr richtig, zunächst auf Freiwilligkeit zu setzen und nicht gleich mit der Verbotskeule zu kommen. Das schafft nämlich nun eine breite Akzeptanz, vor allem auch bei den Geschäftsleuten, die von dem Gesetz betroffen sein werden. Auch wenn manch einer sagen mag, angesichts von drei bis vier Millionen Besuchern im Jahr auf dem Kiez, angesichts der Menschenmassen, die wir jedes Wochenende auf dem Kiez haben, ist die Zahl der Straftaten möglicherweise zu gering, um solch ein Gesetz zu begründen. Das mag mathematisch vielleicht sogar richtig sein, aber angesichts der Bilder, die wir alle noch im Kopf haben von Verletzungen durch abgeschlagene Glasflaschen ist eins klar: Jede Tat ist eine zu viel und je schneller wir handeln und dieses Gesetz in Kraft tritt, umso besser. Den Inhalt des Gesetzes kennen Sie, uns geht es darum, die Glasflaschen und ähnliche Behälter zu bestimmten Zeiten, insbesondere an Wochenenden, auf der Reeperbahn und in angrenzenden Straßen zu vermeiden. Eines ist mir auch wichtig: Durch die zeitliche Begrenzung und die Ausnahmen soll den Interessen von Gewerbetreibenden und auch Anwohnern Rechnung getragen werden. Wir überziehen nicht, sondern wir handeln mit Augenmaß, indem wir den Eingriff zeitlich und räumlich begrenzen und im Übrigen auch befristen, um früh genug die Wirksamkeit zu überprüfen. Sogar Frau Schneider hat uns eben zugestanden, dass dieses Gesetz nicht unverhältnismäßig ist. Da

(Senator Christoph Ahlhaus)

frage ich mich natürlich schon, ob wir vielleicht bei dem einen oder anderen noch ein bisschen hätten nachsteuern müssen. Aber insgesamt handelt es sich um einen sehr verhältnismäßigen Kompromiss. Auch geht es uns nicht, das will ich noch einmal deutlich in die Richtung eines kommunikativen Abgeordneten sagen, um den Inhalt, sondern um die Verpackung. Im Gegensatz zur SPD will der Senat den Kiez nicht trockenlegen. Irgendwann haben wir auch einmal genug Verbote und es muss uns gemeinsam gelingen, den Spagat zwischen einer einmaligen Kiezkultur, einem Vergnügungsviertel, welches auch gewisse Besonderheiten mit sich bringt, und natürlich den berechtigten Sicherheitsinteressen, die auch ein Stück Attraktivität dieses Stadtteils sind, in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Daher ist das Gesetz erforderlich. Es kommt zur rechten Zeit und das Verbot, Glasflaschen mitzuführen und zu verkaufen, ist ein weiterer wichtiger Baustein, um Straftaten zu verhindern, und damit Teil unseres bereits bestehenden Maßnahmenbündels für den Kiez. Es gibt nämlich, lieber Herr Dr. Dressel, bereits eine erhöhte Polizeipräsenz vor Ort. Speziell an Wochenenden haben wir auf dem Kiez eine der höchsten Polizeidichten und, Frau Schneider, da provozieren die Polizisten übrigens auch nicht, sondern da ist es ein gutes Miteinander. Neben der Videoüberwachung zur Prävention und Strafverfolgung, neben dem Waffentrageverbot und neben den regelmäßigen lageabhängigen Kontrollen unserer Polizei wird das Glasflaschenverbot dieses sehr umfangreiche Konzept noch ergänzen. Dieses Konzept für die Sicherheit der Menschen vor Ort werden wir auch künftig weiterverfolgen und ich bin überzeugt, dass die Polizei das Glasflaschenverbotsgesetz einerseits besonnen und sensibel, andererseits aber auch mit der nötigen Konsequenz durchsetzen wird. Das gelingt ihr beim Waffentrageverbot, und das wird ihr beim Glasflaschenverbot gelingen. Auch wenn es hier und da vielleicht einmal etwas eng ist, kann ich Ihnen versichern, Herr Dr. Dressel, dass die Umsetzung des Glasflaschen- und Waffentrageverbotes und der Vollzug prioritäre Aufgaben sein werden. Wir machen nicht Verbote und kümmern uns dann nicht darum, dass sie auch vollzogen werden. Deshalb seien Sie beruhigt, ich bin davon überzeugt, dass es genauso gut funktionieren wird wie beim Waffentrageverbot. Wir werden, wenn wir dann evaluiert haben, feststellen, dass dieses Gesetz ein Erfolg war. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte noch kurz auf einige Punkte eingehen. Bezüglich der Stellen wären wir schon froh, wenn Sie Ihr einstiges Level

halten könnten. Jetzt gucke ich in das grinsende Gesicht von Herrn Warnholz, der genau weiß, dass es die 700 Stellen, von denen er vorhin gesprochen hat, in dieser Form nicht mehr gibt, sondern dass die Stellen permanent weiter abgebaut werden. Lassen Sie mich die Situation einmal ganz konkret für den Kiez am PK 15 darstellen. Da hatten Sie 2002 noch 146 Stellen und heute sind wir bei 133 Polizeivollzugsbeamtenstellen.

(Wilfried Buss SPD: Hört, hört!)

Das ist die Realität und diese Lücke füllen Sie am Wochenende mit zusätzlichen Kräften auf,

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Aus starken zentralen Kräften!)

aber am Waffenverbot hat sich doch gezeigt, dass Sie dieses Level brauchen, um das zusätzliche Verbotsgesetz auch so umzusetzen, dass es greift. Insofern können und wollen Sie Ihr Versprechen nicht halten und streuen den Leuten Sand in die Augen, anstatt ihnen die Wahrheit zu sagen.

(Beifall bei der SPD)

Der Senator schiebt die Wirtschaftskrise vor und sagt, wenn sie nicht wäre, hätte man gerne das Füllhorn ausgeschüttet und auf den Stellenabbau verzichtet. Dieser ist bereits 2005 losgegangen und da hatten wir, wenn ich mich recht erinnere – ich blicke gerade zu unserem Kollegen Tschentscher – noch keine Wirtschafts- und Finanzkrise. Sie haben schon vorher Stellen abgebaut und jetzt verstecken Sie sich hinter der Wirtschaftskrise. Das ist bestimmt nicht das, was die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Hamburg hören möchten und es ist auch nicht das, was die Sicherheitslage vor allem auf dem Kiez verlangt.

Der zweite Punkt betrifft noch einmal das Thema Alkohol. Unsere Fraktion will den Kiez nicht trockenlegen,

(Beifall bei der SPD)

das ist weder Inhalt unserer Fraktionsbeschlüsse noch der unserer Anträge. Wir sagen nur, dass wir uns mit dem Thema Gewaltexzesse unter Alkoholeinfluss beschäftigen und das entsprechende Instrumentarium weiterentwickeln müssen; das betrifft präventive und repressive Fragen und ich verstehe nicht, warum Sie sich dieser Diskussion so sehr verweigern.

(Elke Thomas CDU: Was? Das stimmt doch nicht!)

Ich möchte noch einmal an den Bürgergipfel von "Hamburg 1" und "BILD Hamburg" erinnern – ja, das wollen Sie nicht wissen, aber lesen Sie einmal die Überschrift: "Saufgelage sind der Tod für den Kiez". Über dieses Thema wird vor Ort diskutiert, dazu werden Antworten von uns verlangt. Im Artikel in der "Bild"-Zeitung hat sich sowohl der Leiter der Davidwache zu dem Punkt geäußert als auch

(Dr. Andreas Dressel)

interessanterweise Herr Ahlhaus, der Punkte genannt hat, bei denen Handlungsbedarf besteht, aber hier, Herr Ahlhaus, wollen Sie überhaupt nicht darüber reden. Das Thema steht auf der Tagesordnung und wir können es politisch nicht akzeptieren, dass mittlerweile fast die Hälfte der Gewalttaten auf dem Kiez unter Alkoholeinfluss begangen wird. Das ist ein Problem, das wir anpacken müssen und das auf die politische Tagesordnung gehört. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Vormizeele.

Kai Voet van Vormizeele CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ein Sozialdemokrat den Hamburgern erklären möchte, was er mit ihrer Polizei vorhat, kommt dabei eine gute Portion Ironie und beinahe schon schwarzer Humor heraus.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Sie waren diejenigen, die jahrelang die Polizei kaputt gespart haben, Sie haben Hunderte Stellen bei der Polizei abgebaut.

(Zuruf von *Wilfried Buss* SPD)

Wir haben diese Polizei wieder aufgebaut und inzwischen eine der bestausgerüsteten Polizeien in Deutschland und wir haben dafür Sorge getragen, dass wir 80 000 Straftaten Jahr für Jahr weniger haben. Davon können Sie nur träumen.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß, dass Sie Ihre eigene Nichtkompetenz im Reich der inneren Sicherheit damit nachweisen möchten, indem Sie Tag für Tag Kleine Anfragen stellen und meinen, nachweisen zu können, wie schlecht es in Hamburg aussieht.

(Glocke)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü (unterbrechend): Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Frage des Abgeordneten Böwer zu?

Kai Voet van Vormizeele (fortfahrend): Aber natürlich doch, von dem Kollegen Böwer jederzeit gerne.

Zwischenfrage von Thomas Böwer SPD: Herr Kollege, wollen Sie mir vielleicht die besonderen Errungenschaften des von Ihnen getragenen Innensenators Ronald Barnabas Schill mitteilen, damit wir wissen, was er für den Ausbau der Polizei hier getan hat?

Kai Voet van Vormizeele (fortfahrend): Verehrter Kollege Böwer, offensichtlich ist Ihr aktuelles Ver-

mögen zur Aufnahme von Politik manchmal temporär beschränkt, aber ich teile Ihnen gerne mit, dass wir in den Jahren, seitdem wir regieren, also von Ende 2001 bis zum heutigen Tage, wesentlich mehr Stellen bei der Hamburger Polizei

(*Dr. Andreas Dressel* SPD: Sie bauen sie jetzt wieder ab!)

und erheblich weniger Straftaten haben und das hat etwas mit diesem Senat zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Das hat auch damit etwas zu tun, dass diese Regierungskoalition, und zuvor die CDU-Alleinregierung, deutlich gemacht hat, dass sie hinter dem, was die Polizei tut, steht und dass die Polizei bei ihr gerne gesehen ist und nicht wie von Ihnen stiefmütterlich behandelt wird.

(Beifall bei der CDU, bei *Horst Becker* und bei *Dr. Eva Gümbel*, beide GAL)

Aber bevor der Kollege Böwer mit seiner konstruktiven Kleinen Anfrage kam, war ich gerade dabei, noch einmal auf das einzugehen, was der Kollege Dressel nahezu Tag für Tag tut. Ich sage es noch einmal ganz deutlich, Herr Dr. Dressel: Mit Kleinen Anfragen ist in dieser Stadt noch keine einzige Straftat verhindert worden. Straftaten verhindern die Menschen, die Tag für Tag draußen stehen und ihren Kopf dafür hinhalten

(Zuruf von *Wilfried Buss* SPD)

und die sollten, ehrlich gesagt, nicht auch noch von ihrer Arbeit abgehalten werden, indem sie jede Woche sieben bis acht Kleine Anfragen von Ihnen beantworten müssen.

Am Ende möchte ich noch einmal ganz kurz auf etwas eingehen, was Frau Schneider gesagt hat, weil man das nicht ganz so stehen lassen darf. Frau Schneider, Sie sprachen davon, dass die Vertreterin der IG St. Pauli oder des Brauereiverbandes – das war übrigens eine interessante, für uns ganz neue Kombination: DIE LINKE im Gleichschritt mit dem Brauereiverband – gesagt hätte, die Freiwilligkeit wäre noch nicht ausgereizt. Nun, das kann ich verstehen; als Vertreterin einer Organisation von Gewerbetreibenden ist das ihre Meinung, eine ganz normale Meinung, wie ich finde. Aber Sie sollten auch fairerweise mitteilen, dass diese Vertreterin gesagt hat, sie würde das Mitführverbot für prima halten.

(*Christiane Schneider* DIE LINKE: Das hat sie nicht gesagt!)

– Doch, das hat sie, lesen Sie bitte nachher genauer nach – das Mitführverbot findet sie ganz hervorragend, nur eines findet sie nicht gut, nämlich das Verkaufsverbot.

(Zuruf *Christiane Schneider* DIE LINKE)

(Kai Voet van Vormizeele)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, dass wir auf beides großen Wert legen: die Verantwortung gilt für beides. Wir wollen ein Mitführverbot und wir wollen auch diejenigen, die auf dem Kiez Glasflaschen verkaufen, in die Verantwortung nehmen. Deshalb sind wir auch für das Verkaufsverbot und auch wenn die Meinung der Vertreterin aus ihrer Sicht verständlich sein mag, so ist sie noch längst kein Beweis dafür, dass wir dieses Gesetz nicht brauchen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Frau Möller.

Antje Möller GAL:* Auch wenn es für Unruhe sorgt, unterstelle ich allen Fraktionen, dass sie hier ganz gezielt für interessierte Medienvertreter und –vertreterinnen ins Off sprechen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Sie eingeschlossen!)

Es muss sich jetzt niemand persönlich angesprochen fühlen. In Richtung SPD möchte ich noch einmal Folgendes betonen: Wenn das Gesetz scheitert, dann daran, dass es uns nicht gelingt, es kreativ umzusetzen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Da sind wir einer Meinung!)

Es wird nicht an Ihrer Prognose scheitern, dass es zu wenig Polizistinnen und Polizisten gäbe, die das Gesetz kontrollieren können.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich ziehe auch noch einmal den Umkehrschluss: Wenn das Gesetz nur mittels massiver Kontrolle gelingen könnte, dann wäre dieses Gesetz falsch.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Herr Warnholz, Sie haben das Wort.

(*Ingo Egloff SPD:* Jetzt gibt es den wegweisenden Beitrag!)

Karl-Heinz Warnholz CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sollten in diesem Parlament bei der Wahrheit bleiben. Sie, die SPD, sind 2001 abgewählt worden, weil Sie die innere Sicherheit nicht mehr gewährleistet haben, das wissen Sie genau. Das ist Punkt eins.

(Beifall bei der CDU)

Punkt zwei ist,

(Zurufe von der SPD und Beifall bei der SPD – *Ingo Egloff SPD:* Sie haben einen Kokain-süchtigen zum Innensenator gemacht!)

dass wir seit 2001, seitdem wir die Regierung stellen ...

(Glocke)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü (unterbrechend): Verzeihen Sie, Herr Warnholz. Ich möchte doch um etwas mehr Ruhe im Plenarsaal bitten.– Fahren Sie fort, Herr Abgeordneter.

(Zuruf von *Wilfried Buss SPD* – Glocke)

Herr Buss, ich möchte, dass der Redner mit seiner Rede fortfahren kann. – Fahren Sie fort, Herr Warnholz.

Karl-Heinz Warnholz (fortfahrend): Sie wissen ganz genau, dass wir seit 2001 dauerhaft über 700 Stellen mehr im Polizeidienst haben. Alles andere, Herr Dr. Dressel, das wissen Sie genau, sind falsche Gerüchte und das gehört sich einfach nicht. Und Sie, Herr Dr. Dressel, haben, das wissen Sie auch durch eine Anfrage von mir, vor 2001 über 100 Stellen nicht besetzt gehabt, das sollten wir hier auch einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie sich den aktuellen Haushalt angucken, dann werden Sie bemerken, dass wir jetzt gerade wieder über 30 Angestellte mehr im Polizeidienst haben – nehmen Sie das einmal zur Kenntnis– bei einer wachsenden Stadt,

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* ... bauen Sie die Polizei ab!)

bei steigenden Tourismus-Zahlen und all das meistert unsere Polizei, erkennen Sie das endlich einmal an.

(Beifall bei der CDU – Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer schließt sich der Empfehlung des Innenausschusses an und möchte das Gesetz über das Verbot des Mitführens und des Verkaufs von Glasgetränkebehältnissen in bestimmten Gebieten aus Drucksache 19/3253 mit den vom Ausschuss empfohlenen Änderungen beschließen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das mit großer Mehrheit angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer zweiten Lesung zu? – Das ist der Fall.– Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

(Vizepräsidentin Nebahat Güclü)

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Gesetz ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 20 auf, Drucksache 19/3357, Bericht des Haushaltsausschusses: Haushaltsplan 2009/2010 Sonderinvestitionsprogramm "Hamburg 2010" (SIP), Konkretisierung für den Einzelplan 3.2 "Behörde für Wissenschaft und Forschung", HafenCity Universität Hamburg (HCU) – Profilbildung und Neubau, Zustimmung zur Umsetzung von Haushaltsmitteln in Höhe von 8 841 Tsd. Euro in 2009 und Beschluss einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 56 945 Tsd. Euro in 2009 sowie zur Umsetzung von Haushaltsmitteln in Höhe von 18 500 Tsd. Euro für 2010.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/2731:

Haushaltsplan 2009/2010

Sonderinvestitionsprogramm "Hamburg 2010" (SIP), Konkretisierung für den Einzelplan 3.2 "Behörde für Wissenschaft und Forschung", HafenCity Universität Hamburg (HCU) – Profilbildung und Neubau, Zustimmung zur Umsetzung von Haushaltsmitteln in Höhe von 8 841 Tsd. Euro in 2009 und Beschluss einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 56 945 Tsd. Euro in 2009 sowie zur Umsetzung von Haushaltsmitteln in Höhe von 18 500 Tsd. Euro für 2010 (Senatsantrag)

– Drs 19/3357 –]

Wer wünscht das Wort? – Frau Dr. Stapelfeldt, Sie haben es.

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bürgerschaft soll mit ihrem Beschluss heute die Grundlagen schaffen, damit die HafenCity Universität einen Neubau für 86,7 Millionen Euro erhält. Der Senatsantrag und die Beratung im Haushaltsausschuss halten seit über einem Monat die Stadt in Atem, weil ein Bauprojekt beschlossen werden soll, für das wesentliche Anforderungen der Landeshaushaltsordnung nicht erfüllt werden. Das ist in dieser Form ein einmaliger Vorgang und durch nichts zu rechtfertigen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Der Neubau der HafenCity Universität darf unter keinen Umständen der Bezugspunkt dafür werden, dass der Senat, wenn es ihm politisch opportun erscheint, von der Anwendung der Landeshaushaltsordnung absieht und seine Vorlagen nicht entsprechend aufbereitet.

(Beifall bei der SPD und bei *Elisabeth Baum*
DIE LINKE)

Bevor ich auf diese Auseinandersetzung zwischen dem Senat und dem Rechnungshof weiter eingehe, möchte ich aber die HafenCity Universität direkt ansprechen.

Die Gremien der HafenCity Universität haben sich mit einem offenen Brief per "Hamburger Abendblatt" am 13. Juni an die Fraktionen der Hamburgischen Bürgerschaft gewandt. Die Mitglieder der HCU, das sind das Präsidium, der Hochschulsenat, der Hochschulrat, der Personalrat, der AStA, die Studiendekane, haben Fragen gestellt und die will ich für die SPD-Fraktion beantworten. Ja, die Antwort auf die erste Frage, ja, wir sind für einen identitätsstiftenden Neubau für die HafenCity Universität. Nach dem grandiosen Scheitern des PPP-Projektes haben wir aber, insbesondere seit dem Herbst des vergangenen Jahres, gehofft, dass die Wissenschaftsbehörde mit den Anregungen und auch den Anforderungen des Rechnungshofes die explodierenden Kosten in den Griff bekommt und das Blatt wenden kann, gegebenenfalls auch mit einem alternativen Standort in der HafenCity. Aber es ist nichts, aber auch gar nichts dergleichen passiert, nicht einmal ein Versuch ist unternommen worden, um die explodierenden Kosten zu reduzieren.

Zweiter Punkt: Ja, wir sind mit Ihnen der Auffassung, dass die HafenCity Universität eine wissenschaftlich herausragende Hochschule werden soll. Dazu braucht die HCU eine Personalausstattung auf universitärem Niveau. Das ist nicht erfüllt. Die HCU ist auf Fachhochschulniveau aufgebaut und Veränderungen im Haushalt sind nicht in Sicht. Das ist das wissenschaftliche Kernproblem für die HafenCity Universität. Sie ist an der kritischen Untergröße hinsichtlich der Anzahl der Studierenden, der Lehrenden, der Werkstätten oder der experimentellen Flächen. Das Gebäude für die HafenCity Universität ist sehr teuer, aber auch sehr klein und die Ausrichtung ist so noch nicht zukunftsfähig. Gute Wissenschaftspolitik, Frau Senatorin, erkennt man nicht nur an explodierenden Baukosten, sondern an ganz anderen Dingen.

(Beifall bei der SPD)

Noch einmal zur HafenCity Universität selbst. Ich glaube, dass mehrere Fraktionen Gespräche mit dem Präsidenten oder dem Präsidium geführt haben. Dabei sind zwei Dinge deutlich geworden. Erstens, dass die HafenCity Universität von der BWF erschreckend wenig informiert worden ist und dass die Rechnungshofberichte mit ihren Monita überhaupt nicht bekannt waren. Da muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, Frau Senatorin: Sie und Ihre Behörde sind verantwortlich dafür und es ist Ihre Aufgabe, die Hochschule und ihre Mitglieder spätestens seit dem Rechnungshofbericht 2008 of-

(Dr. Dorothee Stapelfeldt)

fen und transparent über die Beratung in der Bürgerschaft zu informieren, damit auch ihnen klar ist, was hier diskutiert wird und welche Anstrengungen und Beratungen mit welchen Ergebnissen es in der Bürgerschaft gibt.

Frau Senatorin, die Mitglieder des Haushaltsausschusses hatten Sie am 4. Juni gebeten, Ihre Drucksache zurückzuziehen und gemäß der Monita des Rechnungshofes zu überarbeiten. Hätten Sie eine weitere schriftliche Drucksache vorgelegt, eine überarbeitete, und wären Sie zu dem gleichen Ergebnis gekommen, hätte uns das sicherlich nicht verwundert. Aber das ist nicht der Punkt, sondern Sie haben sich einer schriftlichen Ausführung schlicht verweigert. Sie haben sich geweigert, Ihrer Pflicht nachzukommen, und stattdessen dem Rechnungshof unzulässige Polemik vorgeworfen. Das ist doch ein Stück aus dem Tollhaus, so etwas können wir doch gar nicht akzeptieren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die Regierungsfraktionen ergehen sich in heftiger und zum Teil auch sehr unsachlicher Kritik am Rechnungshof. Dabei ist im Rahmen der letzten Haushaltsausschusssitzung kein Kritikpunkt des Rechnungshofes widerlegt worden und der Rechnungshof hat seine Position noch in vollem Umfang aufrechterhalten, nämlich dass die grundlegenden Anforderungen der Landeshaushaltsordnung nicht erfüllt und die Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen nicht erbracht worden seien.

Warum reagiert die Senatsseite so unqualifiziert und warum sind die Regierungsfraktionen so aufgeregt? Warum wird, wie eine Zeitung schrieb, nach weiteren Beispielen für politische Einmischung des Rechnungshofes gesucht? Der Rechnungshof steht mit seinen besonderen Rechten gemäß der Verfassung in der Öffentlichkeit als sehr vertrauenswürdig da und deswegen hat sein Argument Gewicht.

Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen, der Rechnungshof hat keine Sanktionsbefugnisse, aber er hat seine Macht in der Öffentlichkeit kraft des rationalen Arguments. Deswegen ist es für Sie natürlich von ganz besonderer Problematik, wenn Sie sehen, dass Ihre Politik nicht mehr den Stempel von Vertrauenswürdigkeit hat. Der Rechnungshof ist politisch neutral und unabhängig, aber – und das ist das Entscheidende – seine Arbeit, seine Tätigkeit entfaltet politische Wirkung, das hat auch der Rechnungshofpräsident in der letzten Woche im Unterausschuss gesagt. Ich darf ihn zitieren:

"...Insoweit kann und will der Rechnungshof nicht ausschließen, dass seine Prüfungen und Feststellungen politische Auswirkungen haben können und deshalb im Einzelfall als schmerzhaft empfunden werden."

Ja, das kann sein und wir werden nicht nur dieses Projekt, die HafenCity Universität, sondern auch Weitere betrachten und bemerken, dass Sie Ihren Pflichten für die Stadt nicht nachkommen. Wir wollen nicht, dass weiterhin Steuergeld verschleudert wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Beuß.

Wolfgang Beuß CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir von der CDU-Fraktion legen auch ein ganz klares Bekenntnis zur HafenCity Universität an der geplanten Stelle ab.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Wenig Beifall! – *Ingo Egloff SPD:* Tosender Beifall!)

Liebe Frau Stapelfeldt, was Sie heute hier gesagt haben, war nichts Neues, Sie wiederholen es in den letzten Wochen und Monaten gebetsmühlenartig.

(Zurufe von der SPD)

Offensichtlich fallen Ihnen keine anderen Themen ein, die Sie in die Diskussion einbringen. Ich würde mich wirklich freuen, wenn Sie uns vernünftige politische Initiativen zum Wissenschaftsbereich vorlegen würden, über die man ernsthaft diskutieren kann, anstatt ewig dasselbe zu wiederholen, wie wir es in den letzten Wochen und Monaten sowohl im Plenum als auch in den Ausschüssen erlebt haben.

Zum wiederholten Male möchte ich erklären,

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Können Sie mal was zum Rechnungshof sagen!)

dass erstens die CDU-Fraktion klar und deutlich zum Rechnungshof steht.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Da muss man sich ja fürchten!)

Zweitens, auch das haben wir zum wiederholten Male gesagt, ist die HCU-Entscheidung eine politische Entscheidung gewesen. Drittens steht es dem Rechnungshof zwar zu, über wirtschaftliche Dinge zu befinden, aber

(Zuruf von *Dr. Andreas Dressel SPD*)

das politische Primat – nun halten Sie doch mal den Mund, Herr Dressel, das ist ja furchtbar.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Ich halte den Mund nicht!)

Der Rechnungshof kann zu wirtschaftlichen Dingen Stellung beziehen, aber er muss sich auch gefallen lassen, dass bestimmte politische Entscheidungen getroffen werden, die notwendig sind und die wir mehrheitlich für richtig halten.

(Wolfgang Beuß)

(Dr. Andreas Dressel SPD: Da gilt dann auch nicht die Landeshaushaltsordnung! – Vereinzelter Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Es haben drei Leute geklatscht!)

Bestimmte Dinge schließen sich aus. Ich nenne Ihnen einmal ein Beispiel. Wer würde denn auf die Idee kommen zu sagen: Prima, der Rechnungshof hat recht, aus wirtschaftlichen Gründen stocken wir alle Hamburger Schulklassen auf 40 Kinder auf. So eine Entscheidung würden wir aus politischen Gründen niemals befürworten und Sie liegen an dieser Stelle völlig verkehrt.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Zusammenhang betreiben Sie das Schlechtreden der zukünftigen Universität in der HafenCity, der HCU, und somit auch der Stadt. Deshalb mutieren Sie auch in der Wählergunst immer stärker zum kleinsten erkennbaren Chaot, das muss Ihnen einmal ins Stammbuch geschrieben werden.

(Ingo Egloff SPD: Aber nicht von Ihnen!)

Sie sind nicht mehr die Hamburg-Partei, Sie sind gerade beim Thema HCU nur noch provinziell.

(Beifall bei der CDU)

Nehmen Sie sich doch einmal ein Beispiel an den kühnen Visionen Ihres Altbürgermeisters Dohnanyi, der wenigstens noch Fortune hat. Bei der HCU geht es Ihnen überhaupt nicht um die Sache,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Es geht um die Einhaltung der Gesetze!)

sondern schlichtweg um Rechthaberei. Sie trauern Ihren abgelehnten Anträgen, nämlich die HCU nicht dort zu bauen, nach. Das ist keine konstruktive Opposition, die sieht in meinen Augen ganz anders aus.

(Beifall bei Viviane Spethmann und Dr. A. W. Heinrich Langhein, beide CDU)

Im Übrigen will ich die Sache hier jetzt nicht weiter... – Herr Buss, Sie meinen auch, wer schreit, hat recht.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sagen Sie mal was zur Landeshaushaltsordnung!)

Im Übrigen ... nun hören Sie einmal genau zu, Herr Dressel.

Zu den Begründungen in der Sache empfehle ich Ihnen im Übrigen die Lektüre der Plenarprotokolle der letzten Wochen und der diversen Ausschussberichte zum Thema HCU. Ich will die Debatte nicht weiter künstlich verlängern. Die Standpunkte zum Thema HCU sind mehr als ausgetauscht. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Dr. Andreas Dressel SPD: Sie gehören auch ausgetauscht!)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat die Abgeordnete Dr. Gümbel – und nur Frau Dr. Gümbel, meine Damen und Herren!

Dr. Eva Gümbel GAL:* Herzlichen Dank, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe SPD, Herr Spier sitzt da oben und ich glaube, nicht nur Sie haben mit der Hochschule Gespräche geführt, sondern auch Frau Heyenn, wir und die CDU haben das auch gemacht und auch die Behörde. Da nun einen Keil hineintreiben zu wollen, liebe Frau Stapelfeldt, das klappt nicht.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir debattieren nicht zum ersten Mal über den Neubau der HafenCity Universität. Es gab diesbezüglich intensive Beratungen im Wissenschaftsausschuss und im Haushaltsausschuss. Der Auslöser war die Kritik des Rechnungshofes aus dem Jahresbericht 2008/2009, der schon zu unserer ersten Beratung im Wissenschaftsausschuss vorlag. Wenn Sie damals schon diese Kritik für so sensationell und skandalös gehalten hätten, wie Sie das eben dargelegt haben, liebe Frau Stapelfeldt, dann frage ich mich, warum Sie im Wissenschaftsausschuss nicht gegen diese Drucksache gestimmt, sondern sich enthalten haben.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich will noch einmal begründen, warum wir uns für die HCU aussprechen, für ihren Standort und auch für ihre architektonische Gestaltung. Uns geht es bei dieser Entscheidung um die Frage, wie sich unsere Stadt hochschulpolitisch ausrichtet. Die HafenCity Universität ist eine neue Universität, die Studentinnen und Studenten, angehende Stadtplaner und Architekten werden sich ausschließlich mit dem Fachgebiet der gebauten Umwelt befassen. Die HCU hat explizit den Auftrag, akademischen Nachwuchs in den Bereichen nachhaltiges Bauen und Gestalten heranzubilden, wobei Ressourceneffizienz, ökologisches und energieeffizientes Bauen wichtige Schwerpunkte sind. – Müssen Sie jetzt Ihrem haushaltspolitischen Sprecher erklären, warum Sie sich seinerzeit so entschieden haben, Frau Stapelfeldt?

(Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Nein, aber ich melde mich gleich noch mal zu Wort, um Ihnen das zu erklären!)

Hören Sie einfach zu. Die Fächerauswahl an der HCU schafft günstige Voraussetzungen, um Exzellenz auf dem Gebiet Planen und Bauen zu erreichen. Dieser Ausbildungsauftrag ist ein Alleinstellungsmerkmal der HCU und muss sich auch in dem Gebäude, in dem gelehrt wird, widerspiegeln. Auch das haben wir im Wissenschaftsausschuss sehr schön erklärt bekommen. Das Gebäude muss inhaltlich und thematisch den Ansprüchen der Hochschule gerecht werden und sie nach außen repräsentieren. Deshalb war es eine bewusste Ent-

(Dr. Eva Gümbel)

scheidung meiner Fraktion schon in der letzten Legislatur, die Idee einer Universität für die gebaute Umwelt in der HafenCity zu unterstützen. Wo anders als an einem der wichtigsten und städtebaulich interessantesten Standorte, also der HafenCity, könnte eine solche Bauhochschule ihren geeigneten Standort finden?

Wir gehen davon aus, dass es eine wechselseitige Befruchtung der Hochschule und des Quartiers geben wird. Die HCU öffnet sich bewusst nach außen mit den geplanten multifunktionalen Verkehrsflächen für Ausstellungen, Präsentationen und Veranstaltungen. Die Entwicklung der HafenCity sowie deren Architektur wird auch Einfluss auf die HCU ausüben.

Im Übrigen ist deutlich geworden, dass das Gebäude an der Hebebrandstraße mit seiner Grundrissorganisation und seiner Raumstruktur modernen Anforderungen an den Lehrbetrieb nicht genügen würde. Für den zentralen Hörsaal wäre ein Neubau erforderlich und die bestehende Raumstruktur müsste völlig verändert werden, um modernen Anforderungen an Projekt- und Forschungsgruppen gerecht zu werden.

Der vom Rechnungshof vorgebrachte Vergleich mit der Fakultät Architektur in Hannover ist völlig unzutreffend. Wegen fehlender Finanzen hat dort eine Fassadensanierung erst gar nicht stattgefunden. Da das Gebäude zuvor als Werkkunstschule benutzt wurde, die ähnliche Raumanforderungen hat wie die Architekturfakultät, wurden auch keine nennenswerten Eingriffe in die Bausubstanz vorgenommen. Es fand lediglich eine Innensanierung statt. Das würde aber an der Hebebrandstraße definitiv nicht genügen, handelt es sich doch auch bei der HCU nicht nur um eine Architekturfakultät, sondern um eine Hochschule mit den Fachbereichen Architektur, Städtebau, Bauingenieurwesen und Geomatik inklusive Mensa, Cafeteria, Informations- und Medienzentrum. Das Raumprogramm ist gemäß der Auslobung zum Realisierungswettbewerb ablesbar und müsste dem Rechnungshof bekannt gewesen sein. Dieses Raumprogramm ist zu dem vom Rechnungshof genannten Preis an der Hebebrandstraße nicht umsetzbar und der Vergleich mit der Sanierung in Hannover hinkt.

Nun noch zu Fragen der Energieeffizienz, die für uns ein wichtiger Punkt ist. An der ursprünglichen Konzeption des damaligen Senators Dräger haben wir wegen mangelnder Nachhaltigkeit harsche Kritik geübt und wir haben hohe ökologische Anforderungen an den Neubau formuliert und durchgesetzt.

(Dr. Monika Schaal SPD: Wo denn?)

– Ja, lesen Sie es mal, das ist ganz ordentlich.

Das gilt sowohl für die Standards der ökologischen Innovation als auch für die der Nachhaltigkeit. So ist eigens für dieses Gebäude ein Klimakzept

von den Architekten erstellt worden, das uns im Wissenschaftsausschuss präsentiert worden ist und allen Parlamentariern zugänglich ist. Es ist geprägt von hoher Innovationsdichte und Energieeffizienz. Als Beispiel sei genannt, dass die Fotovoltaikbänder, die dieses Gebäude umspannen, neuartig sind. Die gesamte Kühlung des Gebäudes erfolgt auf natürlichem Wege über Geothermie und nächtliche Windkühlung. Diese Investitionen amortisieren sich nicht in dem vom Rechnungshof vorgegebenen Zeitraum, sind aber ökologisch sinnvoll und rechnen sich über einen entsprechenden Zeitraum; schließlich wird die HafenCity Universität auch nicht nur für zehn Jahre gebaut.

Ich stelle also abschließend für meine Fraktion fest: Die Entscheidung für die HafenCity Universität war richtig. Wenn man eine solche Universität für die gebaute Umwelt gründet, muss man ihr auch optimale Standortmöglichkeiten mitgeben. Dazu gehört auch, eine solche Universität an einem exponierten Standort im Zentrum der Stadt zu bauen. Die Studenten sollen an einem Ort studieren, der das aufweist, was sie studieren werden: moderne, ökologische und innovative Baukunst.– Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Beuß, Sie haben richtig gesagt, dass die Argumente ausgetauscht sind, aber Sie wollen heute eine Drucksache für einen 84-Millionen-Euro-Etat in den nächsten beiden Jahren beschlossen haben und insofern ist hier durchaus der Ort, um noch einmal kurz zusammengefasst die wichtigen Argumente wiederzugeben.

Die HafenCity Universität, also die Universität für Baukunst und Metropolenentwicklung

(Vizepräsident Joithe-von Krosigk übernimmt den Vorsitz.)

soll als Hochschule, Frau Gümbel, in Europa einzigartig werden. Im Zentrum von Lehre und Forschung soll die Zukunft der Metropolenentwicklung stehen, eine absolut vernünftige Zielsetzung. Mit diesem Projekt soll zugleich – und das ist Ihre Argumentation – die internationale Strahlkraft für die Wissenschafts- und Hochschulmetropole Hamburg entwickelt werden. Internationale Strahlkraft – darüber streiten wir.

Wo und unter welchen Bedingungen kann man internationale Strahlkraft entwickeln und wie kann man das quantifizieren? Sie sagen, die HCU sei eines Ihrer Leuchtturmprojekte der Stadtentwicklungspolitik. Die Uni solle und könne nur in der Ha-

(Dr. Joachim Bischoff)

fenCity ihre Strahlkraft entwickeln und nur dort zur Eliteuniversität werden.

Der Streitpunkt, den wir durch viele Ausschusssitzungen geschleppt haben, ist nicht, dass gerade in Hamburg einiges zur Stärkung einer wissensbasierten Ökonomie getan werden kann, wie Herr Kerstan uns immer wieder unterstellt. Nein, das ist richtig, das wollen wir auch. Der Streitpunkt ist auch nicht, dass die Förderung von qualifizierter Ausbildung ein wichtiger Schritt zur Realisierung neuer Strukturen der gesellschaftlichen Wertschöpfung ist. Wir hatten heute eine Debatte über Prekarisierung an der Universität und es wurde schon darauf hingewiesen, dass man in der Hochschullandschaft auch enorme Strahlkraft entwickeln kann, indem man einige Arbeitsbedingungen des Personals verändert. Es hängt nicht nur an einem Gebäude und schon gar nicht daran, dass das Gebäude in einem bestimmten Stadtteil steht.

Das sind Punkte, die Sie uns immer vorgehalten haben und wo ich für die Fraktion DIE LINKE sage, dass ich da keine großen Differenzen sehe. Bei der gebotenen Kürze möchte ich, Herr Beuß, drei Dissenspunkte markieren.

Erstens: Gehört der Standort in der HafenCity zum Gründungskonsens der Konzeption einer Hochschule für Baukunst und ist nur dort internationale Strahlkraft zu gewinnen? Oder kann nicht inhaltlich-konzeptionell an einem anderen Standort bei Stärkung von Forschung, Lehre und Ausbildung viel mehr getan werden als durch dieses Gebäude? Das ist die Gegenposition.

Zweitens: Seit 2005, dem Jahr, in dem die Grundentscheidung zur HCU getroffen wurde, hat sich – jedenfalls aus unserer Sicht – die Welt etwas verändert. Zwei Punkte möchte ich zu diesem Aspekt hervorheben, weil Sie auf diese immer nicht eingehen. Der erste Punkt der Veränderung ist, dass der Senat beabsichtigte, das Universitätsgebäude in einem Modell öffentlich-privater Partnerschaft zu bauen und zu betreiben. Demnach wäre der Bau durch einen privaten Investor erbracht worden und die Universität hätte das Gebäude gemietet. Nach dem regulären Ausschreibungszeitraum Ende 2008 hat sich aus Sicht der Senatoren kein attraktiver Investor für diese Aufgabe beworben und insofern soll die Stadt die Finanzierung des Gebäudes komplett übernehmen. Ich finde – und ich glaube, ich stehe im Haushaltsausschuss nicht alleine da – der Mehrheitskoalition würde kein Stein aus der Krone fallen, wenn Sie das noch einmal begründet hätten. Wenn Sie gesagt hätten, warum es keinen Investor gibt und was das für die weitere Zeit heißt. Meines Erachtens wäre das Ihre Begründungspflicht gewesen. Stattdessen haben Sie gesagt, dass Sie das Ding in jedem Fall haben wollen und wenn sich die Rahmenbedingungen veränderten, dann täte Ihnen

das leid, dann müsste eben die Stadt 84 Millionen übernehmen.

Eine weitere Veränderung, die mir ganz wichtig ist, und wo ich immer mit Erstaunen höre, Herr Beuß, dass Sie das gar nicht interessiert, ist, dass mittlerweile die Berliner Republik und damit die Freie und Hansestadt Hamburg in der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise steckt. Hamburg wird – jedenfalls ist das meine Wahrnehmung, auch wenn sich das hier nicht immer widerspiegelt – nahezu täglich mit schlechten Meldungen aus der Wirtschaft überschwemmt, wie zum Beispiel aktuell die Situation von Hapag-Lloyd. In dieser Situation, deren Ende nicht absehbar ist, ist es nicht nur vertretbar, sondern absolut geboten, die Frage aufzuwerfen, ob die konkrete Investition in die HCU wirklich auf mittlere Sicht den optimalen Mitteleinsatz darstellt und ob nicht die Bürgerschaft genau prüfen muss, was wir mit immerhin 84 Millionen Euro für die Stabilisierung der regionalen Ökonomie und die Schaffung neuer Strukturen von Wertschöpfung tun könnten und damit auch für künftige Arbeitsplätze.

Ich will noch einmal ausdrücklich in Ihre Richtung sagen, ich finde es positiv, dass Sie auf das Instrument der Haushaltssperre verzichten, das in Schleswig-Holstein und Niedersachsen verwendet wird. Aber Steuermindereinnahmen von wenigstens 1,8 Milliarden, wie wir sie in diesem und im nächsten Jahr vor uns sehen, zwingen uns doch zu einer Neuüberlegung in Sachen Investitionspolitik. Wir können doch nicht am laufenden Meter lauter solche Projekte auf den Weg bringen. Das ist doch keine seriöse Haushalts- und Finanzpolitik.

(Beifall bei der LINKEN)

Drittens: Sie wiederholen gebetsmühlenartig, der HCU-Bau im Hafen sei Ihr politischer Wille – das haben Sie, glaube ich, wortwörtlich gesagt –, um die Wissenschaft in der Stadt zu stärken. Die Opposition habe eben völlig andere Vorstellungen und auch der Rechnungshof habe dieses Projekt und den dahinter stehenden politischen Willen nicht zu beanstanden. In Sachen Ihres politischen Willens, das kann ich als Mitglied der Opposition sagen, sind wir wirklich gewohnt, einiges auszuhalten. Ich würde gar nicht anfangen, diesen politischen Willen – auch wenn ich ihn manchmal inhaltlich ziemlich scheußlich finde – in Frage zu stellen.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf Wolfgang Beuß CDU)

Allerdings, Herr Beuß, gibt es auch für die schwarz-grüne Koalition unabhängig von Ihrem politischen Willen zwei Rahmenbedingungen, die Sie einhalten müssen. Und das ist der Streitpunkt.

Erstens: Der Senat hat den Behörden ausdrücklich auferlegt, Einzelvorhaben, die aus dem Sonderinvestitionsprogramm finanziert werden, mit Einzeldrucksachen zu konkretisieren und dabei die For-

(Dr. Joachim Bischoff)

derung des Rechnungshofs aus dem Jahresbericht 2004 nach Wirtschaftlichkeitsberechnungen zu berücksichtigen. Das ist, wenn ich richtig informiert bin, ein Gesetz, an das sich jeder mit jedem politischen Willen zu halten hat.

Zweitens: Diese Anforderung – und, Frau Senatorin, wir diskutieren darüber, dass Sie etwas vorgelegt haben, was unserer Auffassung nach nicht die Mindestanforderung erfüllt – ist auch zwingend in der Landeshaushaltsordnung vorgeschrieben. Solche Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen laut § 7 der Landeshaushaltsordnung beinhalten unter anderem auch die Entwicklung alternativer Lösungsmöglichkeiten. Damit ist nicht unterstellt, dass Sie den Standort Wilhelmsburg durchrechnen müssen. Sie müssen nur Ihr Projekt unter diesen Rahmenbedingungen ausweisen. Unter § 7 Absatz 2 der Landeshaushaltsordnung heißt es:

"Für alle finanzwirksamen Maßnahmen sind angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchzuführen. Für geeignete Maßnahmen von erheblicher finanzieller Bedeutung sind Nutzen-Kosten-Untersuchungen anzustellen."

Schauen Sie sich die Drucksache an. Sie werden dort nicht den Ansatz finden, der dieser Vorschrift der Landeshaushaltsordnung Genüge trägt.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wir sind deswegen so hartnäckig, weil diese schlampige Arbeit Schule machen soll. Und das kann in diesem Hause überhaupt nicht angehen und schon gar nicht in den Zeiten einer schweren Wirtschaftskrise. Jeder politische Wille hat sich der Landeshaushaltsordnung zu unterwerfen. Wenn Sie das nicht wollen, dann müssen Sie die Landeshaushaltsordnung verändern.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Auf diese Mängel und auf das Nichtvorhandensein der Nutzenanalyse und der Wirtschaftlichkeitsrechnung hat sich der Rechnungshof bezogen. Das war – insofern gebe ich Ihnen Recht – neuartig, weil wir bislang vom Rechnungshof immer erst hinterher damit konfrontiert werden, wenn sich der Senat oder die Senatsmehrheit mit ihrem politischen Willen nicht an die Haushaltsordnung und an Recht und Gesetz hält. Dieses Mal hat der Rechnungshof vorher interveniert. Das ist in der Tat eine neue Qualität. Er hat gesagt, dass diese Vorlage nicht beschluss- und etatreif ist. Da kann ich mich nur anschließen. Man müsste wenigstens einiges an näheren Ausweisen finden und das ist in der Drucksache keineswegs passiert.

Wir hatten im Ausschuss die Erwartung, dass die Wissenschaftsbehörde ihre nicht etatreife Drucksache – die Sie jetzt wieder einbringen – überarbeitet und eine, bei Ihrem politische Willen in sich stimmige, Begründung für Wirtschaftlichkeit und Nutzen

liefert. Dann kann man das auch abstimmen. Dann gäbe es keinen Ärger. Aber Sie dürfen nicht sagen, Ihr politischer Wille stehe über der Landeshaushaltsordnung. Das ist nicht zulässig.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Zusammengefasst verneint die schwarz-grüne Koalition die Überprüfung von großen Investitionsprojekten im Zusammenhang mit der schwierigen Konstellation der Regionalökonomie und der öffentlichen Finanzen. Ich bin platt, dass Sie das so durchgehen lassen, weil Sie sonst eigentlich den Ruf haben, in kritischen Situationen immer genau hinzusehen. Mehr noch, die Koalition behauptet, ihr politischer Wille – und Herr Beuß, Sie haben das heute noch einmal demonstriert – stehe über den Anordnungen und Vorschriften der Landeshaushaltsordnung. Und Sie haben, auch wenn Sie das jetzt nicht mehr so polemisch machen, im Grunde den Landesrechnungshof attackiert.

(Wolfgang Beuß CDU: Nein, habe ich nicht!)

Frau Stapelfeldt hatte schon auf eine Erklärung im Rahmen der Rechnungsprüfung hingewiesen, der Präsident hat letzte Woche einen längeren Text nur zu diesem Konflikt vorgetragen. Frau Stapelfeldt hatte eine Passage herausgegriffen, ich lese Ihnen noch eine andere vor:

"Regierung und Verwaltung sind in ihrem Handeln ihrerseits an gegebenenfalls überprüfungsbedürftige Vorhaben gebunden, von der Verfassung über die Fachgesetze und die Landeshaushaltsordnung bis zu den jeweils ausfüllenden Regelungen und Zwecksetzungen."

Schauen Sie sich mal an, was da alles drinsteht.

"Im demokratischen Verfassungsstaat gibt es auch für politische Entscheidungen keine rechtsfreien Räume mehr."

Sie wollen sich einen rechtsfreien Raum erobern.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Weiter sagt Herr Meyer-Abich:

"Der Verfassungsauftrag zur Finanzkontrolle ist nicht davon abhängig, welchen politischen Stellenwert das jeweilige Vorhaben aus Sicht der Beteiligten hat."

Sie sollten sich schämen, angesichts dieser Sachlage immer wieder diesen politischen Willen zu reklamieren.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Zuruf Wolfgang Beuß CDU)

Drei Punkte, Herr Beuß, hören Sie zu, drei Punkte! Drei Punkte für die Fraktion der LINKEN.

Ersten: Es liegt für uns ein klarer Verstoß gegen die Landeshaushaltsordnung vor. Ich warne Sie dringlich, diese Drucksache heute zu beschließen.

(Dr. Joachim Bischoff)

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Ich krieg gleich einen Herzinfarkt! Hör auf!)

Zweitens: Senat und Koalitionsparteien haben die Rolle und Funktion des Rechnungshofs in der Substanz angegriffen und damit eine der Institutionen dieses demokratischen Gemeinwesens böswillig, mutwillig in Frage gestellt.

(Wolfgang Beuß CDU: Drittens!)

Drittens: Angesichts dieses schwerwiegenden Verstoßes müssen wir prüfen, wie wir zu einer Veränderung der Praxis kommen. Denn das, was Ihre Senatorin vormacht, soll beständige Praxis werden. Sie bringen einfach schlechte Vorlagen herein, die nicht den Status einer Etatverabschiedungsreife haben.

Lassen Sie mich abschließend ein Zitat aus dem "Hamburger Abendblatt" bringen, das eines Ihrer Landesvorstandsmitglieder zitiert. Ein Landesvorstandsmitglied der CDU soll gesagt haben

(Elke Thomas CDU: Vorstandsmitglied? Woher wissen Sie das denn?)

– Ja, hören Sie zu jetzt.

"Das Hauptproblem scheint mir die fehlende Planungskompetenz in den Fachbehörden zu sein. Früher konnte man sich auf die Drucksachen des Senats verlassen, heute muss man hinter jeder Zahl ein Fragezeichen machen."

Das muss aber nichts mit der Finanzkompetenz der CDU zu tun haben, sagt der Kommentator im "Hamburger Abendblatt". Das weiß ich nicht, ich glaube, es hat sehr viel damit zu tun. Ich stimme allerdings dem zu, dass diese Art, Politik zu machen, nichts mit hanseatischem Kaufmannsgeist zu tun hat.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Wolfgang Beuß CDU: Das sagt ein Kommunist!)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Senatorin Gundelach.

Senatorin Dr. Herlind Gundelach:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Bischoff, ich kann verstehen, dass Sie sich so fürchterlich aufregen, aber ein Blick in die Drucksache würde vielleicht Ihre Aufregung ein wenig nach unten kühlen. Einfach schlicht und ergreifend deswegen, weil dort die Fakten ziemlich deutlich und zwar Stück für Stück hintereinander erklärt sind. Ich bin aber auch gerne bereit, im Rahmen meiner Rede noch einmal ausdrücklich darauf einzugehen, um es Ihnen noch einmal zu erläutern, wenn es beim Lesen allein offensichtlich nicht reicht.

(Dr. Mathias Petersen SPD: Den Verstoß gegen die Landeshaushaltsordnung meinen Sie, habe ich recht?)

Mit der vorliegenden Drucksache bittet der Senat die Bürgerschaft um die Bewilligung der Mittel für einen Neubau der HafenCity Universität und ich freue mich, dass sich offensichtlich alle Fraktionen zur HafenCity Universität bekennen. Mit diesem Neubau sollen unterschiedliche Zielsetzungen verwirklicht werden.

Erstens – und das ist ganz wichtig: Die zersplitterten Einheiten der HCU sollen in einem funktionalen Gebäude zusammengefasst werden, das zugleich natürlich hohen Ansprüchen an die Nachhaltigkeit und auch an die Energieeffizienz genügt.

Zweitens: Die HCU soll einen architektonisch anspruchsvollen Neubau in exponierter Lage erhalten – das haben wir heute schon mehrfach gehört – um die Bedeutung der Hochschule für den Wissenschaftsstandort Hamburg, aber auch für die HafenCity hervorzuheben.

Drittens: Die HCU soll mit ihren 1500 Studierenden und über 100 Wissenschaftlern sowie durch Veranstaltungen und Öffnung für Publikum auch zur Belebung der HafenCity beitragen.

Viertens: All dies soll auch zu angemessenen Kosten realisiert werden können. Der Neubau der HCU soll den Anforderungen an den Betrieb einer innovativen, interdisziplinären und nach innen wie außen auf Kommunikation gerichteten Universität entsprechen, die sich ausschließlich den Fragen der gebauten Umwelt widmet.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Ich bitte im Saal um etwas mehr Ruhe. Die Gespräche können Sie bitte draußen führen, damit die Senatorin ihre Rede vernünftig fortsetzen kann. Ich danke.

Senatorin Dr. Herlind Gundelach (fortfahrend): Die Architektur des Siegerentwurfs setzt dieses Konzept unserer Auffassung nach optimal um und zwar sowohl im Bereich der auch öffentlich wirksamen und nutzbaren Funktionen, also als Medienzentrum, Bibliothek, Galerie, Mensa et cetera als auch hinsichtlich der studentischen Arbeitsplätze und der Flächen für Arbeits- und Forschungsgruppen. Die Neubauplanung erfüllt zugleich höchste Ansprüche in Sachen Nachhaltigkeit und deswegen wurde am 19. Dezember vergangenen Jahres auch das Umweltzeichen der HafenCity GmbH in Gold verliehen und zwar für drei unterschiedliche Punkte: Für den nachhaltigen Umgang mit energetischen Ressourcen, für den nachhaltigen Umgang mit öffentlichen Gütern und für einen nachhaltigen Gebäudebetrieb.

Zu diesem Punkt gab es in der Tat heftige Diskussionen, die sich auf die Standortwahl und auch auf Fragen der Energieeffizienz bezogen. Die Standortwahl – auch das ist heute schon mehrfach be-

(Senatorin Dr. Herlind Gundelach)

tont worden – war und ist eine politische Entscheidung, die sich in den Zielen der HCU niederschlägt. Und die Frage der Energieeffizienz – das hat die Diskussion ganz deutlich gezeigt – ist eine Frage für Spezialisten und im Übrigen ein Feld, das einem ungeheuer raschen Wandel unterworfen ist. Auf kaum einem anderen Gebiet gibt es in so kurzer Zeit so viel Innovation.

Deshalb habe ich auch dem Präsidenten des Rechnungshofs die einschlägigen Gutachten sowohl unseres Architekten als auch zweier hochrangiger, ausgewiesener Gutachter zugesandt, die sich sehr kritisch mit der Position des Rechnungshofs auseinandergesetzt haben – ich will das ganz vorsichtig formulieren, man könnte dazu auch anderes sagen. Und ich habe mit dem Rechnungshofpräsidenten vereinbart, dass wir uns in dieser Frage konstruktiv auseinandersetzen wollen. Aus meiner Sicht ist dies der richtige Weg, weil nachhaltiges Bauen, und dazu gehört als wichtiger Teilfaktor energieeffizientes Bauen, ein erklärtes Ziel dieses Senats und der ihn tragenden Koalitionsfraktionen ist. Allein schon aus diesem Grund muss diese Fragestellung sehr sorgfältig aufgearbeitet werden, sonst begegnet sie uns nämlich in Zukunft an vielen anderen Bauten ebenfalls, weil wir es, wie gesagt, anstreben, in dieser Stadt nachhaltig zu bauen.

Lassen Sie mich aber noch ein paar Worte zu den Kosten sagen. Deswegen meinte ich gerade, ein Blick in die Drucksache erleichtere manches. Unter Nummer 5 der Drucksache finden Sie die Kosten ausführlich dargelegt. Nur folgende Eckpunkte will ich nennen – jetzt setze ich sicherheitshalber die Brille auf, damit ich die Zahlen ganz genau lese: 56,3 Millionen Euro kostet das Gebäude inklusive Tiefgarage, ohne die Besonderheiten, auf die ich gleich eingehen werde, und liegt damit gut 4 Millionen Euro unter dem Neubaurichtwert der Bauministerkonferenz. Rechnet man die grundstücksbedingten Baukosten, die Kosten der Nachhaltigkeit und der Ersteinrichtung hinzu, betragen die Kosten 67,3 Millionen Euro, von denen 1,5 Millionen Euro über einen Sponsor finanziert werden. Deswegen beantragt der Senat 65,8 Millionen Euro aus dem Haushalt und keine 84 Millionen Euro, wie Sie in Ihren Reden kontinuierlich andeuten. Rechnet man den Saldo von Grunderwerbskosten und -Erlösen in Höhe von 6,5 Millionen Euro hinzu, so liegen die Gesamtkosten bei etwa 74 Millionen Euro.

Ein ganz wichtiger Punkt der Kritik war immer die Kostendiskussion, weil es hieß, die Hebebrandstraße könne in weitaus günstigerem Umfang für die Zwecke der HCU hergerichtet werden. Insgesamt wurde eine Kostenersparnis von 58 Millionen Euro angedeutet. Diese Behauptung ist schlicht und ergreifend fachlich nicht nachvollziehbar. Und genau dem ist der Senat auch schon in seiner Stellungnahme – die im Übrigen mit der HCU abgestimmt war, Frau Stapelfeldt, da haben wir näm-

lich die Informationen eingeholt – zum Jahresbericht sehr ausführlich entgegengetreten.

Die Prüfungen von Fachleuten haben ergeben, dass die Behauptung des Rechnungshofs, die Hebebrandstraße lasse sich für grob geschätzte 15 Millionen Euro funktionell aus- und umbauen, schlicht und ergreifend nicht haltbar ist. Auch sei der angestrebte Vergleich mit Verwaltungsgebäuden nicht nachvollziehbar. Im Ergebnis meint der Rechnungshof, man könne für etwa 20 Prozent des Neubaurichtwerts vier 40 Jahre alte Fachhochschulgebäude für einen modernen Universitätsbetrieb mit Laboren und Mensa herrichten. Die Erfahrungen mit Grundinstandsetzung zeigen aber, dass man mit dem Mehrfachen des Rechnungshofansatzes rechnen muss. Daher hat zum Beispiel der Wissenschaftsrat im Hochschulbau als Antragssumme bei Grundsanierung Kosten von unter 70 Prozent des Neubaurichtwerts ohne Nachprüfung anerkannt. Die gemeinsame Wissenschaftsministerkonferenz akzeptiert in einem solchen Fall sogar 75 Prozent der Kosten eines Neubaurichtwerts ohne zusätzliche Begründung, weil sie sagt, das sei das Notwendige für eine Grundinstandsetzung.

Deswegen habe ich den Rechnungshof gebeten, seine Kritik auch in diesem Punkt noch einmal zu überprüfen. In der Drucksache, und auch vorher in unserer Stellungnahme zum Jahresbericht, sind wir daher von 70 Prozent des Neubaurichtwerts für die Grundsanierung der vier Gebäude in der Hebebrandstraße ausgegangen und das würde insgesamt zu Kosten von 40 bis 46 Millionen Euro führen. Damit können aber weder die Funktionalität noch die Nachhaltigkeit des geplanten Neubaus erreicht werden. Ein neues Gebäude in der Hebebrandstraße würde etwa gleich teuer werden wie das in der HafenCity. Die Differenz der Baukosten beschränkt sich, wie man ebenfalls leicht aus der Drucksache entnehmen kann, nämlich auch aus der Nummer 5, auf grundstücksbedingte Mehrkosten und dazu gehören auch Kosten der Baustelleneinrichtung, denen dann noch die Wertdifferenz der Grundstücke hinzuzurechnen ist. Im vorliegenden Fall würde das insgesamt ungefähr 9 Millionen Euro ausmachen. Das heißt, wir haben zwischen den beiden Standorten eine Kostendifferenz von ungefähr 9 Millionen Euro, von denen aber nur 2,5 Millionen Euro tatsächlich aufgebracht werden müssen.

Lassen Sie mich auch noch etwas zum Thema Wirtschaftlichkeitsprüfung sagen. Aufgrund der Drucksache liegen alle Fakten für eine Prüfung der Wirtschaftlichkeit des Neubaus in der HafenCity auf dem Tisch. Die für die Entscheidung der Bürgerschaft grundlegende Kostentransparenz ist durch die ausführlichen Erläuterungen der vorliegenden Drucksache hergestellt. Die Mehrkosten des Neubaus in der HafenCity gegenüber der Alternative Hebebrandstraße beschränken sich im

(Senatorin Dr. Herlind Gundelach)

Ergebnis auf grundstücksbedingte Baukosten und die Kosten des Grunderwerbs, wie eben dargestellt. Damit stellt sich in der Tat die Frage, ob diese Mehrkosten dadurch gerechtfertigt sind, dass der Neubau in der HafenCity zwei Ziele, nämlich die Belebung der HafenCity und die Zielrichtung exponierter Standort im vollen Umfang realisiert. Dass sich die vorgenannten Ziele beziehungsweise Effekte einer Monetarisierung beziehungsweise Quantifizierung im Rahmen einer noch angemessenen anzusehenden Wirtschaftlichkeitsuntersuchung entziehen, ist leicht nachvollziehbar, denn wie wollen Sie Belebung quantifizieren.

Die Effekte aber sind mit dem Kostenaufwand abzubinden und da kommt unsere Abwägung zu einem ganz klaren Ergebnis. Eine mögliche Kostenersparnis von rechnerisch 9 Millionen Euro, real aber nur 2,5 Millionen Euro der einmaligen Investitionskosten, rechtfertigt keinesfalls einen Verzicht auf die Belebung der HafenCity durch den Lehr- und Wissenschaftsbetrieb der HafenCity Universität. Sie rechtfertigt auch nicht den Verzicht auf einen öffentlichkeitswirksam exponierten Standort der HafenCity Universität als sichtbares Zeichen für den Wissenschaftsstandort Hamburg und als Zeichen für den hohen Wert, den die Stadt der gebauten Umwelt beimisst. Damit, denke ich, sind alle Abwägungsbelange transparent vorgestellt und gründlich erörtert und es geht letztlich aus unserer Sicht nur um vier politisch entscheidende Fragen:

Wollen wir für diese in Europa einzigartige Hochschule für Baukunst und Metropolenentwicklung ein besonderes Haus bauen? Dazu sagt der Senat Ja. Wollen wir die HafenCity mit Hochschulleben bereichern? Dazu sagt der Senat Ja. Wir wollen dieser Hochschule einen exponierten Standort im Stadtraum geben und sie so ins Licht der Öffentlichkeit rücken. Und last but not least sagt der Senat schließlich Ja zu den Kosten und insbesondere auch zu den besonderen Kosten des Grundstücks. Das sind uns die Hochschule, die Wissenschaft und die Baukultur wert und das ist uns letztendlich auch eine lebendige HafenCity wert. Und deswegen bitte ich um Ihre Zustimmung zu dieser Drucksache. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Herr Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Beuß hat der SPD-Fraktion eben vorgehalten, dass wir heute keine neuen Argumente vortragen. Wie sollten wir denn? Die Drucksache hat sich nicht geändert

(Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!)

und der Vortrag der Senatorin hat auch nicht erkennen lassen, dass irgendetwas Neues seitens

des Senats oder von Schwarz-Grün vorgetragen wird. Also bleiben unsere Argumente, die Sie aus den Haushaltsberatungen und aus dem Haushaltsausschuss kennen, in der Tat die gleichen

(Wolfgang Beuß CDU: Das macht die Sache auch nicht besser!)

und wir tragen sie noch einmal laut und deutlich vor, damit die Stadt erfährt, was hier eigentlich als besonderer Vorgang passiert, Herr Beuß.

(Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Und wenn Sie Bürgermeister von Dohnanyi ins Feld führen, da wäre ich vorsichtig. Sie brauchen gar nicht bei Herrn von Dohnanyi anzufangen, Sie können auch Herrn Voscherau oder Bürgermeister Runde einmal fragen. Was die Altbürgermeister von den Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen in diesem Senat halten,

(Wolfgang Beuß CDU: Davon habe ich nicht geredet!)

da, bitteschön, Herr Beuß, fragen Sie nicht zu laut. Ich fürchte, dass die Altbürgermeister sehr viel dichter an der Kritik des Rechnungshofs wären als an Ihnen, zum Teil wirklich abwegigen, Ausführungen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Und nun, liebe GAL, Frau Gümbel, ich verstehe ja, dass Sie für die HafenCity Universität, dass Sie für die Hochschulen insgesamt etwas Schönes und Gutes wollen. Da sind wir uns sogar einig.

(Wolfgang Beuß CDU: Nein, da sind wir überhaupt nicht einig!)

Aber man sollte niemals, Herr Beuß, ein Projekt, das man sich einfach einmal in den Kopf gesetzt hat, ohne Rücksicht auf Verluste durchsetzen. Und das tun Sie hier. Worin bestehen die Verluste?

Erstens: Wenn Sie 20 bis 30 Millionen Euro mehr oder weniger für den Neubau der HCU ausgeben, dann sind das eben 20 bis 30 Millionen Euro, die uns für andere wichtige Projekte fehlen.

(Wolfgang Beuß CDU: Sie sind kleinkariert, Herr Tschentscher!)

Wir wissen nämlich, dass das Investitionsvolumen der Stadt begrenzt ist.

(Zuruf Wolfgang Beuß CDU)

– Ja, Herr Beuß, hören Sie jetzt einfach zu. Sie erhöhen doch mit Ihren Haushaltsbeschlüssen die laufenden Ausgaben der Behörden, aber Sie erhöhen nicht das Investitionsvolumen, im Gegenteil. Sie führen die Investitionsquote zurück. 2008 noch 14,7 Prozent, allein in den nächsten zwei Jahren wird sie um 2,5 Prozentpunkte zurückgeführt. Das heißt, jeder Euro, den Sie unnötig für Ihre Leuchtturmprojekte ausgeben, von der Elbphilharmonie

(Dr. Peter Tschentscher)

(Wolfgang Beuß CDU: Jetzt geht das wieder los!)

über die U4 bis eben zur HafenCity Universität, jeder unnötig ausgegebene Euro fehlt für andere wichtige Projekte, auf die die Stadt seit Jahren wartet, wie zum Beispiel auf eine moderne Stadtbahn.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Zweitens:

(Wolfgang Beuß CDU: Die Sie abgeschafft haben!)

– Nun hören Sie doch zu Ende zu, Herr Beuß.

Das Gebäude in der HafenCity ist nicht nur zu teuer, es ist insbesondere für die künftige Entwicklung der HCU auch noch zu klein. Es behindert die Entwicklung dieser kleinen Universität, bevor sie überhaupt begonnen hat. Nehmen Sie das doch einfach zur Kenntnis, das habe ich doch schon im Haushaltsausschuss begriffen. Das heißt zusammengefasst, Sie geben unangemessen viel Geld aus für eine schlechte Lösung.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich habe mir einen Haushaltsausschuss in einigen Jahren vorgestellt, der zusammentritt und über eine Drucksache beraten soll, in der es um die bauliche Erweiterung der HafenCity Universität gehen soll, weil der Neubau schon von vornherein zu klein war.

(Wolfgang Beuß CDU: Unser kleiner Prophet!)

Dann wird der Haushaltsausschuss sich eben nicht nur mit den 4 bis 5 Milliarden Euro neuen Schulden befassen müssen, die Herr Freytag in einem Sondervermögen verbuchen will, und mit der Tilgung dieser 4 bis 5 Milliarden Euro, sondern wir werden uns erneut mit der räumlichen Entwicklung der HafenCity Universität befassen müssen, die Sie heute in eine schiefe Bahn bringen.

Der Rechnungshof kritisiert, das Gebäude ist nicht nur an dem Standort zu teuer, es ist auch in seiner Bauart zu teuer. Frau Senatorin, Sie haben das heute auch in Ihren mündlichen Ausführungen nicht wirklich widerlegen können. Der Standort ist zu teuer und er ist wirtschaftlich nicht hinreichend geprüft.

Die in der Senatsdrucksache angesprochene Alternative in der City Nord ist jedenfalls erheblich günstiger und das ist nicht einfach so gesagt, sondern da gab es, Frau Senatorin, eine sehr plausible Vergleichsbetrachtung mit einer ähnlichen Situation in Hannover. Das ist nicht entkräftet worden. Und wir reden gar nicht über 15 Millionen Euro, vielleicht kostet es 20 Millionen Euro, das sind immer noch 50 bis 60 Millionen Euro weniger als Ihre Projektplanung in der HafenCity. Man muss nicht unbe-

dingt die HafenCity Universität in der City Nord bauen, aber man muss die Unwirtschaftlichkeit dieser Senatsplanung zur Kenntnis nehmen und bessere Alternativen suchen. Bessere Alternativen, auch das hat uns der Rechnungshof gesagt, springen einem nicht entgegen, man muss sie suchen. Und der Senat hat eben nicht gesucht, sondern er hat Alternativen erwähnt, sie dann schlechtgerechnet und gesagt, die wollen wir sowieso nicht, das steht schon in unserem Koalitionsvertrag. Und das geht so nicht.

Ich weiß nicht, ob es überhaupt eine bessere Alternative in der HafenCity gibt.

(Wolfgang Beuß CDU: Am besten gar nichts!)

Vielleicht gibt es sie. Ich weiß nur, Sie haben ernsthaft keine Alternative geprüft, weder in der HafenCity noch irgendwo anders in der Stadt. Das ist ein Phänomen, das wir häufiger beobachten, dass Schwarz-Grün behauptet, es gebe ohnehin nur einen Weg und der sei alternativlos. Und das, meine Damen und Herren, geht nicht, das ist ein Stück Selbstüberschätzung. Auf jeden Fall ist es nicht vereinbar mit der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung, die die Landeshaushaltsordnung fordert.

(Beifall bei der SPD)

Die Landeshaushaltsordnung ist nicht irgendein Bürokratenwerk, an dem sich Querulanten im Haushaltsausschuss abarbeiten. Die Landeshaushaltsordnung hat die Aufgabe, die gesamte Haushaltsführung der Stadt an den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit auszurichten. Und die Landeshaushaltsordnung, Herr Bischoff hat eindringlich darauf hingewiesen, ist ein Gesetz. Wir akzeptieren nicht, dass Schwarz-Grün und Ihr Senat ein geltendes Gesetz missachten und so tun, als sei dies ein unverbindliches Regelwerk, das man einmal einhält und dann aber auch einmal nicht einhält, wenn das politisch zwischen GAL und CDU so ausgehandelt wurde. Wir akzeptieren das nicht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir akzeptieren auch nicht, dass CDU und GAL Kritik an ihren unwirtschaftlichen Planungen als Majestätsbeleidigung bewerten, im Gegenzug sogar dem Rechnungshof Polemik vorwerfen und behaupten, der Rechnungshof dürfe die politischen Beschlüsse dieses Senats überhaupt nicht bewerten. Wo sind wir denn?

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Der Rechnungshof hat einen Auftrag, der sogar in der Verfassung steht. Der Auftrag in Artikel 71 unserer Verfassung lautet, ich zitiere:

"Die gesamte Haushalts- und Wirtschaftsführung wird durch einen unabhängigen, nur

(Dr. Peter Tschentscher)

dem Gesetz unterworfenen Rechnungshof überwacht."

Da steht nicht: die gesamte Haushaltsführung, außer Herr Kerstan oder Frau Gundelach sehen das anders.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Das Ergebnis der Prüfungen des Rechnungshofs kennen wir in vielen Fällen erst im Nachhinein, im Falle der HCU kennen wir es heute schon, bevor das Projekt begonnen wurde. Wir können also in diesem Fall noch auf diese schwerwiegenden Bedenken eingehen. Wir kennen das im Grunde vernichtende Ergebnis umfassend und detailliert.

Im Übrigen ist eben gefragt worden, warum wir nicht schon im Wissenschaftsausschuss dagegen gestimmt haben. Ich will einmal daran erinnern, dass der Rechnungshof im Wissenschaftsausschuss gar nicht vorgetragen hat,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig! – Wolfgang Beuß CDU: Aber der Bericht lag vor!)

aber er hat im Haushaltsausschuss sehr eindrucksvoll vorgetragen.

(Wolfgang Beuß CDU: Frau Stapelfeldt hatte es danach schon zur Debatte angemeldet!)

– Ja, Herr Beuß, ich sage das einfach noch einmal, weil es von Ihrer Seite so dargestellt wird, als sei das alles ein Problem der Beratung. Das ist es nicht, sondern es gab eine ganz klare und eindrucksvolle Kritik bezogen auf diese Drucksache im Haushaltsausschuss und da gehört sie auch hin. Diese Kritik müssen wir zur Kenntnis nehmen

(Wolfgang Beuß CDU: Haben wir auch!)

in einer Zeit, in der sich die Finanz- und Wirtschaftskrise zunehmend auch in den Portemonnais vieler Bürgerinnen und Bürger dramatisch auswirkt. In dieser Zeit müssen wir das so zur Kenntnis nehmen und auch Ihre unangemessene Reaktion. Deshalb kann ich nur sagen, für das Parlament gibt es heute wirklich nur eine zulässige Alternative, die hatten wir im Haushaltsausschuss übrigens schon einmal gemeinsam festgestellt und sie lautet: Diese Drucksache gehört zurückgezogen und nicht beschlossen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe–von Krosigk:
Das Wort hat Herr Lafrenz.

Hans Lafrenz CDU:* Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Wie schön, Frau Dr. Stapelfeldt und Herr Dr. Bischoff, dass Sie sich zur HafenCity Universität bekennen. Doch dann geben Sie einen Schuss nach dem andern auf die HafenCity Universität ab

(Ingo Egloff SPD: auf die Finanzierung!)

und mit jedem Schuss ziehen Sie Ihr Bekenntnis zur Sonntagsrede herab.

(Beifall bei der CDU und bei Andreas Waldowsky GAL)

In der letzten Legislaturperiode hat die Mehrheit dieses Hauses die Gründung der HCU beschlossen und das ist die Realität. Und Teil dieses Beschlusses war der Standort HafenCity, Teil dieses Beschlusses war auch der Neubau eines Universitätsgebäudes, nicht etwa die Renovierung und der Umbau der Fachhochschule an der Hebebrandstraße. Mit Ihrem Antrag zum Standort Hebebrandstraße, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, waren Sie damals unterlegen.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Na und!)

Wir von der CDU und unser Koalitionspartner GAL verfolgen zielstrebig die Umsetzung dieses Beschlusses. Zusammen mit dem Senat wollen wir endlich die seit Jahrzehnten bestehenden Defizite in den der Baukultur verbundenen Fächern und Fakultäten überwinden, mit einem neuen Haus an einem attraktiven Standort und in einer Zusammenfassung aller der Baukultur verbundenen Hochschulfächer.

(Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: Und mit viel Schulden!)

Nie wird die Überwindung dieser Defizite gelingen, wenn außer dem vorhandenen Personal auch noch die an verstreuten Standorten vorhandenen Bauten für die neue HCU genutzt werden. Ihr Signal ist Mittelmaß. Ein Aufbruch ist notwendig, der auch visuell wahrgenommen wird. Von außen kaum wahrnehmbare organisatorische Veränderungen und von außen kaum erkennbare bauliche Verbesserungen erzeugen keinen Aufbruch.

(Jan Quast SPD: Alles Fassade bei Ihnen!)

– Eine schöne Fassade.

(Ingo Egloff SPD: Potemkinsche Dörfer: Nichts hinter der Fassade!)

Die Kritik des Rechnungshofs mag für eine rein materielle Kostenbetrachtung genügen, doch sie berührt nur einen einzelnen Aspekt einer notwendigerweise wesentlich komplexeren und umfassenderen Bewertung. In diese Bewertung darf die Kritik des Rechnungshofs nicht als ein sich einer Abwägung entziehender Anspruch eingebracht werden. Doch da genau liegt das Problem zwischen Rechnungshof und Wissenschaftsbehörde und zwischen Opposition und den Regierungsfractionen. Wie würden Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wohl reagiert haben, wenn Ihnen seinerzeit der Rechnungshof die Kosten steigernden Standards der Wohnungsbauförderungsbestimmungen vorgehalten hätte? Sie instrumentalisieren den Rechnungshof gegen die HCU, um Ihren zu Recht unterlegenen Plan wieder auf

(Hans Lafrenz)

die Tagesordnung zu setzen. Damit erweisen Sie dem Ansehen des Rechnungshofs einen schlechten Dienst und noch viel mehr der neuen HCU.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker* und *Dr. Eva Gümbel*, beide GAL)

Die HCU ist auch ein Instrument der Stadtentwicklung. Sie wird der für die HafenCity als Oberziel angestrebten Nutzungsvielfalt auf hohem Niveau nachhaltige Impulse geben. Ein Verzicht auf die HCU am Standort HafenCity würde einen wesentlichen Baustein aus dem Nutzungs- und Funktionskonzept der HCU herausbrechen. Die HCU würde nachhaltig an Attraktivität einbüßen. Wir werden die HCU in der HafenCity bauen zur Steigerung der Attraktivität der universitären Bildungsangebote in Hamburg, zur Intensivierung des Dialogs zwischen Experten und Entscheidern und zur nachhaltigen Festigung des Standortes HafenCity. – Dankeschön.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Dr. Gümbel.

Dr. Eva Gümbel GAL:* Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal ganz deutlich eines klarstellen, bevor hier Legenden von der Opposition gestrickt werden: Es war in der Tat so, dass die Kritik vom Rechnungshof bereits vorlag, als wir das Thema im Wissenschaftsausschuss aufgerufen haben. Frau Stapelfeldt, Sie wissen das, Frau Heyenn, Sie wissen das auch.

(*Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD:* Deswegen haben wir die Kritik doch auch im Wissenschaftsausschuss thematisiert!)

– Eben drum.

Also diese Kritik ist im Haushaltsausschuss keineswegs neu aufgerufen worden, so wie Herr Dr. Tschentscher das gerade vorgetragen hat, sondern wir haben diese Kritik sehr ausführlich im Wissenschaftsausschuss besprochen. Der Oberbaudirektor hat uns sehr deutlich vorgerechnet, wie es an der Hebebrandstraße aussehen könnte,

(*Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD:* Der Oberbaudirektor war gar nicht dabei!)

genau das, was die Senatorin gerade vorgetragen hat. Es ist also keineswegs so, dass sich die Kosten der beiden zu vergleichenden Hochschulen, einmal an der Hebebrandstraße, einmal in der HafenCity, so unterscheiden würden, wie Sie uns jetzt hier glauben machen wollen. Zum andern müsste tatsächlich ein Neubau dorthin. Wir haben das alles sehr ausführlich besprochen. Frau Stapelfeldt, Sie haben sich enthalten, Frau Heyenn hat die HafenCity Universität im Wissenschaftsausschuss gelobt.

Wir haben doch jetzt eher die Situation, dass Sie das Gefühl haben, Sie könnten den Rechnungshof in Stellung bringen. Das tun Sie auch zu Recht, denn wir sind tatsächlich der Meinung, dass die Kriterien, die der Rechnungshof hier zur Überprüfung der Wirtschaftlichkeit angelegt hat, nicht angewendet werden sollten, um nachhaltiges Bauen als wirtschaftlich zu bewerten.

(*Andy Grote SPD:* Wollen Sie dem Rechnungshof das Rechnen beibringen?)

– Ich will dem Rechnungshof nicht das Rechnen beibringen, das kann er. Aber es müssen von uns Kriterien festgelegt werden, nach denen Wirtschaftlichkeit beurteilt wird.

(Zuruf: Die stehen in der Landeshaushaltsordnung!)

– In der Landeshaushaltsordnung steht nur, dass eine solche Überprüfung vorgenommen werden soll. Das ist geschehen und es wurde gesagt, das sei unwirtschaftlich. Aber warum sind moderne, innovative Technologien in einem Zeitraum von zehn Jahren unwirtschaftlich? Weil sie teuer sind, das ist richtig. Aber wir wollen, dass dieses Gebäude ausgestattet ist mit innovativen Technologien des nachhaltigen Bauens. Das ist von uns erwünscht.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Insofern sind die Senatorin und Herr Lafrenz ganz zu Recht darauf eingegangen, dass das eine kleine Stellschraube ist, an der wir werden arbeiten müssen. Wenn wir als Grüne in dieser Stadt bauen, die Senatorin hat es vorhin gesagt, dann wird uns so etwas noch häufiger begegnen, weil wir dafür sorgen werden, dass nachhaltig und energieeffizient gebaut wird, nicht nur in der HafenCity. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Ingo Egloff SPD:* Sind Sie Fürsten oder was? Wenn Grüne bauen ... Was ist das denn für ein Demokratieverständnis? Da fällt einem nichts mehr zu ein! So etwas Überhebliches! – *Hans-Detlef Roock CDU:* Nun reg' dich doch nicht so auf!)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Tagesordnung sagt, wir reden hier heute über einen Bericht des Haushaltsausschusses. Dennoch haben sehr viele meiner Vorrednerinnen und Vorredner mit einem Bekenntnis zur HCU begonnen. Frau Dr. Gümbel hat eben gesagt, ich hätte die HCU im Wissenschaftsausschuss gelobt. Ich habe bestimmte Aspekte mit Sicherheit hervorgehoben, aber ich habe auch Kritik vorgebracht. Und an dieser Stelle möchte ich deut-

(Dora Heyenn)

lich machen, dass die LINKE zur HCU eine sehr differenzierte Haltung hat. Ich will Ihnen sagen, was uns stört.

Das Erste, was uns stört, ist die Genese dieser HCU. Es ist ganz klar ein Leuchtturmprojekt, das ist schon ausgeführt worden, und sie soll nicht die Attraktivität des Wissenschaftsstandorts Hamburg steigern, sie soll die Attraktivität der HafenCity steigern. Das ist eine ganz deutliche Sache und das muss auch klar gesagt werden, dass sie diese Funktion hat. Das Zweite, was wir kritisieren, ist – das habe ich auch zum Präsidenten der HCU gesagt –, dass wir trotz des Vorhabens, die Anzahl der Studierenden zu steigern, eine neue Universität bauen, die weniger Studenten haben wird als jetzt am Standort Hebebrandstraße. Drittens stört uns, dass gerade der Oberbaudirektor Walter mit seinen Temperamentsausbrüchen im Wissenschaftsausschuss derjenige war, der die Hebebrandstraße, wie Sie immer so schön sagen, Herr Beuß, schlechtgeredet hat. Daraufhin haben wir uns auf die Socken gemacht, Herr Dr. Bischoff und ich, und haben uns die Hebebrandstraße stundenlang angesehen. Und alles das, was Sie heute gesagt haben und was angedeutet wurde – man könne nichts daraus machen, das Raumkonzept passe nicht, man müsse die Hörsäle neu bauen –, konnten wir überhaupt nicht feststellen. Insofern haben wir daran ganz große Kritik.

Wir haben auch Kritik daran, das ist allerdings das Konzept für die gesamte Universität, dass viele der Studierenden, die an der HCU ihren Bachelor machen und später ihren Master machen wollen, eventuell keinen Masterplatz bekommen. Auch das kritisieren wir.

Wir begrüßen es natürlich, wenn energetisch günstig gebaut wird, und wir sind auch für Identität stiftende Bauten, gar keine Frage, nur es muss im Verhältnis stehen. Worüber wir heute diskutieren, ist der Bericht aus dem Haushaltsausschuss. In erster Linie müssen wir heute darüber entscheiden, ob wir die vorgeschlagene Form der Verwendung der Finanzmittel unterstützen und sie freigeben wollen. Von mehreren Rednern ist gesagt worden, die Landeshaushaltsordnung sei verletzt worden. Wir von der LINKEN überlegen Schritte gegen diesen Beschluss, sollte er heute gefasst werden, weil wir der Auffassung sind, es darf in dieser Demokratie und auch in dieser Stadt nicht so weit kommen, dass Macht Recht bricht. Und deshalb werden wir dagegen stimmen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Herr Kühn.

Philipp-Sebastian Kühn SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann es mir wirklich nicht ersparen, mich noch einmal zu

Wort zu melden und noch einige kritische Punkte zu diesem Projekt anzumerken. Ich will mich auch ganz bewusst ganz am Anfang an Ihre Fraktion wenden, meine Damen und Herren von der CDU.

(Olaf Ohlsen CDU: Nun schwafel' nicht lange rum! Setzt dich wieder hin!)

Mir ist selten in einer politischen Debatte so viel blinde Arroganz begegnet wie in dieser.

(Beifall bei der SPD)

Denn es gibt sehr wohl sehr berechtigte Kritik und ich will mich zunächst der Gründungsidee dieser Universität zuwenden. Wir hatten in dem Augenblick, als diese Universität gegründet wurde, 1900 Studenten an dieser Hochschule, Sie verringern die Zahl der Studierenden um über 20 Prozent auf 1500. Ihre Idee ist, Sie bauen ein neues Gebäude, schöne Architektur, verringern die Studierendenzahl und generieren damit Exzellenz. Das ist eine Vorstellung von Wissenschaftspolitik, die ist aberwitzig und die ist sicherlich nicht zielführend.

(Beifall bei der SPD)

Und deshalb ist die HCU ein perfektes Beispiel für die Fehlgeleitetheit der gegenwärtigen Hamburger Hochschulpolitik. Was fehlt, ist ein Masterplan für die Hamburger Hochschulpolitik,

(Wolfgang Beuß CDU: Uiih Herr Kühn! Das ist ja ein tolles Projekt!)

in dem Sie endlich einmal alle Entwicklungsperspektiven für alle unterschiedlichen Hochschulen vor Augen führen und eine strukturelle Planung machen für den gesamten Wissenschaftsstandort Hamburg. Aber Sie machen Kleinteiligkeit, Sie zersägen den Wissenschaftsstandort Hamburg und das schadet der ganzen Stadt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Und ich will noch etwas sagen, weil Sie versuchen, ein vollkommen falsches Bild zu zeichnen: Wir haben uns damals im Wissenschaftsausschuss enthalten. Diese Entscheidung ist uns nicht leicht gefallen. Ich kann Ihnen auch sagen, warum ich dann dafür plädiert habe, dass wir uns enthalten. Ich habe mich im Vorwege meiner Kleinen Anfragen zu diesem Thema natürlich auch mit vielen Studierenden dieser Universität unterhalten, die gegenwärtig wirklich unter schlimmen Zuständen studieren müssen. Sie müssen Studiengebühren bezahlen und gerade die Gebäude Hebebrandstraße und Averhoffstraße sind in baulich katastrophalem Zustand. Mir tun die Studierenden und die Professoren leid. Deshalb haben wir uns entschieden, uns zu enthalten, aber wir haben grundsätzlich politisch an diesem Projekt sehr wohl immer viel auszusetzen gehabt und das gilt gerade auch für meine Person.

Noch ein Punkt: Was ich ganz bedenklich finde,

(Philipp-Sebastian Kühn)

(Wolfgang Beuß CDU: Jetzt kommt's!)

ist, dass Sie jetzt – je nachdem, wie Sie rechnen – 60 oder 80 Millionen Euro für 1500 Studierende ausgeben. Wir führen seit fast einem Jahr eine Diskussion über die bauliche Perspektive der Universität, dazu haben Sie bislang nichts wirklich Konkretes geliefert. Diese ganze Diskussion ist ein Fiasko geworden. Es warten 35 000 Studierende

(Wolfgang Beuß CDU: Nun reg' Dich mal nicht so auf!)

der Hamburger Universität darauf, endlich zu erfahren, was ihre Perspektive ist und was mit dieser Universität wird. Und Sie haben außer Nebelkerzen bislang noch nichts Konkretes zur Finanzierung gesagt. Das finde ich wirklich skandalös, dass Sie jetzt diese Drucksache so durchboxen und für 1500 Studierende so viel Geld ausgeben, während die große Mehrheit der Studierenden in dieser Stadt sich immer noch fragt, wo eigentlich ihre Zukunft liegt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Neumann.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Hat der auch studiert?)

Michael Neumann SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren!

– Ja, auf die Frage, ob ich studiert habe, kann ich Ja sagen, aber es ist bei der Frage, ob hier Recht gebrochen wird oder die Verfassung gebrochen wird, nicht entscheidend, ob man studiert hat, sondern da geht es darum, ob man gesetzestreu ist, ob man sich an die Verfassung hält, und dazu muss man nicht studiert haben, dazu reicht das normale Empfinden.

Ich glaube, die Argumente, die hier genannt worden sind, waren überzeugend. Wir haben aber auch erlebt und erlitten, dass die Mehrheiten in Parlamenten so sind, wie sie sind. Sie haben sich heute entschlossen, trotz aller Argumente und trotz aller Punkte, die angeführt worden sind, nicht ins Nachdenken zu kommen, sondern Sie wollen mit dem Kopf durch die Wand. Deshalb bleibt unserer Fraktion nichts anderes übrig, als die zweite Lesung heute zu verweigern, um Ihnen noch einmal Bedenkzeit zu geben und die Möglichkeit, nach der Sommerpause vielleicht mit kühlerem Kopf die Argumente noch einmal abzuwägen und zu prüfen, ob das wirklich die richtige Entscheidung ist.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann mit Mehrheit angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Dieser Widerspruch ist wirksam und die zweite Lesung findet in einer der nächsten Sitzungen nach der Sommerpause statt.

Tagesordnungspunkte 22 und 46, Drucksachen 19/3372 und 19/3386, Bericht des Haushaltsausschusses, Haushaltsplan 2009/2010, Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt; Vorlage eines Wohnungsbauentwicklungsplanes und Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung bei dem Titel 06.06610.526.02 "Planungsleistungen der Bezirksämter für Maßnahmen der Wachsenden Stadt" im Haushaltsjahr 2010 und der Antrag der CDU- und GAL-Fraktion, Förderung des Wohnungsbaus und des energiesparenden Bauens.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/2995:

Haushaltsplan 2009/2010, Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt; Vorlage eines Wohnungsbauentwicklungsplanes und Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung bei dem Titel 06.06610.526.02 „Planungsleistungen der Bezirksämter für Maßnahmen der Wachsenden Stadt“ im Haushaltsjahr 2010 (Senatsantrag)

– Drs 19/3372 –]

Zur Drucksache 19/3372 liegen Ihnen als Drucksache 19/3488 ein Antrag der Fraktion DIE LINKE sowie als Drucksache 19/3509 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Bericht des Haushaltsausschusses
Wohnungsbauentwicklungsplan**

– Drs 19/3488 –]

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Hamburg braucht Entschlossenheit in der Wohnungspolitik!**

– Drs 19/3509 –]

**[Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:
Förderung des Wohnungsneubaus und des energiesparenden Bauens**

– Drs 19/3386 –]

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk)

Wer wünscht das Wort? – Herr Roock, Sie haben das Wort.

Hans-Detlef Roock CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit der Vorlage des Wohnungsbauentwicklungsplans kommt der Senat einer Vereinbarung des Koalitionsvertrages nach. Meine Fraktion hatte diesen seinerzeit mit eingebracht und begrüßt es daher außerordentlich, dass es nun einen solchen Orientierungsrahmen für die zukünftige Wohnungsbaupolitik in unserer Stadt gibt. Bevor ich auf die wesentlichen Inhalte eingehe, danke ich auch im Namen meiner Fraktion zuerst einmal allen, die an der umfangreichen und detaillierten Drucksache mitgewirkt haben. Mit seinem ressortübergreifenden Ansatz gibt der Senat mit diesem Plan der Wohnungsbauentwicklung ein Instrumentarium an die Hand, in dem Vorgaben, Kernziele und Notwendigkeiten dargestellt werden. Dies hat es in dieser Form bislang noch nicht gegeben. Knapp ausgedrückt, gibt er eine Beschreibung des Ist-Zustandes auf dem Wohnungsmarkt, erörtert Prognosen, zeigt Notwendigkeiten und Wege auf, was zu tun ist, und dem wollen wir uns stellen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Meine Damen und Herren! Der Wohnungsbauentwicklungsplan trifft Richtungsentscheidungen, formuliert Handlungs- und Prüfaufträge und ist Grundlage für eine kooperative Zusammenarbeit mit den Bezirken, Grundeigentümern, Investoren und sozialpolitischen Verbänden. In der vorliegenden Drucksache ist bereits eine Fortschreibung avisiert, die zeigt, dass der Plan unter gewissen Prämissen und Vorbehalten Entscheidungsspielraum lässt und bei veränderten zukünftigen Anforderungen und Gegebenheiten modifiziert werden kann. Er soll kontinuierlich im Austausch mit den Trägern der Wohnungswirtschaft und den Bauinteressenten evaluiert und angepasst werden. Ich meine, dies ist eine richtige Maßnahme,

(Dirk Kienscherf SPD: ... wäre es auch, wenn Sie mal Wohnungen bauen würden!)

bei der alle Beteiligten und das Parlament gefordert sind.

Auf der anderen Seite werden aber unverrückbare Kernziele und Vorgaben gemacht, hierzu gehören die öffentliche Wohnungsbauförderung und mehr Mietwohnungen, die primär innerstädtische Flächenmobilisierung sowie energetische und ökologische Standards. Die Bestandsaufnahme zeigt unter anderem einen rückläufigen Wohnungsbau trotz steigender Einwohnerzahlen, zusätzlichen Bedarf an sowohl familienfreundlichen als auch kleinen, preiswerten Wohnungen und ein heterogenes Preisniveau in den Stadtteilen. Davon ausgehend benennt der Wohnungsbauentwicklungsplan folgende Kernziele: Schaffung von 5000 bis

6000 Wohnungen jährlich, deutliche Erhöhung der Förderung für den Mietwohnungsbau, Förderung und Integration von hilfs- und unterstützungsbedürftigen Menschen, Flächen schonende Bereitstellung von mehr Bauflächen, Förderung des ökologischen Bauens und Schaffung von Klimaschutzstandards.

Eine der Hauptvoraussetzungen für den Wohnungsneubau ist die Mobilisierung von Flächen. Hier will der Senat verstärkt tätig werden, bis 2013 sollen Flächen für 32 000 Wohnungen bereitgestellt werden, für knapp 30 000 können diese bereits jetzt benannt werden. Die restlichen Flächen für gut 2000 Wohnungen sollen durch verstärkte Innenentwicklung geschaffen werden.

(Jan Quast SPD: Das ist aber recht wenig für vier Jahre!)

– Zu Ihren Forderungen kommen wir ja noch, Herr Quast.

Hierbei gilt es besonders, Konversionsflächen und Baulücken zu nutzen. Eine besondere Verantwortung wird aber auch den Bezirken zukommen, mit denen der Senat durch Zielvereinbarungen neues Baurecht schaffen wird, für 2009 voraussichtlich für 4000 Wohnungen. Darüber hinaus werden die Bezirke personell und finanziell besser ausgestattet, es sollen bis zu 10 neue befristete Projektstellen Innenentwicklung geschaffen und die Prämien für Geschosswohnungsbau gegenüber Einfamilienhäusern verdoppelt werden.

Die Stadt wird mit unterschiedlichen Fördersegmenten verstärkt den Wohnungsbau forcieren. So wird die Zahl der geförderten Mietwohnungen von 650 auf 1000 deutlich erhöht. Darüber hinaus werden 600 Neubaueigentumsvorhaben gefördert und der Förderbarwert wird von 103,5 Millionen Euro auf 120 Millionen Euro in 2009 angehoben. Er soll nachfolgend jährlich um zwei Prozent angehoben werden, das bedeutet unter dem Strich eine direkte öffentliche Förderung von 1609 Wohneinheiten im Jahr.

Als weitere Maßnahmen zur Stabilisierung der sozialen Balance auf dem Wohnungsmarkt dienen auch der objektbezogene Ankauf von zunächst 100 Belegungsbindungen und subjektbezogene Einzelzuschüsse für Integration im Wohnraum.

Dies alles zeigt den verstärkt integrativen Ansatz der Wohnungsbaupolitik. Hier werden Versorgungsauftrag der Stadt und qualitativ hohe Wohnqualität miteinander verbunden.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Hierfür spricht auch, dass der Senat unverändert daran festhält, die stadteigene SAGA GWG nicht zu verkaufen. Somit verbleiben das Wohnungsbau- und das sozialpolitische Steuerungselement in den Händen der Stadt und das ist genau die Position

(Hans-Detlef Roock)

meiner Fraktion, die sich in dieser Frage nie verändert hat.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Meine Damen und Herren! Genau wie in Hamburg stehen auch andere Bundesländer, insbesondere in den Großstädten,

(Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz)

vor vergleichbaren Herausforderungen, den Klimaschutz und die demografische Entwicklung betreffend. Auch dort ist bezahlbarer und attraktiver Wohnungsbau mit optimalen energetischen Standards notwendig, hierfür sollten aus unserer Sicht bundesweit Anreize geschaffen werden. Hierzu hat meine Fraktion den vorliegenden Antrag zur Förderung des Wohnungsbaus und des energiesparenden Bauens parallel zum Wohnungsbauentwicklungsplan des Senats eingebracht. Es sollte geprüft werden, inwieweit Neubau von Mietwohnungen und Wohngebäuden mit überdurchschnittlichem, niedrigem Energieverbrauch zusätzlich steuerlich abgeschrieben werden können und eine stärkere Förderung erhalten, die durch die WK möglich ist. Nach dieser Überprüfung sollte sich der Senat mittels einer Bundesratsinitiative für eine Novellierung der entsprechenden Gesetze einsetzen. Unser Antrag steht demzufolge in logischer Fortführung des Wohnungsbauentwicklungsplans des Senats und würde dessen Effekte noch verstärken.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass mit dem Wohnungsbauentwicklungsplan ein umfassendes Konzept für eine nachhaltige Weiterentwicklung auf dem wirklich sehr schwierigen Feld des Wohnungsbaus vorliegt, welches in den kommenden Monaten prozesshaft konkretisiert wird. Ich denke, in meinem Beitrag ist deutlich geworden, dass wir alle Möglichkeiten zur Forcierung des Wohnungsbaus strategisch in den Blick genommen haben und eine permanente Fortschreibung und Anpassung je nach Lage möglich ist. Die beiden Anträge der LINKEN und der SPD lehnen wir ab,

(Jan Quast SPD: Zu konkret!)

weil die Forderungen zum größten Teil Bestandteil des Wohnungsbauentwicklungsplans sind und die Mehrforderungen – ich nenne nur einmal den Antrag der LINKEN –, bewegen sich bei der LINKEN, man höre und staune, ich habe das einmal grob hochgerechnet, bei einer halben Milliarde Euro. Ich frage Sie, Herr Dr. Bischoff, wo wollen Sie das hernehmen?

(Jan Quast SPD: HCU!)

Diese Mehrforderungen sind einfach im Haushalt nicht abbildbar, sie sind nicht abgebildet und sie sind schlicht und ergreifend auch nicht finanzierbar. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Grote.

Andy Grote SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Roock, wenn man Ihnen zuhört, könnte man den Eindruck haben, der Wohnungsbauentwicklungsplan sei eine tolle Sache und da würde wirklich etwas drinstehen. Vielleicht müssen wir uns das doch noch einmal etwas genauer ansehen. Grundsätzlich, da gebe ich Ihnen recht, ist zu begrüßen, dass überhaupt einmal ein Wohnungsbauentwicklungsplan vorgelegt wird, das zeigt immerhin die Bereitschaft, sich im Senat ernsthaft mit Wohnungsbaupolitik zu befassen und das ist ein Fortschritt, insofern kann ich Ihnen etwas enthusiastisch geratenen Beitrag zum Teil zumindest emotional verstehen. Denn das ist immerhin mehr, als in den letzten Jahren, seit 2001, überhaupt in Sachen Wohnungsbaupolitik passiert ist.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich will auch nicht in Abrede stellen, dass der Plan manches Brauchbare enthält, eine sehr ordentliche Analyse. Sie ist im Übrigen eine krachende Ohrfeige für die Wohnungsbaupolitik der CDU-Senate, das wird Ihnen sicherlich nicht entgangen sein. Die Zielvereinbarung beziehungsweise die Zielformulierung, 5000 bis 6000 Wohneinheiten Neubau pro Jahr, das ist richtig, auch manche programmatische Überlegung ist richtig, vereinzelte Maßnahmen gehen in die richtige Richtung. Insofern wollen wir dem heute zustimmen, weil man das Wenige, das vorgelegt wird, nicht auch noch ablehnen möchte. Aber die eigentliche Frage, um die es geht, ist: Reicht es, was hier heute vorgelegt wird? Reicht es angesichts einer zunehmenden Verknappung von insbesondere bezahlbarem Wohnraum, auch angesichts zunehmender Medienberichte über Zwangslagen und steigende Probleme von Wohnungssuchenden, wie wir sie in Hamburg Gott sei Dank sehr lange nicht hatten, reicht es angesichts dramatischster Tiefststände, die wir bei Fertigstellungen haben. 3400 Wohneinheiten gab es noch im Jahr 2008, davon allerdings nur noch 2000 im Geschosswohnungsbau, der Bedarf liegt dagegen bei 5000 bis 6000, das haben Sie selbst gesagt. Die Baugenehmigungen sind inzwischen auf 3700 gesunken, 1000 weniger als 2008. Vor diesem Hintergrund noch einmal die Frage: Reicht es, was Sie heute vorlegen? Und damit ist die Antwort klar: Nein, es reicht nicht.

(Beifall bei der SPD)

Erforderlich wäre ein zupackendes Handlungskonzept mit konkreten Maßnahmen zur Erreichung der selbstgesetzten Zielzahlen, genau das leistet Ihre Drucksache aber nicht. Von den wenigen konkreten Maßnahmen, die darin enthalten sind, sind fast

(Andy Grote)

alle schon bekannt, sind in der Vergangenheit schon eingesetzt worden und haben gerade zu keiner Belebung geführt, sondern zu den Zahlen, die ich eben noch einmal genannt habe. Neu ist im Wesentlichen die dauerhafte Anhebung der geförderten Mietwohnungen von 600 auf 1000. Das ist viel zu wenig, das müssten Sie eigentlich auch wissen. Gut ist auch, dass Mittel für Projektstellen in den Bezirken zur Verfügung gestellt sind, aber auch das reicht für das, was Sie sich bei Flächenbereitstellung vorgenommen haben, bei Weitem nicht.

Insgesamt kann man sagen, nach jahrelanger Flaute in der Wohnungspolitik haben wir jetzt ein laues Lüftchen, aber keinesfalls den frischen Wind, den wir brauchen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Das, was erforderlich ist und was wir vom Wohnungsbauentwicklungsplan erwartet hätten, haben wir in unserem Zusatzantrag sehr deutlich gemacht, und ich finde es überraschend, dass Sie sagen, unsere Forderungen stünden alle in Ihrem Plan. Dann sehen wir uns das einmal an; bei uns steht, dass wir wieder einen substanziellen Anteil an Neubauten durch SAGA GWG brauchen, 750 sofort auf eigenen Flächen, für die Baurecht besteht, und im Schnitt 1000 Wohneinheiten im Jahr. Dazu steht bei Ihnen gar nichts, außer dass Sie vielleicht einmal Gespräche führen wollen. Sie wissen auch, und das findet sich in Ihrem Wohnungsbauentwicklungsplan auch nicht, dass wir bei der Vergabe der städtischen Wohnungsbaugrundstücke wegmüssen vom Höchstpreisgebot, das dazu führt, dass bezahlbarer Wohnraum, bezahlbarer Geschosswohnungsbau auf diesen Flächen praktisch ausgeschlossen ist; auch dazu kein Wort in Ihrer Drucksache.

Wir fordern die Erhöhung nicht von 600 auf 1000, sondern auf 2000 Wohneinheiten im geförderten Wohnungsbau, weil das schlicht erforderlich ist, um dort überhaupt einen spürbaren Effekt zu erzielen. Diese 400 Wohnungen, mit denen Sie an den Start gehen, reichen nicht, das wissen Sie auch. In Ihrer Drucksache steht trotzdem nichts anderes, und es steht gerade das nicht drin, was in unserem Antrag steht.

Weiterhin, Sie haben es eben genannt, die Belegungsbindung: Bei den massiven Zahlen an auslaufenden Belegungsbindungen, die wir im Moment jedes Jahr haben, müssen Sie zugeben, dass 100 angekaufte Belegungsbindungen im Jahr vielleicht einen gewissen wissenschaftlichen Nutzen haben, zu Forschungszwecken kann man das machen, um das zu untersuchen, ein spürbarer Fördereffekt ergibt sich jedoch aus diesen 100 natürlich nicht. Dazu bedarf es mehr, wir haben die Forderung von 1000 aufgestellt und auch das findet sich natürlich nicht in Ihrer Drucksache.

Genauso wissen Sie auch, dass die sogenannten Wohnungsbauoffensiven, die auch wieder in der Drucksache stehen, in ihrer jetzigen Form nicht zum Erfolg geführt haben. Wenn man will, dass von diesem Instrument tatsächlich eine Belebung ausgeht, dann muss man die Bedingungen der Vereinbarungen, die mit den Verbänden dort ausgehandelt werden, in der Konsequenz auch verändern. Dazu haben wir Vorschläge gemacht, die auch nicht in Ihrer Drucksache stehen.

Zur Flächenbereitstellung haben Sie theoretische Zahlen genannt, konkret stehen die erforderlichen Flächen gerade nicht zur Verfügung. Die Zielvereinbarungen, die Sie genannt haben, 4200 Wohneinheiten, sollen in Vereinbarung mit den Bezirken für 2009 bereitgestellt werden – da frage ich Sie, gibt es die schon für 2009, liegen die wirklich alle vor? Denn wir sind schon über die Mitte des Jahres hinaus, und inzwischen kann man wohl nicht mehr von Zielvereinbarungen sprechen, da ist höchstens noch Bestand abgebildet, und wenn etwas drinsteht: ist es belastbar? Im Jahr 2008 standen 1500 Wohneinheiten drin, 825 sind es geworden, gerade einmal die Hälfte. Jetzt wollen Sie für dieses Jahr das Fünffache erreichen. Das ist unrealistisch, in Wahrheit werden Sie auch auf diesem Feld nichts erreichen.

Das bedeutet: Im Ergebnis muss man feststellen, dass die entscheidenden Schritte und die letzte Entschlossenheit, wirklich etwas zu ändern an der jetzigen Situation, fehlen. In der Drucksache, in der vieles an Ansätzen, an Ideen, an Überlegungen steht, ist es insgesamt zu zaghaft, zögerlich an vielen Stellen, prüfend, akademisch, analysierend und vage, das ist schade. Die Erwartungen an den Wohnungsbauentwicklungsplan – und es ist richtig, in dieser Gründlichkeit ist das lange nicht bearbeitet worden – waren hoch, aber die Chance, hier einen kraftvollen Neuanfang in der Hamburger Wohnungsbaupolitik zu wagen, ist politisch vertan worden.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Nicht-Handeln, Ihre Zögerlichkeit an dieser Stelle führt dazu, dass die Attraktivität Hamburgs für viele Bewohner und auch für die Hinzuziehenden zunehmend zu einem Problem wird, weil knapper Wohnraum zu stärkerem Wettbewerb um diesen Wohnraum führt, auch zu einem Verdrängungswettbewerb, zu Mietpreisanstieg, insbesondere einkommensschwächere Mieter sind betroffen, haben es immer schwerer und werden aus manchen Stadtteilen herausgedrängt. Das ist Segregation, nichts anderes, und das ist nicht unsere Vorstellung vom Zusammenleben in dieser Stadt.

Um gerade in den urbanen, innerstädtischen Quartieren, die von diesen Effekten besonders betroffen sind, etwas entgegenzusetzen, haben wir als SPD im Bezirk Hamburg-Mitte, gemeinsam mit der GAL, soziale Erhaltungsverordnungen für die Stadtteile

(Andy Grote)

St. Pauli und St. Georg auf den Weg gebracht. Die CDU ist auf allen Ebenen bisher dagegen, vielleicht können Sie in der nächsten Runde gleich dazu noch einmal etwas sagen. Entschieden wird das am Ende des Tages wahrscheinlich in der BSU und da bin ich gespannt, wie sich der Senat zwischen CDU und GAL dazu sortiert. Im Wohnungsneubau jedenfalls, das ist dieser Drucksache deutlich zu entnehmen, werden wir die Zielzahlen von 5000 bis 6000 in dieser Legislaturperiode nicht mehr erreichen, es ist keine einzige greifbare Maßnahme im Plan enthalten, die eine spürbare Entwicklung in diese Richtung erwarten lässt. Es ist sehr viel nach dem Motto: weiter so, ein paar Überlegungen und das war es dann. Insofern muss man sich fragen, ob Sie diese Ziele wirklich ernsthaft weiter wollen und ob Sie sich diesen Fragen wirklich stellen, wie Sie heute behauptet haben, die Drucksache bleibt es jedenfalls schuldig. An vielen Stellen – auch in der Ausschussberatung, die wir dazu hatten – gibt es zunehmend eine andere Argumentation. Sie heißt, der Senat könne nur einen begrenzten Beitrag leisten, könne nur ein paar Dinge tun, Sie sagten es eben auch, mit diesem Plan sei alles getan, seien alle Ressourcen ausgeschöpft, die man zur Verfügung habe, und den Rest müsse dann die Wohnungswirtschaft leisten. Damit wird natürlich schon der Weg vorbereitet, um, wenn es am Ende nicht reicht, anderen die Verantwortung in die Schuhe zu schieben. Das ist etwas, das wir an dieser Stelle als Argumentation nicht zulassen werden, Sie können sich mit dieser Argumentation der Verantwortung nicht entziehen. Sie haben die Mittel in der Hand, machen Sie auch Gebrauch davon.

(Beifall bei der SPD)

Die Wohnungswirtschaft wird Sie nicht im Stich lassen, da brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen, die wollen bauen, aber die sind wie kaum ein anderer Wirtschaftszweig abhängig von den Rahmenbedingungen, die staatlich gesetzt werden, und im Übrigen ist es auch so, dass es in dieser Stadt schon einmal eine Wohnungspolitik gegeben hat, die auch unter Beweis gestellt hat, dass man hier zu anderen Ergebnissen kommen kann, also es geht. Machen Sie sich an die Arbeit, krempeln Sie die Ärmel hoch, nehmen Sie Ihre eigenen Ziele endlich ernst und werden Sie Ihrer Verantwortung gerecht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Becker.

Horst Becker GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Detlef Roock hat es anfangs schon gesagt, der Wohnungsbauentwicklungsplan, der vorgelegt worden ist – nicht nur von der BSU, es haben auch noch drei weitere Fach-

behörden und die Bezirke daran mitgearbeitet –, ist das wohl umfangreichste und ressortübergreifendste Instrumentarium, das es bislang in dieser Richtung gegeben hat. Das ist auch notwendig, weil wir eine Situation mit relativ schwierigen Ausgangsbedingungen haben, das heißt, wir haben eine große Nachfrage, allerdings auch nur in bestimmten Bereichen. Wir haben Mangel besonders an großen und kleinen Wohnungen, wir haben Ziele wie die Unterbringung von Bevölkerungsgruppen mit sogenannten Marktzugangsproblemen, das heißt, Wohnungsnotfälle, Menschen mit Behinderungen. Das heißt, wir wollen flächensparend bauen, wir wollen Innenverdichtung machen, wir wollen ökologisch bauen und wir wollen bezahlbaren Wohnraum bauen. Das sind alles Ziele, die wir haben und die wir versuchen müssen, zu einem Ganzen zusammenzubinden. Das ist nicht ganz einfach und es ist so, dass dieser Wohnungsbauentwicklungsplan ein Instrumentarium, einen Werkzeugkoffer aufgestellt hat, der im Grundsatz alles an Maßnahmen liefert, was im Moment bekannt ist und die zur Verfügung stehen, das haben uns die Experten und auch die Wohnungswirtschaft so bestätigt. Dem ist auch im Wesentlichen nicht widersprochen worden. Es ist nicht der Job der Opposition, das gut zu finden, was wir machen, das ist klar. Was Sie im Grunde gesagt haben, ist, dass sie mehr wollten, das habe ich im Grundsatz verstanden, das kann man natürlich immer machen. Wir sind der Meinung, dass diese 30 oder 32 Prüfaufträge, die es an den Senat gibt, ernst gemeint sind und dass wir auch nicht von vornherein, wie Sie es fordern, die Maßnahmen festlegen können, sondern wir müssen sie prüfen, weil jede der einzelnen Maßnahmen, die angewandt und geprüft werden sollen, an der einen Stelle richtig, an der anderen Stelle falsch sein kann, das heißt, es ist auch Trial and Error. Wir müssen ausprobieren, wie es zum Beispiel ist mit den 100 Belegungsbindungen; wenn tatsächlich mehr abgefragt wird, dann besteht auch die Möglichkeit, dieses Programm aufzustocken. Aber wir wissen noch nicht, ob es läuft, das heißt, wir müssen erst einmal damit anfangen. Da sind wir auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Die Entschlossenheit haben Sie infrage gestellt, das kann man natürlich machen. Eine Drucksache ist erst einmal ein Ausdruck dessen, was man machen will. Wir als Koalitionsfraktion sind der Meinung, das es keine Drucksache ist, bei der man sagt, geprüft und verworfen, sondern wir wollen, dass geprüft und gehandelt wird, sonst werden wir unsere Ziele nicht erreichen. So ist es gemeint und so wollen wir das hier auch sehen.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL – *Michael Neumann SPD:* Kommt noch was?)

– Jetzt kommt noch etwas, ich muss erst einmal überlegen, weil ich jetzt auf Herrn Grote eingehen

(Horst Becker)

will und versuche zu rekapitulieren, welche Punkte er gesagt hat, das ist schon etwas aus dem Gedächtnis heraus, tut mir leid.

Wir hatten, glaube ich, eine Debatte über funktionale Störungen beim Gedächtnis, das soll nachher noch kommen.

(Ties Rabe SPD: Denken Sie an die Redezeit!)

– Es kann auch von der Redezeit abgehen.

In der Vergangenheit hatten Sie von der SPD immer gern die sogenannten Wohnungsbauoffensiven kritisiert und hatten gesagt, die wären überhaupt nicht effektiv. Wenn ich nun in Ihren Antrag sehe, ist es aber so, dass Sie 1 : 1 genau dasselbe wieder aufgeschrieben haben.

(Andy Grote SPD: Nein!)

Ich verstehe es nicht, warum machen Sie das? Warum steht es in Ihrem Antrag, wenn Sie der Meinung sind, dass es uneffektiv ist? Ich weiß nicht, ob Sie sich das selbst erklären können, ich verstehe es jedenfalls nicht.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Was auch als Problem in dieser Stadt benannt wird, was es teilweise auch gibt, soziale Segregation genannt oder Gentrifizierung, wie das Modewort heißt, Yuppiesierung, Schicki-Mickisierung, wir haben auch einiges an Wortschatz zur Verfügung in dieser Beziehung. Wenn ich es mit anderen Metropolen vergleiche, besteht dieses Problem hier vielleicht etwas weniger. Wenn wir es international betrachten, stehen wir gar nicht so schlecht da.

(Andy Grote SPD: Das erzählen Sie mal den Leuten in den betroffenen Stadtteilen!)

– Nein, ich versuche es nur zu relativieren, ich habe Ihnen gesagt, das Problem existiert, eingestandenmaßen.

Aber wir befinden uns in einem Spannungsfeld, wenn Sie sich erinnern an die Problemfelder der Siebziger- und Achtzigerjahre, das war die innere westliche Stadt, das war das Karo Viertel, das Schanzenviertel, Ottensen und so weiter. Das waren damals Viertel, über die man sagte: Was soll man damit machen, niemand will da wohnen, das ist hinüber, das ist marode Bausubstanz.

(Michael Neumann SPD: Dann kam Eugen Wagner!)

– Richtig, damals sind Sie in die Sanierung gegangen und das war gut und richtig.

Aber schauen Sie sich an, was daraus geworden ist, daraus sind hochattraktive Wohnquartiere geworden und was findet dort jetzt statt? Jetzt gibt es dort Beschwerden, eben weil diese Quartiere so attraktiv geworden sind, haben wir dort dieses Problem. Es wird dennoch weiter so sein, es wird wei-

ter Quartiere geben wie Wilhelmsburg, vielleicht Dulsberg oder Hamm.

(Michael Neumann SPD: Gute Gegend!)

Das sind Bereiche, in denen auch wieder Aufbesserungen stattfinden werden, weil sie auch stattfinden müssen. Es ist einfach so, wir müssen, um neuen Wohnraum zu schaffen und um die Menschen unterzubringen, von innen heraus verdichten und die Quartiere attraktiver machen. Dann entsteht wieder zwangsläufig dasselbe Problem, weil der Wert durch die Aufwertung steigt, das wird auch so weitergehen. Wir können dann die gesetzlichen Instrumente ausschöpfen, um den nötigen Schutz für die angestammte Bevölkerung zu geben. Deswegen kommen wir aber nicht darum herum, tatsächlich die Aufbesserung, die Stadtreparatur und auch die Stadtaufwertung und Verbesserung trotzdem machen zu müssen. Es ist auch keine Alternative, nun zu sagen ...

(Andy Grote SPD: Wie wollen Sie das nun lösen?)

– Ich werde es auf jeden Fall nicht so lösen können, wie Sie es in den Neunzigerjahren gelöst haben; Sie haben die Einheiten geschaffen, Sie sagen, wir brauchen Entschlossenheit, was wir schaffen müssen, sind Einheiten und Nebenziele wie Ökologie oder Ähnliches stören dabei nur, das zeigt mir, dass Sie den Ansatz nicht wirklich verstanden haben.

(Zuruf von Andy Grote SPD)

Der Ansatz bedeutet, dass wir versuchen, die Ziele auch im Sinne einer Nachhaltigkeit mitzunehmen, nicht einfach nur Wohnungen an den Stadtrand zu bauen wie am Osdorfer Born oder Rahlstedt oder wo auch immer. Das sind die Probleme, die damals geschaffen worden sind und die wir heute bearbeiten müssen. Wenn man so vorgeht und nur Einheiten baut, reicht das heute nicht mehr aus. Das haben Sie auch, denke ich, selbst verstanden, weil in Ihrem eigenen Antrag steht: keine Ladenhüter.

(Beifall bei Jan Quast SPD)

Da spitzen Sie die Sache selbst zu und geraten in Ihre eigene Sackgasse. Sie wollen einerseits keine Ladenhüter, andererseits sagen Sie, es gäbe keine Flächen. Was machen Sie dann bei den Flächen? Dafür haben Sie keine Lösung, auch in Ihrem Antrag, den wir nicht annehmen werden, steht kein Ansatz dazu. Wir haben uns ganz klar dazu bekannt als Koalitionsfraktion, indem wir gesagt haben, wir sehen die Entwicklung darin, dass wir Potenziale der Innenverdichtung und der Nachverdichtung auf tun. Dafür haben wir die plangebenden Bezirke mit mehr Ressourcen ausgestattet und haben die Ziel- und Leistungsvereinbarungen gemacht und die Flächenpotenziale schon weitge-

(Horst Becker)

hend erarbeitet. Jetzt werden wir in die Umsetzung gehen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Der Wohnungsbauentwicklungsplan ist gedacht als Auftakt zu einer wohnungspolitischen Gesamtstrategie, und zwar zugleich, Herr Roock, nicht nur als Bestandsaufnahme, sondern als Prozess. Erst einmal sind in dieser Analyse auch, soweit man das kann, Entwicklungstendenzen des nächsten Jahrzehnts abgebildet. Insofern will ich noch einmal ausdrücklich sagen – wir haben das ausführlich in den Ausschüssen diskutiert –, aus meiner Sicht und der Sicht der Fraktion ist dieser Auftakt, eine gesamtstädtische Strategie vorzuschlagen, auch einmal die Instrumente aufzublättern, eine neue Qualität der Politik. Ich hoffe, dass das so weitergeht und – Herr Kühn hatte das vorhin angemahnt –, so etwas Ähnliches bräuchten wir für den Hochschulbereich, für Sport und für Verkehr. Das heißt, dass wir dann davon wegkommen, immer nur punktuell einzelne Sachen zu diskutieren, sondern dass wir auch in den Ausschüssen und hier im Plenum eine Gesamtstrategie diskutieren können. Da werden wir sicherlich in den verschiedenen einzelnen Punkten auch noch unterschiedlicher Auffassung sein, aber ich finde, das, was jetzt hier vorgelegt worden ist, bietet die Chance einer neuen Qualität der Diskussion.

Aus dieser Sache geht für uns jedenfalls hervor, dass es zwei wichtige Punkte gibt. Der erste: Wir bauen hier in Hamburg eine chronische Mangelsituation auf; das, was jetzt an Neubau und an Bestandsverwaltung vorgesehen ist, wird nicht ausreichen, und hier müssen verstärkte Anstrengungen gemacht werden, ich komme noch einmal darauf zurück.

Der zweite Punkt ist, dass wir eine Reihe von Problemen von Bevölkerungsgruppen mit spezifischen Zugangsbarrieren haben. Das ist der zweite große Block. Dabei bedrückt uns in einer bestimmten Weise die seit Jahren anhaltende Situation der Wohnungslosen, bei der es kaum Fortschritte gibt.

Ich erhoffe mir von dieser Diskussion, dass es um diese beiden zentralen Punkte geht: Wie kann man die sich aufbauende Mangelsituation verändern und wie können wir bestimmte Schritte gehen, um den Bevölkerungsgruppen mit spezifischen Zugangsproblemen ein wenig ihre Not, ihre Alltagsbedingungen zu verbessern?

Lassen Sie mich drei Punkte herausgreifen. Es wäre eine längere Diskussion nötig, aber das kann ich jetzt nicht. Der erste Punkt ist: Dieser Wohnungsbestand gehört zu einem großen Teil der SAGA

GWG und den Wohnungsbaugenossenschaften. Es wird im Plan auf Seite 44 argumentiert, dass der Senat auf diese Träger, die großen Wohnungsgesellschaften und die Genossenschaften, zugehen will, um zu klären, wie man den unvermeidlichen Wohnungsmodernisierungs-Impuls einerseits stärken kann und andererseits verhindert, dass durch diesen Prozess die Mieten zu sehr explodieren. Das ist ein sehr großes Problem.

Das zweite Problem ist der Beitrag von SAGA GWG zum Wohnungsneubau. Hier steht auf Seite 44, das hätte man jetzt zum Gegenstand von Gesprächen gemacht; das ist aus unserer Sicht zu wenig, da müsste jetzt umgehend nachgelegt und die Ergebnisse dieses Gesprächs deutlich gemacht werden. Neubau ist unverzichtbar. Herr Grote hat schon darauf hingewiesen, hier müsste an vielen Stellschrauben von der Fläche bis zum Verhältnis von Mietwohnungsbau und Eigentumswohnungsbau Dinge verändert werden, wenn wir auf die gegenwärtige Entwicklungstendenz reagieren wollen.

Letzter Punkt, der ganz wichtig ist, Herr Becker hat es eben angesprochen: Es geht darum, eine Innenentwicklung in der Stadt zustande zu bringen, das heißt, Neustrukturierung und Verdichtung von Wohn- und Gewerbeflächen, gerade in innerstädtischen Bereichen, das ist eine sehr komplizierte Aufgabe, es ist aber aus unserer Sicht ein ganz wichtiger Punkt. Wir begrüßen daher ausdrücklich, dass, wie auf Seite 52 ausgeführt, man verstärkt auf die Instrumente des besonderen Städtebaurechts zurückgreifen will, das waren eben die angesprochenen Hinweise auf soziale Erhaltenssatzung und so weiter. Das heißt, wenn das in der Behörde in den nächsten Monaten nachgebessert wird, dann glaube ich, dass wir auch in den sehr kritischen Quartieren wie Sternschanze, St. Georg und Ottensen vielleicht eine neue Politik einleiten können zusammen mit den Bezirken. Aber dass der Weg in diese Richtung gehen muss, ist insgesamt ausgesprochen positiv. Wir haben deswegen einen Antrag gestellt, weil hier ungefähr 42 Prüfungsaufträge enthalten sind. Ich will Ihnen auch glauben, dass Sie das demnächst alles abarbeiten, aber das hätten wir gerne ein bisschen präziser, insofern ist unser Antrag eigentlich vorweggreifend. Sie machen es doch auch immer nach einiger Zeit, dass Sie Ihren eigenen Senat auffordern, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt Bericht zu erstatten und einmal auszuweisen, was das Austesten verschiedener Stellschrauben und Instrumente gebracht hat. Ich nehme zwar an, dass Sie es ablehnen werden, aber Sie sollten wenigstens darüber nachdenken, dass Sie auch solche Aspekte brauchen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält Senatorin Hajduk.

Senatorin Anja Hajduk: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem vorgelegten Wohnungsbauentwicklungsplan hat der Senat seine Richtungsentscheidung in der Wohnungspolitik getroffen. Daraus wird klar, dass wir mehr Wohnraum in Hamburg wollen, dieses Ziel aber auch ökologisch verträglich erreichen möchten. Das heißt, weniger Flächenverbrauch und höhere energetische Standards. Gerade das Thema Flächenverbrauch und Innenverdichtung ist immer viel leichter gesagt als nachher gemeinsam praktiziert. Darauf komme ich noch zurück, gerade mit Blick auf die Argumente der Opposition für Neubauzahlen.

Insgesamt sind die Herausforderungen in Hamburg klar. Wir sind eine Stadt, in der die Bevölkerung noch anwächst, gleichzeitig ist aber der Wohnungsbau in den letzten Jahren zurückgegangen. Dieser zusätzliche Bedarf – das haben wir auch schon im Ausschuss diskutiert – ist eine große Herausforderung, insbesondere für die Bereitstellung familienfreundlicher, aber auch preisgünstiger, gerade auch kleiner Wohnungen. Zusätzlich müssen wir uns der Tatsache stellen, dass bei zahlreichen Wohnungen die Bindung ausläuft. Insofern freue ich mich, dass gerade auch bei der Opposition – so habe ich das verstanden – dieser Gesamtansatz, den wir mit dem Wohnungsbauentwicklungsplan vorgelegt haben, durchaus goutiert wird. Das finde ich gut, weil das vielleicht auch unsere Debatte voranbringt.

Wir gehen von einem Orientierungsrahmen von 5000 bis 6000 Wohnungen pro Jahr aus, aber ich werde immer wieder in dieser Diskussion deutlich machen, Herr Grote, dass es ein falsches Verständnis ist, zu glauben, die staatliche Seite, die Regierungspolitik, könne einen solchen Orientierungsrahmen alleine füllen. Ich habe wohl gelesen, dass Sie auch kein Neubauprogramm von Zigtausend fordern. Wir müssen uns aber auch der Realität stellen, dass – so ist mir das geschildert worden – im Quartalsbericht der Bundesbank in Norddeutschland festgestellt wird, dass rundherum der Markt für Wohnungsneubau zusammengebrochen ist und es sich einzig und allein in Hamburg anders verhält. Insofern haben wir andere Möglichkeiten, steuern das vielleicht auch in einer gewissen Weise oder vielleicht hilft die Metropolisituation, dass sich das noch in eine andere Richtung bewegt.

Und dann muss die staatliche Seite sehen, was der Anteil ist, den wir leisten müssen, um das mit zu füllen. Aber zu glauben, wir könnten es ganz alleine richten, wäre eine falsche Erwartung. Und ich scheue mich gar nicht, das so offen und ehrlich zu sagen, weil die Wohnungspolitik letztlich auch immer die anderen gesellschaftlichen Akteure mitnehmen muss und das ist in der Tat eine große Herausforderung.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Gleichwohl steigern wir die Förderung der Mietwohnungen von 650 auf 1000. Weiterhin wollen wir den Bau von Wohneigentum mit 600 Wohneinheiten fördern und vor allem haben wir von staatlicher Seite die Aufgabe, die Flächen bereitzustellen, um die Rahmenbedingungen für den Wohnungsneubau zu schaffen. Sie wissen, dass in meiner Behörde eine dritte Wohnungsbauoffensive in Vorbereitung ist, die für die Zeit ab 2010 ein integraler Bestandteil dieses Wohnungsbauentwicklungsplans ist. Die dafür geeigneten Grundstücke werden identifiziert und mit den Bezirken und der Wohnungswirtschaft auf ihre Baureife untersucht. Dabei ist eine Sache natürlich wichtig: Bei der Mobilisierung der Flächen für den Wohnungsbau sind besonders die Bezirke gefordert und gerade wenn wir den Wohnungsneubau steigern, aber eine Umkehr im Flächenneuverbrauch wollen, dann kommt natürlich der Innenentwicklung die zentrale Bedeutung zu.

Die Rolle der Bezirke ist besonders wichtig. Mit ihnen schließen wir jetzt Zielvereinbarungen, das haben wir im letzten Jahr zum ersten Mal gemacht und dieses Jahr fortgesetzt. Wir brauchen die Mitarbeit der Bezirke, um entsprechende Flächen und Genehmigungszahlen oder Baureifen zu erlangen. Die Zielzahlen mit den Bezirken in 2009 beinhalten im Vergleich zu denen von 2008 eine beachtliche Steigerung. Nunmehr wird ein Planungs- und Baurecht für rund 4200 Wohnungen angestrebt, das ist eine Steigerung von mehr als 100 Prozent. Wir haben uns dafür auch etwas ausgedacht, damit es besser und leichter gelingt. Wir verknüpfen die Aktivitäten der Bezirke für diesen Wohnungsbau mit einem neuen Prämiensystem, bei dem der Geschosswohnungsbau doppelt so hoch prämiert wird, wie das beim Einfamilienhausbau der Fall ist. Und wir werden eine personelle Verstärkung für zehn neue, befristete Stellen und auch weitere Mittel für Planungsleistungen – das ist genauso wichtig – für die Bezirke zur Verfügung stellen. Ich freue mich im Übrigen auch, dass das die Unterstützung des ganzen Hauses gefunden hat.

Die Aufstockung der Verpflichtungsermächtigung, die wir heute mit diesem Beschluss vorsehen, gibt den Bezirksämtern eine notwendige Planungssicherheit für diese Maßnahmen. Wir werden aber auch analysieren müssen, wie weit wir das mit diesen Instrumenten mit der Innenentwicklung auf der bezirklichen Seite schaffen. Und wir sind in Gesprächen mit dem Wohnungsunternehmen SA-GA GWG darüber, dass auch deren Wohnungsneubauzahlen sich steigern sollen. Das Ergebnis wird kommen und es wird Ihnen vorgelegt werden.

Ich muss Ihnen aber auch mitteilen – sofern Sie in Kontakt mit den bezirklichen Gremien stehen, wissen Sie das auch – dass schon heute verabredete Wohnungsneubauzahlen häufig darunter leiden, dass die Entscheidungen für die notwendige Innenverdichtung dann oft doch nicht geschafft wer-

(Senatorin Anja Hajduk)

den, dass sich aus unterschiedlichsten Gründen Planungszeiträume – wie ich mir heute auch in einigen Projekten von der SAGA habe vorlegen lassen – auf einmal aufgrund bezirklicher Beratungen von 12 auf 40 Monate verlängern.

Es wird vielleicht im Winter sinnvoll und nötig sein – und dazu werde ich das Gespräch mit den wohnungspolitischen Sprechern aller Fraktionen suchen – dass wir ehrlich Rechenschaft darüber ablegen, was eigentlich wirklich in puncto Innenverdichtung auf der bezirklichen Ebene geschafft worden ist, woran es liegt, dass es nicht geschafft wird und wie das im Verhältnis zu unseren Zielzahlen steht. Wir werden eine Menge Probleme analysieren müssen und wir werden sie gemeinsam analysieren müssen, weil es nicht nur um die Ebene der Mehrheit der Landesregierung geht, sondern um eine ganz wichtige Zusammenarbeit mit den Bezirken. Sonst wird das mit dem Thema Innenverdichtung nur ein schöner Spruch sein. Wenn wir einer ökologischen, weitsichtigen Wachstumspolitik im Wohnungsbau verpflichtet sein wollen, dann müssen wir besser werden, und da sind auch Sie von der Opposition mit gefordert. Aber ich weiß ja, dass Sie sich für dieses Thema interessieren und Sie sich dem nicht verweigern werden.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Als Green Capital wollen wir natürlich auch Wohnungsbau und Klimaschutz zusammenbringen und deswegen wird Hamburg in den nächsten Jahren die städtischen Grundstücke an solche Investoren veräußern, welche die klimapolitischen Ziele Hamburgs voranbringen. Wir werden also energieeffizientes und nachhaltiges Bauen vorrangig fördern. Und so wird auch die Wohnungsbaukreditanstalt neue Wohnungen an das Einhalten von Effizienzhausstandards oder Passivhausstandards koppeln. Wir haben den Klimaschutz also nicht nur beim Bau neuer Wohnungen im Blick, sondern auch bei Altbauten und haben die Förderung im Bestand um 1000 weitere Mietwohnungen auf jährlich 7000 aufgestockt. Ich glaube, dass das die richtige Richtung ist, und hoffe, dass es auch die Unterstützung der Opposition bekommt.

Erfreulicherweise ist im Übrigen das Hamburger Programm zur Förderung von energieeffizienten Neubauten in diesem Jahr von Investoren und privaten Bauherren sehr gut angenommen worden – eine positive Botschaft auch für Neubauten. Wenn die eingeplanten Mittel in Höhe von 33,8 Millionen Euro schon Mitte des Jahres durch Bewilligungen der WK annähernd ausgeschöpft sind, dann war es notwendig, dass wir umsteuern, und das haben wir auch getan. Wir haben kurzfristig eine Mittelumschichtung von zusätzlich 4,5 Millionen zu Gunsten dieses Programms erreicht. Man sieht eben, dass genau dieses Programm greift, und wir haben es zu Lasten der Gebraucherwerbsförderung im Eigenheimprogramm bereitgestellt. Das ist

durchaus eine sinnvolle Umschichtung, aber auch ein gutes Signal, dass dieses Programm so positiv angenommen wurde.

Für die Zukunft werden wir gemäß dem Antrag von CDU und GAL gerne prüfen, wie wir eine dauerhafte Lösung zur finanziellen Stabilisierung des Förderprogramms erreichen können. Die BSU hat ein Gutachten zur Ermittlung der aktuellen Baukosten in Auftrag gegeben und prüft deswegen die Möglichkeit einer Anpassung der Zuschusshöhe im Programmjahr 2010, um künftig noch mehr energieeffiziente Neubauwohnungen fördern zu können.

Zu den Anträgen der Opposition habe ich vorhin schon gesagt, dass ich wahrgenommen habe, dass Sie unseren breiten Ansatz des Wohnungsbauentwicklungsplans durchaus goutieren. Das ist etwas, was man als Regierung nicht immer erwarten kann. Bei vielen Instrumenten, die Sie aufgreifen und vorschlagen, haben wir einen Konsens hinsichtlich der Auswahl der Instrumente. Den Hauptunterschied sehe ich in der quantitativen Ausformung – Sie wollen, dass wir mehr schaffen. Ob es nun mehr beim Thema Belegungsbindungsankauf oder bei den Neubauzahlen ist.

Zum Thema Neubau rufe ich noch einmal in Erinnerung, dass wir eine Steigerung, auch des öffentlichen Unternehmens SAGA GWG, für das nächste Jahr verabreden werden, aber wir müssen beim Thema Neubau und Innenverdichtung noch eine sehr genaue Analyse machen, wo wirklich die Probleme liegen. Die liegen nämlich keinesfalls darin, dass man einfach 1000 neue Wohnungen verspricht und auch mit staatlichen Mitteln durch ein öffentliches Unternehmen zur Verfügung stellt. Auch das öffentliche Unternehmen SAGA GWG hat teilweise Schwierigkeiten, die entsprechenden Flächen, die sie für den Neubau vorgesehen haben, tatsächlich in vernünftiger Zeit bebauen zu können.

Noch einen Punkt möchte ich erwähnen. Hamburg muss sich in Erinnerung rufen, wie wertvoll es ist, mit SAGA GWG ein so gesundes öffentliches Wohnungsunternehmen am Markt zu haben. Ich stehe noch ein bisschen unter dem Eindruck einer Aufsichtsratssitzung von heute. Wenn man die Entwicklung des Eigenkapitals und die Entwicklung dieses Unternehmens in den letzten Jahren sieht, dann hebt sich das ganz positiv von anderen Problemen ab, denen wir aktuell in dieser Krise begegnen. Aber es ist auch ein Zeichen dafür, dass eine sehr langfristige öffentliche Unternehmensstrategie eine hohe Stabilität hat und diese auch jetzt in der Krise zeigt. Deswegen haben wir ein Instrument und einen Ansatzpunkt für die Wohnungspolitik, den nicht jede Stadt hat. Wir können froh sein, dass sich das so entwickelt hat. Und das sage ich auch, weil SAGA GWG sonst häufig in der Kritik steht, was Mietenpolitik und andere Din-

(Senatorin Anja Hajduk)

ge angeht. Die Möglichkeit, die wir mit diesem Unternehmen für die Wohnungsbaupolitik in Hamburg haben, ist groß.

(Zuruf: Dann machen Sie doch davon Gebrauch!)

Das kann man aus jeder Perspektive, sei es Regierung oder Opposition, deutlich zugeben.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Der substanzielle Beitrag der SAGA GWG zum Sozialwohnungsneubau wird geleistet werden.

Ich komme nun zum Schluss. Der Wohnungsbauentwicklungsplan ist ein ehrgeiziges Projekt. Wir haben uns als Senat nicht gescheut, einen Orientierungsrahmen auszugeben, von dem wir wissen, dass man ihn nicht ganz alleine staatlich füllen kann. Man kann ihn nur in Kooperation mit den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräften füllen. Sicher werden wir zu diesem Thema sehr intensiv weiter im Gespräch bleiben, weil es ein Prozess über mehrere Jahre ist. Insofern bin ich froh, dass diese Debatte von allen Seiten mit so viel Interesse auch an den richtigen Instrumenten geführt wird, und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Quast.

(Jörn Frommann CDU: Jetzt kommt der alte Wein in neuen Schläuchen!)

Jan Quast SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich würde gerne auf vieles, was die Vorredner hier gerade gesagt haben, eingehen, weil sie zeigen, dass doch zwischenzeitlich auch bei der Regierungsfraktion eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema stattfindet. Leider habe ich die Zeit nicht dafür. Herr Roock, bei Ihnen glaube ich allerdings, dass Sie nicht alles gelesen haben. Die ersten zehn Seiten haben Sie unterschlagen, denn das war eine gnadenlose Abrechnung mit der Wohnungspolitik des CDU-Senats und die haben Sie offenbar nicht zur Kenntnis genommen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind froh, dass nun ein Wohnungsbauentwicklungsplan vorliegt. Es hat lange genug gedauert, bis er kam. Wir sind froh, dass es ihn gibt, dass eine Gesamtstrategie erkennbar ist. Deswegen stimmen wir auch heute Ihrer Drucksache zu. Gleichwohl haben wir aber auch Kritik.

(Jörn Frommann CDU: Das hat er doch auch schon gesagt!)

Mein Kollege Herr Grote hat sie geäußert. Dieser Wohnungsbauentwicklungsplan bleibt doch oft un-

konkret. Angesichts der drängenden Probleme empfinden wir das als mutlos. Wir fragen, ob es angesichts der schlechten Wohnungsbauzahlen

(Jörn Frommann CDU: Wo ist denn da die Logik!)

ausreichend ist, zu lamentieren, der Staat könne nicht selbst bauen, wenn wir doch mit SAGA GWG ein leistungsstarkes Wohnungsbauunternehmen an der Seite haben. Wir sagen: Es muss mehr gebaut werden, 1000 Wohneinheiten sind das Mindeste, was wir fordern. Wir halten es ebenfalls für mutlos, dass Sie sich angesichts des Rückgangs beim Sozialwohnungsbestand um fast 5000 bis 6000 Wohnungen pro Jahr gerade einmal eben 1000 neue Wohnungsbauförderungen in diesem Bereich leisten wollen. Wir glauben, dass Sie hier die Anstrengungen verdoppeln müssen. Und wir halten es angesichts der dramatischen Unterversorgung von Dringlichkeitsscheininhabern ebenfalls für mutlos, dass Sie gerade einmal 100 Belegungsbindungen pro Jahr einkaufen wollen. Das reicht bei Weitem nicht, wenn wir drängende Probleme am Hamburger Wohnungsmarkt beseitigen wollen.

(Jörn Frommann CDU: Das ist aber eine mutlose Rede!)

Zum letzten Punkt, den ich noch zeitlich unterbringen kann. Wenn wir tatsächlich eine Wohnungsbauoffensive starten wollen – es ist eigentlich nicht die dritte, es wäre die erste, wenn wir jetzt eine starten –, dann ist es tatsächlich wichtig, frühzeitig mit den Bezirken ins Gespräch zu kommen, um eben all das, Frau Senatorin Hajduk, was Sie geschildert haben, für die Zukunft zu verhindern und tatsächlich eine geeignete Wohnungsbaufäche und Planrecht zur Verfügung zu stellen.

Wir glauben, dass der Wohnungsbau bei Frau Senatorin Hajduk wesentlich besser aufgehoben ist als bei ihren Vorgängern. Sie zeigen gute Ansätze, Frau Senatorin, jetzt müssen Sie noch beweisen, dass Sie die Ansätze auch in die Tat umsetzen.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir kommen zur Abstimmung.

Zunächst zum Antrag der Fraktion der SPD aus der Drucksache 19/3509. Wer möchte diesen annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Weiter zum Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 19/3488. Wer möchte so befinden? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit sehr großer Mehrheit abgelehnt.

Die in Ziffer 1 der Ausschussempfehlung erbetene Kenntnisnahme ist erfolgt. Wer möchte Ziffer 2 der

(Präsident Berndt Röder)

Ausschussempfehlung in Bezug auf Ziffer 2 des Petitums aus der Drucksache 19/2995 beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einigen Stimmenthaltungen einstimmig beschlossen. Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. – Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist auch in zweiter Lesung bei einigen Stimmenthaltungen einstimmig und damit endgültig beschlossen.

Wer möchte sich nun Ziffer 3 der Ausschussempfehlung anschließen und das Gesetz zur Änderung von Vorschriften im Bereich des Wohnungswesens aus Drucksache 19/2995 beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einer großen Anzahl von Stimmenthaltungen mehrheitlich so beschlossen. Es bedarf auch hier einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Der Senat stimmt einer sofortigen zweiten Lesung zu. – Widerspruch aus dem Hause? – Sehe ich nicht. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit derselben Mehrheit wie in der ersten Lesung beschlossen und damit endgültig.

Abschließend kommen wir zum Antrag der Fraktionen der CDU und der GAL aus der Drucksache 19/3386. Wer möchte so beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 42 auf, den Antrag der CDU- und GAL-Fraktion: S-Bahn Haltestelle Ottensen realisieren.

**[Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:
S-Bahn Haltestelle "Ottensen" realisieren
– Drs 19/3382 –]**

Die Fraktionen sind übereingekommen, zu diesem Tagesordnungspunkt keine Aussprache zu führen. Wir kommen also zur Abstimmung.

Wer möchte dem gemeinsamen Antrag der CDU- und GAL-Fraktion aus Drucksache 19/3382 zustimmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist dann einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 24 auf, den Bericht des Haushaltsausschusses über den Senatsantrag: Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Wirtschaftsförderungsmaßnahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010.

**[Bericht des Haushaltssausschusses über die
Drucksache 19/3309:
Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung
von Wirtschaftsförderungsmaßnahmen der
Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010
– Drs 19/3379 –]**

Hierzu liegt Ihnen die Drucksache 19/3511, ein Antrag der SPD-Fraktion, vor.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Beschleunigung von Wirtschaftsförderungs-
maßnahmen der Hamburger Konjunkturoffensi-
ve
– Drs 19/3511 –]**

Das Wort wird gewünscht? – Der Abgeordnete Egloff bekommt es.

Ingo Egloff SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in den letzten Tagen mehrfach im Wirtschaftsausschuss über das Thema Konjunkturprogramm diskutiert und der Senat hat heute eine Drucksache vorgelegt, mit der er die Möglichkeit eröffnen will, dass künftig private Anbieter die Frage der Gewährung von Landesbürgschaften prüfen können sollen. Zu diesem Zweck soll das Wirtschaftsförderungsgesetz geändert werden. Wir haben darüber ausführlich im Wirtschaftsausschuss diskutiert und wir werden diesem Gesetz zustimmen – auch wenn es uns nicht ganz oder überhaupt nicht überzeugt hat, was der Senat da gemacht hat –, weil wir uns nicht dem Vorwurf aussetzen wollen, dass wir das Konjunkturprogramm aufhalten.

Wir mussten in der Diskussion im Ausschuss feststellen, dass der Senat die Entwicklung schlicht und ergreifend verschlafen hat. Wir wissen seit November letzten Jahres, dass wir ein Konjunkturprogramm auf den Weg bringen müssen. Wir wissen seit Januar, in welchem Umfang das passiert. Die Wirtschaftsbehörde selbst schreibt in ihrer Drucksache, dass seit Ende 2008 vermehrt Anträge auf Landesbürgschaften gestellt werden, und jetzt, im Juni 2009, stellt der Wirtschaftssenator fest, dass die Behörde nicht in der Lage ist, die Anträge ordnungsgemäß und rechtzeitig zu bearbeiten, weil das nötige Know-how fehlt. Warum hat dieser Erkenntnisprozess so lange gedauert, warum wurde nicht von Anfang an damit gerechnet, dass man nicht in der Lage ist, die nötige Bearbeitung zeitgerecht durchzuführen und wann meint der Senat denn, dass die Bearbeitung der Anträge erfolgen kann?

(Ingo Egloff)

Im Wirtschaftsausschuss wurde auf Nachfrage zu- gegeben, dass aufgrund der europaweit nötigen Ausschreibung erst Ende 2009 damit zu rechnen ist, dass in der neuen Struktur gearbeitet werden kann. Nun kann man sagen: Lieber spät als nie. Aber die Frage ist doch: Was passiert bis dahin mit den betroffenen Firmen und was passiert mit den damit verbundenen Arbeitsplätzen? Es liegen Ver- säumnisse auf Seiten des Senates vor und am En- de sind es die Firmen und die Beschäftigten, die das auszubaden haben.

Und noch eines zeigt sich an der Drucksache des Senates. Da heißt es nämlich, dass alle Länder bis auf das Saarland und natürlich die Freie und Han- sestadt Hamburg diese Dinge durch ihre Investiti- ons- und Förderbanken abwickeln lassen. Ham- burg hat keine solche Förderbank. Warum hat Hamburg die nicht? Weil die CDU-Fraktion vier Mal den Antrag der SPD abgelehnt hat, eine solche In- vestitionsbank einzurichten. Heute haben Sie er- neut die Möglichkeit, diesem Antrag zuzustimmen. Machen Sie das endlich, damit auch Hamburg in die Lage versetzt wird, mit Hilfe einer Investitions- bank die nötigen Arbeiten ...

(Glocke)

... vorzunehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Ahrons.

Barbara Ahrons CDU:* Herr Präsident, meine Da- men und Herren! Der Umfang der Übernahme von Sicherheitsleistungen in diesem und im nächsten Jahr wurde von der Bürgerschaft bereits auf 230 Millionen Euro aufgestockt. Insgesamt ist eine Erhöhung der Bürgschaften von circa 450 Millionen Euro vorgenommen worden, wovon circa 120 Mil- lionen Euro schon vergeben sind. Die Prüfung der Anträge für Landesbürgschaften oder den Feuer- wehrfonds wurde bisher vollständig durch die Be- hörde für Wirtschaft und Arbeit vollzogen. Mittler- weile ist es aber so, dass die BWA jedoch mit einer stetig ansteigenden Zahl von Anträgen und Voran- fragen zu kämpfen hat. Kaum eine Branche lässt die Finanz- und Wirtschaftskrise mittlerweile noch unberührt. Und so steigt auch die Vielfalt und vor allen Dingen die Komplexität der zu bearbeitenden Anträge. Auch wenn wir alle auf ein möglichst bal- diges Ende der Krise hoffen, ist leider doch zurzeit noch mit einem weiteren Anstieg der Bürgschafts- anfragen zu rechnen.

Und neben zunehmenden Prüfungen von Unter- nehmenskonzepten nimmt die Prüfung der Erfül- lung beihilferechtlicher Voraussetzungen einen im- mer größeren Umfang an. Gerade in den letzten Monaten sind zahlreiche neue und komplexe Bei- hilferechtsregelungen in Kraft getreten und um die

Hilfe suchenden Hamburger Unternehmen nicht al- lein zu lassen, arbeitet die BWA derzeit unter enor- mem Zeitdruck und mit stetig wachsendem Ar- beitsumfang.

(Zuruf *Wilfried Buss SPD*)

Sofortmaßnahmen für schnellere Bearbeitung zu fordern, wie es der SPD-Antrag tut, ist völlig unrealistisch.

(*Arno Münster SPD:* Schonen Sie mal die Beamten!)

Alle Landesbürgschaften einschließlich Feuerwehr- fonds müssen umfassend geprüft werden. Deshalb beabsichtigt der Senat, zukünftig, aber befristet, private Expertise mit ins Boot zu holen. Insbeson- dere bei der Prüfung der Bedingungen der Bürger- schäftsübernahme und der Beurteilung der Förder- würdigkeit soll künftig auf externe Wirtschaftsprüfer und -berater zurückgegriffen werden können. Da- bei handelt es sich ausdrücklich nicht um die Über- tragung hoheitlicher Entscheidungskompetenzen. Es geht hierbei doch nicht um eine Privatisierung.

(*Wilfried Buss SPD:* Warum haben Sie das bisher nicht zugelassen?)

Es geht darum, die Weichen so zu stellen, dass die Fördermittel möglichst schnell bei unseren Hilfe su- chenden Unternehmen ankommen und die Exi- stenzen dadurch gesichert werden. Und dafür ist es wichtig, dass wir alle das Mögliche tun, um die BWA bei diesem Vorhaben zu unterstützen. Fakt ist, dass wir dafür sorgen müssen, die aktuell stei- genden Bürgschaftsfälle auch weiterhin aktuell und zeitnah bearbeiten zu können.

Der Einbezug externer Expertise soll zu einer Ent- lastung der BWA und zu einem Kompetenzzu- wachs für die immer schwieriger werdenden Fälle führen. Die Vorteile einer externen Ausschreibung gegenüber der Einstellung neuer Sachbearbeiter in der BWA liegen doch auf der Hand. Die Nutzung eines privaten Anbieters ist bedarfsorientiert. Er kann im Falle mangelnder Kapazitäten in Anspruch genommen werden, muss es aber nicht zwingend. Es ist ein System, das sich mit der Aktualität der Geschehnisse aufblähen und später wieder zu- rückgenommen werden kann. Darüber hinaus gibt es auch zahlreiche große Wirtschaftsprüfer und Beratungsfirmen, die einen hohen Kompetenzgrad auf diesem Arbeitsgebiet aufweisen. Damit weisen sie auch einen Zeitvorteil gegenüber den Mitarbei- tern der BWA auf, die sich in viele Themenkomple- xe erst detailliert einarbeiten müssten.

Aufgrund der relevanten Wertgrenzen erfordert der Einbezug privater Expertise eine europaweite Aus- schreibung der Dienstleistung. Somit sind ganz be- stimmte Anforderungen und vorgegebene Fristen einzuhalten. Die Länge des Vergabeverfahrens ist nicht beeinflussbar. Es gilt nun, diesen Gesetzent-

(Barbara Ahrons)

wurf zügig durchzubringen, um die Ausschreibung dann auch schnell starten zu können.

(Wilfried Buss SPD: Habt ihr vorher nicht daran gedacht?)

Das Referat für Finanzierungshilfe für diesen Grund personell aufzustocken, wie Herr Rose das so gerne möchte, würde noch viel länger als öffentliche Ausschreibung dauern.

(Wolfgang Rose SPD: Oh!)

Es müssten zur Verfügung stehende Arbeitnehmer selektiert werden,

(Zuruf von der SPD: Selektiert! Was ist das für ein Unwort!)

die Kompetenzen in allen derzeit auftretenden Sachverhalten aufweisen und auch noch weitergebildet werden. Dies wäre ein nicht zu unterschätzender, langwieriger Prozess.

(Zuruf: Sie haben ja keine Ahnung, Frau Ahrons!)

Außerdem müssten hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung wohl auch noch neue Arbeitnehmer gesucht werden. Und was passiert mit diesem Personalapparat, wenn er nicht mehr gebraucht wird? Denn auf die Rückkehr auf normale Zeiten hoffen wir doch wohl alle.

Jetzt möchte ich noch ein paar Worte zu dem SPD-Antrag sagen. Herr Egloff, Sie kommen immer wieder mit Ihrer Investitionsbank.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie diese Investitionsbank vor 20 oder 25 Jahren gemacht hätten, dann wäre ich auf Ihrer Seite. Aber in dieser Zeit eine neue Bank, eine neue Landesbank zu fordern, ist ja wohl aberwitzig.

(Ingo Egloff SPD: Frau Ahrons, Sie haben es immer noch nicht begriffen!)

Eine Investitionsbank macht nur Sinn, wenn es eine Finanzierungslücke beziehungsweise ein Marktversagen bei der Finanzierung des Mittelstandes in Hamburg gäbe. Die Banken am Hamburger Platz bekennen sich weiter zum Kreditgeschäft mit dem Mittelstand. Ein Marktversagen gibt es nicht. Das haben wir ganz deutlich in der Expertenanhörung gestern von Dr. Dreyer gehört.

(Ingo Egloff SPD: Das glauben wir aber nicht!)

Wir haben die Finanzplatzinitiative, die sehr gut funktioniert. Die Förderlandschaft bei uns mit BG, BTG, mit MAZ, mit H.E.I., mit Innovationsstiftung und Hamburger Wirtschaftsförderung. Und im Ausnahmefalle sind die Senatsbürgschaften da und Sie sehen, wie gut es jetzt funktioniert. Die umfangreiche Förderung des Bundes über KEW, soweit es dann einmal irgendwann funktioniert, kann

auch für die Infrastruktur in Hamburg nutzbar gemacht werden.

Eine Geschäftsbank mit maßgeblicher Beteiligung der FHH ist heutzutage in einem sehr schweren Fahrwasser und sucht den Ausweg daraus in einer klaren Mittelstandsorientierung. Es ist nicht die Zeit, eine neue Bank in Staatsbesitz zu gründen. Eine Investitionsbank gibt es auch nicht zum Nulltarif, wie Sie das immer versuchen, darzustellen.

(Ingo Egloff SPD: Dann sprechen Sie mal mit dem Vorstand der Bundesbank. Die erklären Ihnen das!)

Einrichtung, Fixkostenblock, laufende Ergebnisse, Kreditausfälle und es müssen auch Angestellte her, die den Bankentarif ausfüllen können. Und, was ich viel schlimmer finde, eine Investitionsbank könnte zum ausschließlichen politischen Instrument werden und das fände ich nun überhaupt nicht gut. Eine Konkurrenzsituation zu etablierten Mittelstandsbanken in Hamburg wäre nicht zielorientiert.

(Zuruf: Das hat Herr Dreyer aber auch schon gesagt!)

– Natürlich sagt er das. Es ist nicht in unserem Sinne, eine Investitionsbank zu binden, schon gar nicht in dieser Zeit.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Bevor ich Herrn Waldowsky das Wort gebe, Frau Abgeordnete, ich würde Ihnen den guten Rat geben, den Redebeitrag im Hinblick auf einen von Ihnen verwandten Begriff sehr genau noch einmal zu überdenken. Der Abgeordnete Waldowsky bekommt das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Andreas Waldowsky GAL:* Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Ihnen ganz kurz noch die Position der Grünen erläutern: Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise werden wir ständig mit ganz unterschiedlichen Informationen aus der Wirtschaft konfrontiert. Einigen Branchen und Unternehmen geht es relativ gut, andere haben ganz verheerende Umsatz- und Ergebniszahlen. Es ist seit einem halben Jahr wirklich schwer, dort die Orientierung zu haben, aber bislang ist das bei allen Rednern bisher der Fall. Wir sind uns einig, dass die Konjunkturmaßnahmen, die eingeleitet wurden und werden, jetzt beschleunigt umgesetzt werden müssen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Ich begrüße es, dass wir da die SPD an der Seite haben und es im Prinzip nur noch darum geht, wie wir den besten Weg finden. Bei der Umsetzung dieser Konjunkturmaßnahmen haben wir von der

(Andreas Waldowsky)

Regierungsseite gesagt, dass wir erst einmal nur Projekte einbringen, die schon Planungsreife haben. Dennoch werden wir mit ganz unterschiedlichen Widerständen konfrontiert. Da haben wir das Problem des Kampfmittelräumdiensts gehabt, in den einige Mittel investiert werden mussten, um die Angelegenheit zu beschleunigen. An vielen Stellen besteht ein massives Problem bei den Planungskapazitäten. Mit diesem Gesetzesentwurf wird eine Antwort vorgeschlagen, wie man mit diesen mangelnden Planungskapazitäten umgehen kann. Wir werden Private beauftragen.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Es gibt einige wenige große Unternehmen und Gesellschaften aus dem Wirtschaftsprüfungsbereich, die eine Kompetenz haben, die wir jetzt schnell anzapfen müssen. Dort finden wir das Know-how und Alternativen dazu gibt es kaum, denn auf dem Arbeitsmarkt finden wir diese Fachleute nicht.

(Wolfgang Rose SPD: Das ist doch Quatsch! Woher wissen Sie das?)

– Das werde ich gleich auch noch einmal sagen, wenn ich mich mit dem Zusatzantrag der SPD auseinandersetze.

Wenn wir diese Bürgschaftsanfragen und die Sachen für die Kreditkommission vorbereiten, dann soll und muss sauber gearbeitet werden. Beschleunigung kann nicht heißen, dass geschludert wird, weil wir nicht genügend Fachleute haben und weil die nicht gut genug ausgebildet sind, denn wir tragen nach wie vor eine hohe Verantwortung dafür, dass diese Bürgschaften nicht gezogen werden, dass die Unternehmen, die in einer Notsituation sind, trotzdem auf einer soliden Basis stehen. Wir versuchen das mit den Privaten und wir denken, dass das ein sehr guter Weg ist. Ich möchte betonen, dass es zwei gute Gründe gibt, diesen Weg mitzugehen. Erstens: Es wird in anderthalb Jahren evaluiert, ob diese Maßnahme wirklich zielführend war. Darauf haben wir großen Wert gelegt. Zweitens: Es liegt in der Natur der Dinge, Frau Ahrons hat darauf hingewiesen, dass diese Expertise nur zeitlich befristet gebraucht wird. Wenn dann hoffentlich die Konjunktur wieder anspringt, können wir diesen Zusatzbedarf problemlos wieder abbauen.

Zum Zusatzantrag der SPD möchte ich noch kurz anmerken: Die Wohnungsbaukreditanstalt in eine Investitionsbank umzugestalten mag sinnvoll sein und seinen Zweck erfüllen, aber es ist keine Alternative zu dem, was wir vorgeschlagen haben, denn damit kommen wir doch nicht in einem kürzeren Zeitraum zu der Expertise, die wir brauchen, um die Bürgschaftsanfragen und -anträge abzuarbeiten.

(Ingo Egloff SPD: Darum geht's doch gar nicht, Herr Waldowsky!)

Es ist auch wenig zielführend, in den Antrag zu schreiben, dass bestimmte Dinge, zum Beispiel aus dem Feuerwehrfonds, innerhalb von vier Wochen beschieden sein sollen. Natürlich wird so schnell wie möglich entschieden.

(Ingo Egloff SPD: Sie reden wie ein Blinder von der Farbe!)

Wenn es aber an Fachleuten fehlt, wenn tatsächlich der große Berg kommt, der von der BWA nach den Sommerferien erwartet wird, dann wird man diese Vier-Wochen-Frist halten können oder auch nicht, aber man wird sich auf alle Fälle bemühen, es so schnell wie möglich zu machen. Dies ist kein realisierbarer Vorschlag und insofern können wir ihm nicht folgen.

Beim Thema Personalaufstockung stellt sich die Frage, ob erstens der Arbeitsmarkt diese Fachleute hergibt und ob wir zweitens diese Fachleute überhaupt in zwei oder drei Jahren noch brauchen. Macht es Sinn, wenn wir uns diese Expertise bedarfsgerecht bei einigen privaten Firmen einkaufen können? Wir sollten das ausprobieren. Ich freue mich, dass die SPD dem zustimmt und bin gespannt, was DIE LINKE noch dazu sagen wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Bischoff für maximal vier Minuten.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Um es gleich vorwegzunehmen, wir werden diesem Antrag nicht folgen, wir werden ihn ablehnen.

(Beifall bei Mehmet Yildiz DIE LINKE)

Wir sind uns, Frau Ahrons oder Herr Gedaschko, nur in einem Punkt einig. In der Tat ist seit einem Dreivierteljahr ein massiver Anstieg bei den beantragten Bürgschaften zu verzeichnen, auch die Anträge an sich sind komplexer geworden und die bisherige Personalausstattung in der Behörde reicht nicht aus, um sie zu bearbeiten. Da sind wir völlig einer Meinung. Man hätte längst gegensteuern müssen, das hatte sich abgezeichnet. Nun müssen wir in der jetzigen Situation reagieren.

Wir sind aus grundsätzlichen Erwägungen dagegen, den Feuerwehrfonds ganz und andere Bürgschaften teilweise in der Beantragung, Bearbeitung und Abwicklung auszulagern. Ich gehöre der Kreditkommission seit dieser Legislaturperiode an und vor diesem Hintergrund, auch bei Betrachtung der Gutachten, die uns jetzt schon von den Wirtschaftsprüfungsunternehmen vorliegen, ist es meines Erachtens ein ganz wichtiger Punkt, festzuhalten, dass da jeweils immer nur ein Unternehmen geprüft wird. Bei Einbeziehung strukturpolitischer

(Dr. Joachim Bischoff)

Fragen für Hamburg müsste doch jedes Prüfungsunternehmen sagen, dass sie dazu Vorgaben brauchen, aber das machen Sie nicht.

Ich teile die Einschätzung nicht, dass wir im nächsten Jahr da durch sind und das alles nicht brauchen, sondern hier geht es darum, einen ganz wichtigen Hebel für Hamburg, künftig Strukturpolitik im Bereich von Wirtschaft und Arbeitsplätzen zu machen, nicht aus der Hand zu geben, und man kann jederzeit schauen, dass man wie bisher mit Personalaufstockung und zusätzlichen Gutachten auskommt. Das wäre die bessere Lösung. Ich bin gespannt, was Sie bei der Evaluierung nach anderthalb Jahren feststellen. Ich schätze, wir werden weiterhin große Probleme haben, die Krise in den Griff zu bekommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Gedaschko.

Senator Axel Gedaschko: Sehr verehrte Damen und Herren! Dieses Thema, das Herr Egloff eingebracht hat, ist natürlich ein Scheinthema. Ich finde es schade, dass Sie den Anschein erwecken, was aber schlicht und ergreifend nicht der Realität entspricht, dass es Unternehmen gibt, die künstlich darauf warten müssen, dass über ihre Bürgschaft entschieden wird, weil die Kapazitäten derzeit nicht vorhanden sind. Das ist falsch,

(Ingo Egloff SPD: Dann brauchen Sie das doch nicht!)

das sage ich hier ausdrücklich. Was wir aber sehen, ist ein Auflaufen und diesem Auflaufen rechtzeitig entgegenzutreten, ist unsere Aufgabe, dazu gibt es mehrere Stellschrauben. Die erste Stellschraube, an der wir gedreht haben, war ein Antrag bei der Bundesregierung, der dazu geführt hat, dass künftig Bürgschaftsgemeinschaften oder ähnliche Institutionen in ganz Deutschland in der Lage sind, bis zu einem Volumen von 1,5 Millionen Euro alleine zu entscheiden. Wenn es nach uns ginge, wäre dieses Volumen größer, unser Antrag richtete sich auf 2 Millionen Euro. Das hätte maßgeblich dazu beigetragen, auch eine Entlastungsfunktion in der Behörde für Wirtschaft und Arbeit zu haben. Weil es noch europarechtliche Hindernisse gibt, ist jetzt die Bundesregierung gefragt, mit der europäischen Kommission diese Frage in unserem Sinne zu klären, und wir haben die Hoffnung, dass das funktioniert. Das würde auch eine Entlastung bedeuten.

Der zweite Punkt, der angesprochen wurde, ist der Feuerwehrfonds. Hier haben wir erreicht, dass die BG begleitend die Vor- und Grundprüfung durchführt. Sie ist auch diejenige, die den Antrag entgegennimmt, sozusagen aus einer Hand. Aber auch hier ist es das europäische Recht, das uns ver-

wehrt, weg von einer Entscheidung in der Kreditkommission hin zu einer Entscheidung in der BG zu kommen, was aus unserer Sicht durchaus sinnvoll wäre. Ich habe die Hoffnung, dass auch hier die Bundesregierung mit ihrem Vorstoß in Brüssel etwas erreichen kann.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Egloff?

Senator Axel Gedaschko (fortfahrend): Nein.

(Michael Neumann SPD: Wie unsouverän!)

– Herr Egloff, wir haben so lange im Ausschuss diskutiert, jetzt möchte ich einfach noch einmal meine Sicht darstellen.

Der letzte Punkt betrifft eben diese Bürgschaften, für die wir jetzt eine Kernunterstützung brauchen. Lassen Sie es mich ganz deutlich sagen, was wir nicht wollen – Herr Bischoff, da bin ich bei Ihnen –, ist, es komplett aus der Hand zu geben. Die Strukturpolitik müssen wir in der Kreditkommission mit den Mitgliedern, die gewählt wurden, festlegen und sie brauchen die Unterstützung der gesamten Ressourcen der Stadt. Das ist dann aber nicht nur die Abteilung, die es bisher gemacht hat, sondern weit mehr. Wir haben aktuell einen Fall, wo wir eben sehen, dass es weit mehr ist und dass auch weit mehr Expertise als denn aus dieser Abteilung einfließt. Das macht deutlich, dass wir keine Sorge haben müssen, dass die Struktur, die jenseits der rein bilanzmäßigen Bewertung immer im Blick sein muss, auch künftig einfließen wird.

Als Letztes möchte ich anfügen: Es sind nicht überall die Banken, die diese Aufgabe übernehmen, auch nicht in Schleswig-Holstein. Dort haben sie zwar eine, aber die macht es auch nicht. Es sind überwiegend die Wirtschaftsprüfer in Deutschland, die den entsprechenden Job machen.

(Ingo Egloff SPD: Dann müssen Sie Ihre Drucksache ändern, Herr Senator!)

– Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, dann kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst zum Antrag der SPD-Fraktion aus Drucksache 19/3511. Wer möchte diesen annehmen, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen. – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Nun zum Bericht des Haushaltsausschusses aus Drucksache 19/3379. Wer schließt sich der Ausschussempfehlung an und möchte das Gesetz zur

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden)

Beschleunigung von Wirtschaftsförderungsmaßnahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 aus Drucksache 19/3309 beschließen, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen.– Das ist mit großer Mehrheit angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter

Lesung beschließen, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist wiederum mit großer Mehrheit in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen worden.

Der Abschiedsschmerz braucht nicht groß sein, wir sehen uns morgen wieder. Ich wünsche Ihnen einen netten Heimweg.

Ende: 21.11 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Uwe Grund